

Preussische Allgemeine



75 Jahre

Nr. 21 · 23. Mai 2025

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 4,40 €

Nichts gelernt

Obwohl das linke Lager von einer Mehrheit weit entfernt ist, setzt die SPD unter dem Vorsitzenden Lars Klingbeil unbeirrt ihren Kurs fort – und die Linkspartei träumt von einer Neuauflage des Sozialismus

Seiten 2 und 3



600. Geburtstag Lyck gilt als Masurens inoffizielle Hauptstadt Seite 10



Wirtschaft Jetzt droht schon die nächste grüne Megapleite Seite 7

AUFGEFALLEN

Gendern wie der „Führer“?

Einen erstaunlichen Einwand zum Zeitgeschehen brachte dieser Tage „Welt“-Kollege Matthias Heine. Der Autor des Buches „Der große Sprachumbau. Eine gesellschaftspolitische Katastrophe“ (Langen Müller 2025) verwies darauf, dass der erste deutsche Politiker, der in seinen Reden vom Generischen Maskulinum abwich, um seine Zuhörer sowohl in der weiblichen als auch der männlichen Form anzusprechen, Adolf Hitler war. Konkret sprach der nachmalige „Führer“ schon vor hundert Jahren von „Volksgenossen und Volksgenossinnen“ sowie von „Parteigenossen und Parteigenossinnen“, was, so Heine, „heute als die einzige unbestritten grammatisch korrekte Form des Genderns“ gelte.

Heines Hinweis bringt gleich zwei gesellschaftliche Gruppen in Nöte. All jene, die beharrlich auf den „geschlechtergerechten Gebrauch von Sprache“ drängen und mehrheitlich eher links beheimatet sind, müssen sich die Frage gefallen lassen, ob sie sich wirklich in die Nähe des braunen Milieus begeben wollen. Und rechte Fundis müssen sich die Frage gefallen lassen, was so schlimm daran ist, Männlein und Weiblein separat anzureden – etwa auch „Liebe Leserinnen, liebe Leser“ –, wenn selbst der Führer so geredet hat.

Im Ernst: Vielleicht sollten die Fundis aller politischen Richtungen den Hinweis von Heine zum Anlass nehmen, ihre Dogmen beiseitezulegen – und sich im Gebrauch von Sprache künftig darauf zu beschränken, worauf es vor allem ankommt: auf Klarheit und Verständlichkeit sowie vielleicht noch auf einen schönen Stil. *neh*

FDP-PARTEITAG

Einen Schritt weiter auf dem Weg nach unten

Wollen sie nicht? Können sie nicht? Oder beides? Die Liberalen zeigen sich außerstande, ihre Rolle in der politischen Landschaft zu besetzen

VON HANS HECKEL

Ein Interview im Sender Phoenix mit der Chefin der Jungen Liberalen, Franziska Brandmann, brachte die Misere der Freien Demokraten auf den Punkt. Am Rande des FDP-Bundesparteitags vergangenes Wochenende in Berlin erging sich die Vorsitzende der liberalen Parteijugend zunächst in lauter austauschbaren Phrasen aus der Sprache der Polit-PR. Zum krönenden Abschluss aber forderte die 31-Jährige dann ausgerechnet, dass die FDP wieder „authentischer kommunizieren“ müsse.

Der Jungpolitikerin schien nicht im Mindesten aufzufallen, wie hohl die Forderung nach „authentischer Kommunikation“ klingen musste, nachdem sie die Hörer zunächst minutenlang mit inhaltsfreiem Politsprech zugetextet hatte. Aber das galt längst nicht nur für sie. Insgesamt war der erste Parteitag der Liberalen nach deren Wahldebakel gezeichnet von blutleerer Gelassenheit, gepaart mit einer bedrückenden inhaltlichen Leere.

Anders als sein Vorgänger Christian Lindner, der seiner FDP nach deren erstem Abschied vom Deutschen Bundestag 2013 überraschend schnell neuen Elan einhauchen konnte, blieb der neue Liberalen-Chef Christian Dürr in Berlin blass. Aber mehr noch als die personelle Auszehrung, die auch wenig charismatische

Figuren wie Dürr ganz nach oben steigen lässt, trat beim Parteitag die inhaltliche Orientierungsschwäche der heftig gezausten Partei zutage.

Dabei könnte die Marktlücke für eine wirklich liberale Formation kaum noch größer werden als sie heute ist. Die Wirtschaft leidet unter uferloser Bürokratie, weltweit rekordverdächtiger Steuer- und Abgabenlast und einer gescheiterten Energiepolitik. Union und SPD setzen als Gegenmittel auf schuldenfinanzierte, gigantische Staatsausgaben-Programme, um die erkrankte deutsche Wirtschaft wieder in die Spur zu bringen. Letztlich ein klassisch sozialdemokratisches Herangehen, diesmal von Christdemokraten mitgetragen. Da wünschen sich viele eine Kraft, die diesem etatistischen Großaufgebot ein strikt marktwirtschaftliches Konzept entgegenstellt.

Weder Mut noch Überblick

Auch andere liberale Kernanliegen wie die innere Sicherheit oder die freie Rede stehen massiv unter Druck.

Weniger innere Sicherheit bedeutet weniger Freiheit, wie nicht erst seit den Taschenkontrollen an Weihnachtsmärkten fühlbar wurde. Was die freie Rede betrifft, so hat der neue FDP-Chef Dürr mit seiner Forderung nach Abschaffung des „Majestätsbeleidigungs-Paragrafen“ 188 StGB immerhin ein kleines, spätes Zeichen gesetzt. Doch die Bedro-

hung der Meinungsfreiheit hat längst eine Dimension erreicht, die Liberale zur kämpferischen Höchstform auflaufen lassen sollte. Da kratzt Dürrs Vorschlag höchstens an der Oberfläche.

Hier aber bedürfte es Mut, denn die innere Sicherheit kann nicht diskutiert werden, ohne die zentrale Rolle der Einwanderungspolitik anzusprechen. Und die immer weiter reichende, immer aggressivere Begrenzung der freien Rede geschieht unter der Flagge des „Kampfes gegen Rechts“. Mithin vermintes Gelände in beiden Debattenfeldern.

Schlussendlich ist ein Zurück zu mehr bürgerlicher Freiheit und insbesondere zu mehr freier Rede mit einer wieder offeneren Debatte kaum zu haben ohne eine Neukalibrierung des Umgangs der etablierten Parteien mit der AfD. Hier zeigte sich der FDP-Parteitag als Totalausfall. Die Gruppe „Liberale Mitte“, welche eine solche Neukalibrierung anregt, scheint in der Partei marginalisiert zu sein. Der Partei-Mainstream will weiter auf Ausgrenzung und Verteufelung der gesamten AfD setzen – sei es aus Überzeugung, sei es aus Angst, ins Feuer einer künstlich aufgeheizten Debatte zu geraten.

Doch mit so schmaler Brust wird der FDP, die in Umfragen bei drei bis vier Prozent dümpelt, der Rückweg in die erste Reihe der Parteienlandschaft kaum gelingen. Dafür fehlt es der Partei sowohl am Mut als auch am Überblick.

IN DIESER AUSGABE

Politik

EU-freundlich: Nicoșur Dan gewinnt Wahlen in Rumänien Seite 6

Kultur

Weimar widmet Goethe diverse Faust-Ausstellungen Seite 9

Das Ostpreußenblatt

Bischofstein feiert 640 Jahre Stadtrechte mit großer Präsentation Seite 13

Lebensstil

Das geheimnisvolle Verschwinden von Görings „Carinhall“-Findling Seite 21



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

VON REINHARD MOHR

Ein Gespenst geht um in Deutschland, ein sagenumwobenes Wesen, das schon fast in Vergessenheit geraten war. Es ist inzwischen ziemlich ramponiert, die weißen Klamotten schlottern ums Skelett, aber es ist einfach nicht totzukriegen: der Sozialismus. Gerne nennt sich das Gespenst auch „demokratischer Sozialismus“, damit er nicht mit dem „real existierenden Sozialismus“ der DDR, dem Stalinismus in der Sowjetunion oder dem mörderischen Steinzeit-Kommunismus in Kambodscha verwechselt werden kann.

Ein besonders dummer Abgeordneter der AfD hat einmal gesagt, er persönlich sei das „freundliche Gesicht des Nationalsozialismus“. An seine Mimik können wir uns nicht mehr erinnern, aber nachdem Heidi Reichinnek, der neue Shooting-Star der Linkspartei, zum „Sturz des Kapitalismus“ aufgerufen hat, wollen wir nicht zögern und die 37-jährige Fachkraft mit dem „Master of Arts“ in der Tasche als freundliches und hübsches, gleichsam buntes Gesicht des Neo-Sozialismus bezeichnen.

„Ja“, rief sie auf dem vergangenen Parteitag den begeisterten Delegierten zu, „wir wollen ein Wirtschaftssystem abschaffen, in dem die Reichen immer reicher werden und die Armen immer ärmer werden.“ Also nix wie weg mit dem Kapitalismus! Selbst der als gemäßigter geltende und sogar von Christdemokraten wie dem Kieler Ministerpräsidenten Daniel Günther geschätzte Bodo Ramelow, ehemals Regierungschef von Thüringen, pflichtete ihr bei: „Wir müssen diese Form der Wirtschaft attackieren, angreifen und letztlich überwinden.“ Vielleicht müsste man unter diesem Aspekt noch einmal einen Blick auf die Wirtschaftsförderung in Thüringen der letzten Jahre werfen.

Die Rückkehr der linken fundamentalen Systemkritik

Lange hat man solch revolutionäre, systemsprengende Töne auf der großen Bühne der Bundespolitik nicht mehr gehört. Viel lieber tobte man sich auf Nebenschauplätzen des Klassenkampfes aus – Wokeness, Queerness und politische Korrektheit. Vom Gendern bis zur Transphobie, vom Z- über das N- bis zum I-Wort – stets ging es darum, das allein Richtige vorzugeben und falsche, unangemessene und diskriminierende Äußerungen zu unterbinden. Anstößige Straßennamen prominenter historischer Personen wurden ebenso getilgt wie „überholte“, oder gar „rassistische“ und „islamophobe“ Formulierungen in Kinderbüchern, Reiseführern und Gebrauchsanleitungen für den Aufbau von Schrankwänden. Literarisch versierte Sicherheitsbeauftragte, sogenannte Sensitivity Readers, überwachten Theaterinszenierungen und durchforsteten Buchmanuskripte – immer im Dienst einer sauberen, parentif reinen Sprache. Mit der Benennung der Wirklichkeit fängt ja die Politik an. Das wusste schon die 1933 von Joseph Goebbels gegründete Reichsschrifttumskammer.

Doch es scheint, dass dieser postmoderne Kulturkampf um Worte, Bezeichnungen und „Haltungen“ für echte Revolutionäre am Ende auch keine befriedigende Ganztagsbeschäftigung war, zumal sich auch turbokapitalistische Weltkonzerne nahezu mühelos an den woken Zeitgeist anpassten und jede Menge „Diversity-Units“ und Antidiskriminierungsbeauftragte installierten. „Mehrgewichtige“ Plus-Size-Models präsentierten Spitzenunterwäsche für Damen, und „Schneewittchen“ war nicht mehr schneeweiß, sondern karibikbraun. „Fragen Sie Ihre Ärztin, Ihren Arzt oder in Ihrer Apotheke“ – die gegenderten Slogans wurden immer länger, das Geschäft dagegen schrumpfte.

Unterdessen hat sich der Wind gedreht: Die Models sind wieder durchgehend dünn, und „Forschende“ heißen immer häufiger wieder einfach nur „Forscher“ so wie „Naturwissenschaftler“



Fabulieren offen vom Systemsturz: Die Führung der Linkspartei, hier mit der Bundestagsfraktionsvorsitzenden Heidi Reichinnek und den Parteivorsitzenden Jan van Aken und Ines Schwerdtner

Bild: picture alliance/dpa|Carsten Koall

Essay

Der Schlaf der Vernunft gebiert Ungeheuer

Zur modischen Renaissance der Utopie vom „demokratischen Sozialismus“

und „Schornsteinfeger“, die zwischen durch schon mal „Schornsteinfegende“ genannt wurden.

Jetzt also soll es bei der Linken wieder ums große Ganze gehen, die gesellschaftliche Hardware: Um das System, um Raubtier-Kapitalismus, Sozialismus, radikalen Umsturz und die Utopie einer anderen Welt, in der alle gleich sind. Wie in den guten alten Zeiten, als die Barrikaden noch brannten. Venceremos! Lotta continua! Mit Ché-Guevara-T-Shirt, rotem Halstuch und Palästinenserschäl.

Warum Sozialismus?

Ein Gutes immerhin hat die neue Mode, die der Linkspartei Zehntausende neuer Mitglieder beschert hat und Umfragewerte um die zehn Prozent: Die Untergangphantasien der letzten und vorletzten Generation sind nicht mehr *en vogue*. Das Festkleben auf Straßen und Plätzen, die symbolische Selbstblockade des reinen Klima-Gewissens, weicht nun einem neuen sozialistischen Fortschrittsglauben, der so unverbraucht und frisch daherkommt wie Heidi Reichinnek, wenn sie auf die Bühne stürmt wie ein Funkenmariechen im Kölner Karneval.

Irritierend jedoch: Warum ausgerechnet Sozialismus? War da nicht mal was? War nicht ausnahmslos jedes sozialistische System, ganz egal, zu welcher Zeit, auf welchem Erdteil und von welcher Partei oder Bewegung es errichtet wurde, gnadenlos gescheitert? Hatte nicht jeder

noch so gut gemeinte Versuch eines „anderen Sozialismus“ mit „menschlichem Antlitz“ sein Ende darin gefunden, dass die Wirtschaft kollabierte, die bürgerlichen Freiheiten abgeschafft wurden und die Bevölkerung, so sie konnte, in Massen aus dem Land des versprochenen Paradieses floh wie zuletzt Millionen Menschen aus Venezuela? Oder, wie seit Jahrzehnten, aus Kuba.

Ist etwa das kommunistische China ein Vorbild, das die seltene Kombination aus Staats-Kapitalismus, Partei-Sozialismus, Führerkult und totalitärem Überwachungssaat perfektioniert hat? Oder Nordkorea? Oder das einst gefeierte sandinistische Nicaragua? Oder Zimbabwe in Südafrika, wo ein allmächtiger sozialistischer Führer des „Einheitsstaats“ den anderen beerbt? Was allen sozialistischen Großversuchen *a priori* das Genick bricht, auch wenn der Zusammenbruch Jahrzehnte dauern kann, ist die Verstaatlichung der Wirtschaft, daneben die Reglementierung immer weiterer Lebensbereiche und die systematische Einschränkung individueller Freiheit. Am Ende herrscht die Diktatur einer Partei oder einer Person, und „gleich“ ist nur die Unterdrückung.

Der Vergleich von kapitalistischen Äpfeln mit sozialistischen Birnen

Warum also wird das Gespenst des Sozialismus immer wieder aus der historischen Rumpelkammer geholt? Ganz einfach: Weil die tatsächlich oft furchtbaren Zu-

stände in der Welt, sämtliche Ungerechtigkeiten und alles Elend ausnahmslos und automatisch „dem Kapitalismus“ zugeschlagen werden, während der Sozialismus, wundersam befreit von allen millionenfachen Verbrechen, die in seinem Namen begangen wurden, wie ein ferner Planet der Befreiung von irdischer Mühsal erstrahlt, auf den alle Hoffnungen projiziert werden.

Dieses grob unfaire, unlautere und irreführende Verfahren hat der Historiker und Autor Rainer Zitelmann in vielen Büchern als pseudo-experimentelle Schiefelage einer schrägen Versuchsanordnung beschrieben: Die Realität des Kapitalismus wird mit der Utopie des Sozialismus verglichen. Äpfel mit Birnen. Die unendlich vielfältige, komplizierte und konfliktreiche Wirklichkeit wird mit der Vorstellung einer allseits gerechten, freien und glücklichen Gesellschaft ohne Reiche und ohne Arme konfrontiert, in der alle gleich sind. Zitelmanns gerade erschienenen Roman-Debüt „Wenn Schönheit zum Verbrechen wird“ dekliniert die Folgen einer radikalsozialistischen Gleichheitspolitik am Parameter Schönheit konsequent durch, denn auch sie ist, wie Reichtum und Intelligenz, sehr ungleich verteilt.

In Zitelmanns Buch gelten außergewöhnlich schöne Frauen anno 2075 als „Privileged Beauty“, deren strukturelle Bevorzugung im Alltags- und Berufsleben im Namen sozialer Gleichheit beseitigt werden muss – erst durch höhere Steuern und allerlei Drangsalierung und Verfolgung, am Ende durch chirurgische Eingriffe, die sie auf das ästhetische Durchschnittsniveau drücken, also hässlicher machen. Es ist eine Dystopie, eine farcenhafte Parabel auf den Totalitarismus Orwellscher Prägung, der mit dem „Movement for Optical Justice“, einer linken Bewegung für optische Gerechtigkeit, beginnt und im faschistischen Überwachungsstaat endet.

Dass im Roman schließlich eine erfolgreiche Gegenbewegung dem Alptraum ein Ende bereitet, ist dem Prinzip des Happy End zu verdanken. In der Realität freilich stellt sich immer wieder die Frage nach der Faszination eines Gesellschaftsmodells, das von vorneherein und historisch tausendfach belegt Freiheit durch Unfreiheit ersetzt.

Eindeutige historische Fakten

Sich mit den bestehenden Verhältnissen nicht umstandslos abfinden zu wollen, ist eine ebenso verständliche wie begrüßenswerte Einstellung, und dass vor allem junge Leute sehr ungeduldig sind, wenn es um vermeintlich radikale Lösungen geht, weiß der Autor aus eigener Erfahrung.

Aber zwei Dinge könnte man doch auch von den allerneuesten Geisterfahrerinnen des Sozialismus erwarten: Historische Kenntnisse über die Ereignisse der letzten 150 Jahre, seit das „Kommunistische Manifest“ von Karl Marx und Friedrich Engels erschienen ist – und eine faktenbasierte Wahrnehmung der Gegenwart. An erster Stelle rangiert dabei die Tatsache, dass in Deutschland – wie in vielen Ländern Westeuropas – inzwischen fast fünfzig Prozent des Bruttosozialprodukts über Einnahmen und Ausgaben des Staates abgewickelt werden, was der Hälfte der jährlich erzielten Wirtschaftsleistung entspricht.

„Bei einer Staatsquote von 50 Prozent beginnt der Sozialismus“, hatte einst der frühere Bundeskanzler Helmut Kohl prophezeit. Dann wäre es ja bald geschafft, ganz ohne Umsturz. Wenn das nur Heidi Reichinnek wüsste.

● **Reinhard Mohr** ist freier Autor und schreibt unter anderem für „Die Welt“ und die „Neue Zürcher Zeitung“. Soeben erschien die Fortsetzung seines mit Henryk M. Broder geschriebenen Bestsellers „Durchs irre Germanistan. Notizen aus der Ampel-Republik“ (2023) unter dem Titel „Good Morning Germanistan! Wird jetzt alles besser?“ (beide Europa Verlag). www.europa-verlag.com

Was allen sozialistischen Großversuchen *a priori* das Genick bricht, auch wenn der Zusammenbruch Jahrzehnte dauern kann, ist die Verstaatlichung der Wirtschaft, daneben die Reglementierung immer weiterer Lebensbereiche und die systematische Einschränkung individueller Freiheit. Am Ende herrscht die Diktatur einer Partei oder einer Person, und „gleich“ ist nur die Unterdrückung

Höhenflug eines Lauerers

Nach dem schlechtesten Wahlergebnis der SPD steigt Parteichef Lars Klingbeil wie Phoenix aus der Asche zum Vizekanzler auf. Aber wird sein energischer Griff zur Macht der Partei das Überleben sichern?

VON HOLGER FUSS

Mit Lichtgestalten ist die SPD gegenwärtig wahrlich nicht gesegnet. Auf die beharrlich finster dreinblickende Saskia Esken, die sich sechs Jahre lang ohne Strahlkraft als Co-Vorsitzende der Partei durchwurzelte, soll die blasse Bärbel Bas an der Parteispitze folgen. Die jetzige Bundesarbeitsministerin, die als vormalige Bundestagspräsidentin allenfalls mit albernen Tanzvideos im leergemähten Plenarsaal in Erinnerung ist, versucht ihre persönliche Unscheinbarkeit mit knallfarbenen Jacketts wettzumachen, mit gedanklicher Brillanz ist sie noch nicht aufgefallen. Ihren ersten Sachvorschlag als Ministerin, die Rentenkasse mit Beiträgen von Beamten, Abgeordneten und Selbstständigen aufzufüllen, kassierte der neue Kanzleramtschef Thorsten Frei (CDU) als untauglich: Schließlich bekäme jeder, der in die Rentenversicherung einzahle, entsprechend der Höhe seiner Beiträge auch etwas heraus.

Um jeglichen, heute üblichen, Eindruck der Misogynie zu entkräften, sei angefügt, dass auch dem männlichen Co-Parteichef Lars Klingbeil kein mitreißendes Charisma nachgesagt wird. Gewiss umweht ihn so etwas wie jugenhafter Charme, in Talkshows ist mitunter ein schelmisches Grinsen zu beobachten, doch der hünenhafte Niedersachse wirkt wie ein flotter Referatsleiter in einer Behörde, dem zwar fachlich wenig gelingt, der sich aber duzen lässt und als beliebt gilt.

Parteichef mit Gefolgschaftsproblemen

Trotz seiner offen vor sich her getragenen umgänglichen Gemütsart wird über Klingbeil berichtet, dass er im Zweifel auch rabiat seine Vorstellungen durchzusetzen weiß. Damit hat er seine Partei in den vergangenen Wochen in chaotische Zustände geführt. Ein Symptom für den desolaten Zustand der Sozialdemokraten nach ihrem historisch schlechten Bundestagswahlergebnis von 16,4 Prozent dürften die 18 Stimmen sein, die im ersten Anlauf zur Kanzlerwahl Friedrich Merz die Gefolgschaft verweigert haben. Wiederum 18 Abgeordnete stimmten gegen den Klingbeil-Vertrauten Matthias Miersch als Chef der SPD-Bundestagsfraktion. Ob es sich beide Male um dieselben 18 Personen handelt, weiß niemand. Aber vieles spricht dafür, dass mit der Niederlage im ersten Kanzlerwahlgang nicht zuallererst Friedrich Merz getroffen werden sollte, sondern Lars Klingbeil.

Viele in der SPD, zumal an der Basis, verübeln dem Parteichef, wie er noch am Abend der verlorenen Bundestagswahl kaltblütig nach dem Fraktionsvorsitz griff, um sich nach den schwarz-roten Koalitionsverhandlungen ebenso dreist des Bundesfinanzministeriums und des Vizekanzleramtes zu bemächtigen. Seine Co-Vorsitzende Esken, die während der Verhandlungswochen um ein Ministeramt kämpfte, ließ er genauso eisig abblitzen wie er sie bis zum Schluss scheinheilig vor Angriffen in Schutz nahm. „Ich erlebe jetzt seit Tagen eine öffentliche Debatte über Saskia Esken. Das ist ein Stil, den ich in der SPD überhaupt nicht mag, wo ich immer dafür gekämpft habe, dass es den nicht gibt. Ich finde es beschämend, wie Diskussionen in den letzten Wochen gelaufen sind“, sagte er gegenüber „Bild“. Hinter den Kulissen war seine Mit-Vorsitzende längst ausgebootet.

So funktioniert ein echter Klingbeil. Er kann mit treuherziger Miene jemanden öffentlich verteidigen, während er intern an dessen Stuhl sägt. Unvergessen das ARD-Sommerinterview 2024, als der Moderator ihn fragte, ob er wirklich mit diesem unbeliebten Kanzlerkandidaten Scholz in den nächsten Wahlkampf ziehen will. Worauf



Lauernd durch die Krise seiner Partei: SPD-Chef und Vizekanzler Lars Klingbeil

Klingbeil beteuerte, wie sehr er von Olaf Scholz überzeugt sei, und davon, die Stimmung zugunsten von Scholz noch drehen zu können. Spätestens nach dem Ende der Ampel Anfang November ließ Klingbeil die Debatte um Boris Pistorius und dessen mögliche Kanzlerkandidatur absichtlich laufen, um die Stimmung in der Partei auszuloten – in der Hoffnung, Olaf Scholz loswerden zu können. Nach Angaben des „Tagesspiegel“ und von „t-online“ soll Klingbeil am 17. November zusammen mit Esken und Fraktionschef Rolf Mützenich im Kanzleramt Scholz nahegelegt haben, auf eine weitere Kandidatur zu verzichten. Aber Scholz blieb halsstarrig.

Ein Leben in der Politik-Blase

Und so musste Pistorius als beliebtester Politiker im Lande fünf Tage später in einem Video an seine Parteimitglieder verkündigen, dass er „für die Kandidatur um das Amt des Bundeskanzlers“ nicht zur Verfügung stehe. Wie sehr er von der Parteispitze dazu gedrängt wurde, kleidete er in die Worte: „Es ist meine souveräne, meine persönliche und ganz eigene Entscheidung.“

Doch womöglich war Klingbeil die Sturheit von Scholz gar nicht so unrecht, und er spürte schon im November, dass ein Verzicht von Pistorius und eine absehbare Wahlniederlage von Scholz dem Parteivorsitzenden ganz eigene Optionen eröffnen könnten. Seine Co-Chefin Esken war für ihn nie eine Konkurrenz; sie war so unpopulär, dass sie sogar von Parteifreunden öffentlich aufgefordert wurde, nicht mehr in Talkshows aufzutreten. So konnte sich Klingbeil ausrechnen, dass, je schlechter das Wahlergebnis ausfiel, desto lauter der Ruf nach Erneuerung der Partei erschallen würde. Und Klingbeil war mit damals noch 46 Jahren jung genug, um sich mit geschickten Winkelzügen an die Spitze des Neuanfangs zu schlängeln.

Wir müssen uns Lars Klingbeil als den Typus des Lauerers vorstellen. Am Arbeitsleben im klassischen Sinne hat er noch nie teilgenommen; gewisse Lebenserfahrungen, Erfolgserlebnisse und Nackenschläge, wie sie die meisten Menschen kennen, sind Klingbeil unvertraut. Geboren wurde er 1978 mitten in der Lüneburger Heide, in Soltau. Sein Vater war Bundeswehrsoldat, seine Mutter Einzelhandelskauffrau. Während seines Studiums der Politikwissenschaft, Soziologie und Ge-

schichte an der Uni Hannover arbeitete er in den Wahlkreisbüros von Kanzler Gerhard Schröder und des Bundestagsabgeordneten Heino Wiese und gelangte so in die Verastlungen der Partei. Nach Studienende 2004 wurde er ein typischer Parteikarrierist, war von 2003 bis 2007 einer der stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Jusos und schaffte es 2009 in den Bundestag. Bis 2015 war er Mitglied der Parlamentarischen Linken der SPD-Fraktion, seither gehört er dem konservativeren Seeheimer Kreis an. 2017 folgte er Hubertus Heil als Generalsekretär und 2021 wurde er zum SPD-Chef neben Saskia Esken gewählt. Ein Leben in der Politik-Blase.

Ein junger Mensch lernt in diesem Milieu keine wirtschaftlichen Sachzwänge kennen, schon gar keine existentiellen Nöte. Stattdessen trainiert er das Netzwerken und das Ausharren, das Warten auf den richtigen Zeitpunkt, das Lauern auf die Gelegenheit, den nächsten Posten zu ergattern, um sich Sprosse um Sprosse empor zu bewegen auf der Leiter der Macht mit ihren betörenden Gestaltungsmöglichkeiten. Seit Sigmar Gabriel standen nur noch Durchschnittsmenschen an der Spitze der SPD. Klar, die Sozialdemokratie ist die Partei der kleinen Leute. Geführt wurde die SPD aber einst von Ausnahmestalten: August Bebel, Friedrich Ebert, Kurt Schumacher, Willy Brandt oder Gerhard Schröder. Helmut Schmidt war immerhin ein Ausnahmekanzler.

Leugnung politischer Wirklichkeiten

Der bislang letzte Kanzler der Sozialdemokraten war Olaf Scholz und ein Totalausfall. Ein emotionaler Analphabet mit entsprechend geringer sozialer Intelligenz, unfähig, zu anderen Regierungschefs menschliche Nähe herzustellen, ein anmaßender und besserwisserischer Aktenfresser. Nicht auszudenken, wie der Ukrainekrieg verlaufen wäre, hätten wir ab 2022 einen richtigen Staatsmann im Kanzleramt gehabt. Klingbeil hat jedoch Scholz stets gepriesen, hat dessen Zögerlichkeit schöneredet, wo schnelles Zupacken geboten gewesen wäre, er hat an ihm als Kanzlerkandidaten festgehalten, als das ganze Land nur noch über Scholz gelacht hat. Mit 16,4 Prozent schossen die Wähler die Sozialdemokraten aus dem Kanzleramt.

Aber eben nicht aus der neuen Bundesregierung – der Brandmauer sei Dank. Der Mo-

ment, auf den Klingbeil gelauert hatte, kam am Abend der Bundestagswahl. Geschockt von einem Stimmenverlust für die SPD von 9,3 Prozent bot Fraktionschef Rolf Mützenich sogleich seine Demission an – und Klingbeil griff zu. Drei Tage später ließ er sich auf den mächtigen Parlamentsposten wählen. Unter all den glanzlosen Führungskadern der Partei ist Klingbeil jung genug, um symbolisch mit Hoffnung auf Erneuerung zu punkten und damit seine Macht auszubauen.

Dabei ist Erneuerung eine Phrase, die die SPD seit langer Zeit begleitet. Erneuerung ist das Synonym für den Status quo der Partei. Unter Klingbeil und Esken wirkte die SPD allerdings wie eingegipst in ihrem ideologischen Starrkrampf. Politische Wirklichkeiten wie das Migrationsproblem, die Wirtschaftskrise oder die wachsende Judenfeindlichkeit von Linken und Muslimen wurden von der Parteiführung öffentlich gelehnet und damit klassische Stammwähler vergrault. „Queere“ und migrantische Milieus wurden hofiert, und traditionell sozialdemokratische Arbeiter zur AfD getrieben, um sie dort als Nazis zu beschimpfen.

Vorboten eines wachsenden Unmuts

Längst hat sich in der SPD eine toxische Kultur breitgemacht, die sich gegen jede Selbstreflexion immunisiert. Die antifaschistische Brandmauer gegen den Popanz AfD ist das letzte Bollwerk gegen die Marginalisierung einer Sozialdemokratie, die das Gespür verloren hat, wer sie ist und woher sie kommt.

Doch an der Parteibasis gärt es. Die 18 Nein-Stimmen bei der Wahl des Kanzlers und der Fraktionsspitze könnten Vorboten eines wachsenden Unmuts gegen einen Parteivorsitzenden sein, der sich selbst ermächtigte, nachdem er seine Partei konsequent an den Rand der Bedeutungslosigkeit geführt hatte. Auf den Landesparteitagen in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein blies Klingbeil der Wind entgegen. Eilig versprach er, das schlechte Wahlergebnis aufzuarbeiten. Eine der üblichen Wohlfühlfloskeln ohne Kraft zur Kurskorrektur. Wie die Genossen sein napoleonisches Durchregieren auf dem Bundesparteitag Ende Juni quittieren, bleibt abzuwarten.

Seinen Machterhalt als Bundesfinanzminister und Vizekanzler in der Regierung sowie als Parteivorsitzender hat Klingbeil jedenfalls geschickt abgesichert, indem er, der Seeheimer, sich auch Ergebnisse bei den Parteilinken verschaffte. Die nominierte neue Co-Vorsitzende Bärbel Bas, der künftige Generalsekretär Tim Klüssendorf, gerade mal 33 Jahre alt, und der Fraktionschef Matthias Miersch sind links verortet, aber keine Schwergewichte, die Klingbeil gefährlich werden könnten. Einen Parteigranden wie Hubertus Heil, der gerne Fraktionsvorsitzender geworden wäre, hat Klingbeil vorsorglich in die hinteren Reihen verbannt.

Ob die Parteilinken an den Schaltstellen die SPD auf einen pragmatischen Kurs der politischen Vernunft bringen werden, ist eher fraglich. Klüssendorf hat bereits angekündigt, „das progressive Profil“ der SPD zu schärfen, ohne dabei beim Koalitionspartner anzuecken. Eine klassisch pseudolinke Seifenblase, die eher die gedankliche Überforderung des neuen Generalsekretärs verrät. Klüssendorf sollte lieber nach Dänemark und Großbritannien schauen, wo Sozialdemokraten ideologiefrei Probleme lösen. Anders wird die SPD ihre entflohenen Wähler kaum zurückgewinnen können. Klingbeil sollte dies klar sein, wenn seine Partei politisch überleben soll.

● **Holger Fuß** ist freier Autor und schreibt regelmäßig für zahlreiche Zeitungen und Zeitschriften über das Zeitgeschehen. 2019 erschien „Vielleicht will die SPD gar nicht, dass es sie gibt“ (FinanzBuch Verlag).

www.m-vg.de/finanzbuchverlag

Längst hat sich in der SPD eine toxische Kultur breitgemacht, die sich gegen jede Selbstreflexion immunisiert. Die antifaschistische Brandmauer gegen den Popanz AfD ist das letzte Bollwerk gegen die Marginalisierung einer Sozialdemokratie, die das Gespür verloren hat, wer sie ist und woher sie kommt

MELDUNGEN

Veto-Flut bei E-Patientenakte

Berlin – Nach Auskunft des Spitzenverbandes der gesetzlichen Krankenkassen GKV hat bislang etwa jeder 20. gesetzlich Versicherte hierzulande Widerspruch gegen die Einrichtung einer elektronischen Patientenakte (ePA) eingelegt. Dabei melden die einzelnen Kassen deutliche Unterschiede. An der Spitze rangiert die IKK classic mit einer Widerspruchsquote von neun Prozent. Es folgen die KKH Kaufmännische Krankenkasse mit 7,5 Prozent und die Techniker Krankenkasse mit sieben Prozent. Dahingegen widersprachen bei der Barmer 5,6 Prozent der Mitglieder und bei der DAK Gesundheit etwas mehr als vier Prozent. Im Falle der Ortskrankenkassen liegt der Durchschnitt ebenfalls bei vier Prozent – aber mit großen regionalen Abweichungen. Die AOK plus – Gesundheitskasse für Sachsen und Thüringen berichtet von einer Ablehnungsquote von sieben Prozent, während nur zwei Prozent bei der AOK Bremen keine ePA wollen. W.K.

Pressefreiheit nimmt ab

Berlin – Die Bundesrepublik Deutschland ist in der Rangliste für Pressefreiheit der internationalen Nichtregierungsorganisation „Reporter ohne Grenzen“ auf Platz Elf abgerutscht und gehört nicht mehr zu den Ländern, in denen die Pressefreiheit als „Gut“ eingeschätzt wird. Vielmehr bewerten die Reporter ohne Grenzen die Rahmenbedingungen für den Journalismus hierzulande nur noch mit „Zufriedenstellend“. Die „sichtbaren Herausforderungen“ bei der Gewährleistung der Pressefreiheit sollen aber nicht etwa aus staatlichen Zensurversuchen resultieren, sondern aus dem „zunehmend feindlichen Arbeitsumfeld“ für Reporter, welche sich „mit rechtsextremen Milieus und Parteien wie der AfD beschäftigen“. An der Spitze der Rangliste in Sachen größte Pressefreiheit steht Norwegen. Danach kommen Estland, die Niederlande, Schweden, Finnland, Dänemark und Irland. Nur diese sieben Länder erhielten die Bewertung „Gut“ W.K.

Immo-Preise steigen wieder

Köln – Nachdem die Preise auf dem Immobilienmarkt zuletzt gefallen waren, meldet das Institut der Deutschen Wirtschaft nun die Trendwende. Laut Analysen des IW-Instituts ziehen die Immobilienpreise erstmals seit zwei Jahren wieder klar an. Demnach lagen die Preise von Eigentumswohnungen 1,1 Prozent über dem Vorjahresquartal, Ein- und Zweifamilienhäuser kosteten sogar 2,9 Prozent mehr. In den Städten Essen und Leipzig stiegen die Kaufpreise mit einem Zuwachs von 6,3 Prozent beziehungsweise 5,8 Prozent deutlich. Die Neuvertragsmieten lagen im ersten Quartal im Vergleich zum Vorjahr im Schnitt um rund 4,7 Prozent höher. Nach Einschätzung des IW-Immobilienökonomens Pekka Sagner trifft eine anhaltend starke Nachfrage auch in mittleren und kleineren Städten auf ein immer begrenzteres Angebot. Auch 2025 entstünde mit 230.000 neuen Wohnungen deutlich zu wenig neuer Wohnraum. H.M.



Kommt langsam in Erklärungsnot: Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas findet keine Lösung zur Finanzierbarkeit des Rentensystems

RENTENSYSTEM

Rentenloch bleibt ungestopft

Der Vorschlag von Bas, Beamte mit einzahlen zu lassen, ist eine Luftnummer

VON PETER ENTINGER

Bärbel Bas (SPD) hat mit ihrer Forderung, künftig auch Beamte in die gesetzliche Rentenversicherung einbeziehen zu wollen, für heftige Diskussionen gesorgt. Die neue Bundesarbeitsministerin begründet ihren Vorschlag mit einer breiteren Finanzierungsbasis: „Wir müssen mehr Leute an der Finanzierung der Rentenversicherung beteiligen.“ Künftig sollten daher „auch Beamte, Abgeordnete und Selbstständige einzahlen“, um die Einnahmen der Rentenkasse zu steigern. Doch schon kurz nach Amtsantritt erntete Bas mit dieser Idee deutlichen Gegenwind aus Politik, Verbänden und der Wissenschaft.

Alexander Hoffmann (CSU), Landesgruppenchef im Bundestag, nannte den Vorschlag „kontraproduktiv und nicht im Koalitionsvertrag verankert“. FDP-Vize Wolfgang Kubicki meldete sich aus der außerparlamentarischen Opposition und sprach von einem „Systemwechsel“, der

„finanziell nicht tragbar“ sei. Er warnte: „Wir dürfen den Sozialstaat nicht durch solche Schnellschüsse destabilisieren.“

Auch der Deutsche Beamtenbund lehnt eine Einheitsversicherung strikt ab.

„Bas' Vorstoß löst nichts, sondern schafft neue Schwierigkeiten“

Martin Werding
IW-Rentenexperte

Der Vorsitzende Ulrich Silberbach warnte vor Milliardenkosten für die öffentlichen Arbeitgeber, falls diese Rentenbeiträge für Beamte leisten müssten. Eine Umstellung wäre nur mit höheren Gehältern und mas-

siven Haushaltsbelastungen zu stemmen. „Woher das Geld kommen soll, sagt Frau Bas nicht“, kritisierte er.

Der Deutsche Landkreistag schloss sich der Kritik an. Präsident Achim Brötzel erklärte: „Not macht erfinderisch, ist aber nicht immer der beste Ratgeber.“ Beamte seien Leistungsträger, ihr Status dürfe nicht entwertet werden. „Gerade angesichts des Fachkräftemangels braucht es Anreize für den öffentlichen Dienst, keine Abschreckung.“ Der Vorschlag sei „nicht durchdacht, sondern getrieben von akuten Finanzsorgen“.

Politisch riskanter Vorschlag

Laut einer Analyse des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) könnte die Einbeziehung aller 1,9 Millionen Beamten bis zu 20 Milliarden Euro pro Jahr kosten. Selbst bei geteilten Beiträgen blieben zehn Milliarden. Diese Belastung käme zu den laufenden Pensionszahlungen hinzu. „Das wäre eine Verdopplung der heutigen Kostenstruktur“, erklärte das Institut. Der IW-Rentenexperte Martin Werding warn-

te zudem vor einer Quersubventionierung durch die Länderhaushalte. Der Vorschlag sei politisch riskant und haushalterisch nicht verantwortbar. Darüber hinaus würde sich das demografische Problem durch die Einbeziehung von Beamten nicht lösen. Ihre Altersstruktur ist ebenso ungünstig wie die der aktuellen Versicherungsgemeinschaft. Zudem gehen gerade die geburtenstarken Jahrgänge derzeit in Rente. Langfristig entstehen daher aus neuen Einzahlern auch neue Rentensprüche.

Lob von Linksaußen

„Es ist eine Milchmädchenrechnung, zu glauben, man stabilisiere das System, wenn man neue Gruppen einbezieht, die ebenfalls alterungsbedingt belastend wirken“, sagt Werding. Das IW sieht darin keinen nachhaltigen Effekt, sondern eine Verlagerung der Probleme in die Zukunft. „Bas' Vorstoß löst nichts, sondern schafft neue Schwierigkeiten“, lautet das Fazit.

Zustimmung kam dagegen von der Linkspartei und dem Sozialverband VdK. Ines Schwerdtner lobte den Vorschlag als „ersten Schritt zu einem Rentensystem für alle“. Aus ihrer Sicht könnte das Rentenniveau von 48 auf 53 Prozent steigen. VdK-Präsidentin Verena Bentele sprach von einem „mutigen Start“ und forderte, „Privilegien abzuschaffen“. Doch auch sie liefern keine Antworten auf eine realistische Finanzierbarkeit.

Derzeit muss der Bundeshaushalt mit über 100 Milliarden Euro jährlich die Rentenkasse stützen. Und die Tendenz ist steigend. Der Sozialetat ist längst der größte Posten im Haushalt. Die Hoffnung, durch Beitragserweiterung Wunder zu bewirken, ist daher trügerisch. Die Rentenformel lässt sich mit solchen Vorschlägen kurzfristig schönen – doch die Rechnung bekommen nachfolgende Generationen irgendwann präsentiert. „Wir verschieben die Probleme nur auf morgen“, warnte der Bundesrechnungshof in einem internen Bericht.

Ab in die Schublade

Bas' Vorschlag ist daher eher ein kostspieliger Schnellschuss ohne strategische Tiefe. „Statt populistischer Symbolpolitik braucht es eine ernsthafte Strukturreform“, sagt der haushaltspolitische Sprecher der Union, Christian Haase. Die Idee gehöre nicht ins Gesetzblatt, sondern in die Schublade – und zwar ganz nach unten. Und die Deutsche Rentenversicherung, die als Gesamtheit der 16 Träger der gesetzlichen Rentenversicherung fungiert, wies fast schon flapsig darauf hin, dass die Einbeziehung von Beamten „kein Sprint, sondern ein sehr langer Prozess“ sei, der gut geplant werden müsse. Und diese Experten sollten es wissen.

HOHENZOLLERN

Neue Stiftung für 27.000 Preußische Kunstgüter

Erster positiver Coup des neuen Kulturstaatsministers, der einen fast hundertjährigen Streit beilegt

Der Streit um Kunstwerke und Entschädigungen zwischen dem Haus Hohenzollern und der öffentlichen Hand ist beigelegt. Bei einem Pressetermin am 12. Mai 2025 stellte Wolfram Weimer, der neue Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, die gefundene Lösung in groben Zügen vor. Demnach haben sich die Länder Berlin und Brandenburg, der Bund sowie wichtige Kulturinstitutionen mit dem Haus Hohenzollern unter anderem auf die Einrichtung einer gemeinnützigen „Stiftung Hohenzollernscher Kunstbesitz“ geeinigt.

Auf die Stiftung gehen unter anderem alle Objekte des ehemaligen „Hohenzollernmuseums“ über. Insgesamt rund 27.000 Kunstwerke, auf die Georg Friedrich Prinz von Preußen Ansprüche reklamiert hatte, bleiben mit der Einigung wei-

terhin in Museen der Öffentlichkeit zugänglich. Die Hohenzollern-Familie erhält fünf Tabakdosen Friedrichs des Großen zu ihrer freien Verfügung. Zwei weitere Tabakdosen werden als Dauerleihgaben in der Öffentlichkeit verbleiben. In den Stiftungsrat wird die öffentliche Hand sechs Vertreter entsenden, das Haus Hohenzollern drei. Vereinbart wurde auch, dass die Hohenzollern ihre Ansprüche an die neue Stiftung abtreten.

Weitere Details der Einigung sollen bekannt gegeben werden, sobald alle Gremien zugestimmt haben. Dies wird im Laufe des Juni erwartet. Der Bund sowie die Länder Brandenburg und Berlin hätten die Verträge bereits unterzeichnet, so die Berliner Kulturverwaltung. Vor Inkrafttreten ist noch die Zustimmung mehrerer Gremien erforderlich. Die Stif-

tung Preußische Schlösser und Gärten hat ihre Zustimmung bereits auf einer außerordentlichen Sitzung gegeben. Notwendig ist auch noch die Zustimmung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz und des Deutschen Historischen Museums. Auch die Länderparlamente in Berlin und Potsdam müssen noch über den Vertragsentwurf abstimmen.

Der neue Kulturstaatsminister lobte, die erzielte Einigung sei ein „gewaltiger Erfolg für den Kulturstandort Deutschland“. Weimer sagte, es werde zudem „ein dauerhafter Rechtsfrieden zwischen dem Haus Hohenzollern und der öffentlichen Hand gestiftet“. Der Kulturstaatsminister bedankte sich für die Einigung ausdrücklich bei Georg Friedrich Prinz von Preußen. Der Chef des Hauses Hohenzollern erklärte, die gefundene Lösung sei ein

„Schlusstrich und gleichzeitig ein Neuanfang“. Bereits seit 2014 hatten die beteiligten Seiten über Ansprüche auf Kunstwerke und Ausgleichsleistungen für Enteignungen in der Sowjetischen Besatzungszone nach dem Zweiten Weltkrieg verhandelt.

Mit der Stiftungslösung wird sogar ein Streit beendet, der sich fast 100 Jahre hingezogen hat. Nach dem Ende der Monarchie war 1926 per Vertrag eine Vermögensregelung zwischen dem Freistaat Preußen und den Hohenzollern getroffen worden. Dennoch blieb Rechtsunsicherheit, und immer wieder folgten juristische Auseinandersetzungen und Rückgabeforderungen. Dabei ging es hauptsächlich um wertvolle Immobilien und einzigartigen Kunstbesitz, die in Staatsbesitz übergegangen waren. Hagen Ritter

BRANDENBURG

Katrin Lange liest der SPD die Leviten

Zurückgetretene Innenministerin zeichnet verheerendes Bild der märkischen Sozialdemokratie

VON HERMANN MÜLLER

Vergangenen Herbst konnte Brandenburgs SPD-Chef und Ministerpräsident Dietmar Woidke bei den Landtagswahlen noch einmal die SPD ganz knapp zum Wahlsieger vor der AfD machen. Nun steckt das Regierungsbündnis aus Sozialdemokraten und Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) jedoch in einer veritablen Krise.

Die bisherige Innenministerin Katrin Lange (SPD) hat am 16. Mai überraschend ihren Rücktritt erklärt. Nachdem Lange den Chef des Verfassungsschutzes, Jörg Müller, entlassen hatte, war sie in der eigenen Partei unter Druck geraten. Vordergründig war es um die Frage gegangen, wann der Chef der Verfassungsschutzabteilung im Innenministerium Lange darüber informiert hat, dass die AfD in Brandenburg vom Verdachtsfall auf den Status „gesichert rechtsextrem“ hochgestuft wurde (Die PAZ berichtete in Nummer 20/25).

Teile der SPD und der Jusos nahmen Lange vor allem übel, dass sie nicht viel von einem Verbotsverfahren gegen die AfD hielt, sondern die Partei mit politischen Mitteln stellen wollte. Mit Blick auf die AfD komme es darauf an, „durch entsprechende Angebote den Souverän dazu zu bewegen, bei der nächsten Wahl anders zu entscheiden“, so die Ministerin bei ihrem Rücktritt: „In der Politik gehöre ich mit einer solchen Auffassung heute zu einer Minderheit. Dort setzt man zunehmend einseitig auf die Instrumente Parteiverbot, Repression, Überwachung und Ausgrenzung. Man gibt die inhaltliche Auseinandersetzung mit der AfD bereits verloren.“

„Schäbigkeit und Niedertracht“

Lange räumte ein, „durch den zeitlichen Ablauf der Ereignisse“ die SPD-Landtagsfraktion „vor den Kopf gestoßen“ zu haben. Allerdings übte sie auch scharfe Kritik, dass in der Diskussion um sie in der SPD Brandenburg auch „mit Unterstellungen und Diffamierungen mir gegenüber gearbeitet wird, die bis ins Persönliche gehen. Einen solchen Umgang von denjenigen, die sonst ständig von ‚Respekt‘, ‚Toleranz‘ und ‚Wertschätzung‘ reden, bin ich nicht länger bereit zu akzeptieren.“ Sie moniert, in der SPD werde mit gezielter Desinformation gegen sie intri-



„Das nenne ich verlogen“: Katrin Lange mit Dietmar Woidke bei der Bekanntgabe ihres Rücktritts

Bild: imago/Martin Müller

giert, ihr schlage offener Hass entgegen. „Es gibt auch in der heutigen Politik Grenzen der Schäbigkeit und Niedertracht, die ich nicht bereit bin zu akzeptieren“, so Lange.

Auch Grünen und Linkspartei warf die zurückgetretene Ministerin vor, „mit haltlosen Unterstellungen“ Stimmung gegen sie zu machen: „Ausgerechnet die Partei, die den Verfassungsschutz abschaffen will, schwärmt jetzt plötzlich von der Behörde, ‚die unsere Verfassung und damit die Demokratie schützen soll‘. Das nenne ich verlogen. Und die CDU Brandenburg macht dabei mit.“

Rückendeckung erhielt Lange vom Landrat von Märkisch-Oderland, Gernot Schmidt. Sie sei „eine couragierte, kluge, ostdeutsche Frau, die durch schmutzige Intrigen gestürzt“ worden sei. Der Landrat, selbst SPD-Mitglied, sprach zudem von einem „Tiefpunkt für die brandenburgische Sozialdemokratie und für die Kultur in Deutschland“. Mit Langes Rücktritt sehen Beobachter auch die Macht

von Ministerpräsident Woidke beschädigt. Woidke hatte sich im Streit um die Entlassung des Verfassungsschutzchefs bis zum Schluss hinter die Innenministerin gestellt.

Unruhe auch beim BSW

Die Ex-Ministerin dankte Matthias Platzeck, Karl-Heinz Schröter, Katrin Schneider und auch Dietmar Woidke. Sie sagte: „Brandenburg kann sich glücklich schätzen, einen solchen Ministerpräsidenten zu haben.“ Woidke sei ein echter „roter Preuße“, so die SPD-Politikerin. Lange wurden bislang große Chancen eingeräumt, Nachfolgerin des 63-jährigen Woidke als Brandenburgs Ministerpräsident zu werden. Diese Option ist mit dem Rücktritt unwahrscheinlich geworden. Lange kündigte auch an, sie wolle nicht mehr für das Amt der stellvertretenden SPD-Landesvorsitzenden kandidieren. „Ämter sind Macht auf Zeit, plötzliche Veränderungen gehören dazu“, so die 53-Jährige. Ihre Arbeit als Abgeordnete im

Landtag will sie indes fortsetzen. Sie kündigte an, die dabei anstehenden politischen Vorhaben konstruktiv und kritisch zu begleiten.

Die Einbindung Langes in die Landtagsfraktion ist für das Weiterbestehen der Koalition aus SPD und BSW überlebenswichtig. Im Landesparlament hat das Regierungsbündnis nur eine hauchdünne Mehrheit von zwei Stimmen. In der BSW-Fraktion stand am 13. Mai erneut der Umgang mit dem Abgeordneten Sven Hornauf auf der Tagesordnung.

Der Jurist aus Frankfurt (Oder) hatte am 7. Mai im Innenausschuss zunächst einem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zugestimmt und anschließend sich bei der Abstimmung über den Haushaltsentwurf der Regierungskoalition der Stimme enthalten. Das zog ihm den erheblichen Zorn seiner eigenen Partei zu. Die BSW-Fraktion entschied sich gegen einen Ausschluss von Hornauf, allerdings entzog sie ihm alle Sitze in Landtagsausschüssen.

(Langes Nachfolger: Siehe Seite 8)

KOLUMNE

Auf der Bremse

VON THEO MAASS

Berlin-Schlachtensee ist eines der besonders bevorzugten Wohnquartieren im Berliner Bezirk Steglitz-Zehlendorf. Dort befindet sich auch die S-Bahnstation Mexikoplatz, die nur 800 Meter entfernt von der Endstation der U-Bahn am Bahnhof Krumme Lanke liegt. Zwar beschloss der Senat 2023, einen U-Bahn-Tunnel zum Mexikoplatz bauen zu lassen, aber erst Mitte 2026 soll Baubeginn sein und 2030 dann tatsächlich der erste Zug dorthin fahren.

Aber Berlin wäre nicht Berlin, wenn es kein Bürgerbegehren dagegen gäbe und ein bestelltes Gutachten das Bauvorhaben in Frage stellte. Die Initiative „Rettet den Mexikoplatz“ teilt mit, dass bereits „einige Anwohner anwaltlich beraten“ wahrscheinlich gegen einen bevorstehenden Planungsfeststellungsbeschluss klagten.

Szenenwechsel: Die ehemalige Autobahn A 104 (Schlangenbader Tunnel) wurde als eine der letzten Amtshandlungen der grünen Verkehrsministerin Bettina Jarasch vor gut zwei Jahren gesperrt. Begründung: Besorgnis um den Brandschutz. Erst jetzt beginnen die Sanierungsarbeiten, die voraussichtlich vier Jahre dauern werden. Geplante Wiedereröffnung ist im Jahr 2028. Das ist praktisch, weil 2026 ein neues Abgeordnetenhaus gewählt wird und Berlin dann vielleicht eine Linksregierung bekommt. Leider hat der Bundesverkehrsminister seinerzeit der Umwidmung der A 104 zu einer Landstraße zugestimmt, sodass der Berliner Senat die Autobahn sogar in die Luft sprengen kann, wenn ihm danach ist.

Und zu guter Letzt kommt der Abschnitt 16 der Bundesautobahn A 100 (Stadtring). Der ist zwar fast fertig, aber schon stehen die lokalen Verkehrsplaner wieder auf der Bremse: „Wenn der A 100-Abschnitt eröffnet, befürchten wir einen Verkehrskollaps“, behauptet Annika Gerold, Verkehrsstadträtin in Friedrichshain-Kreuzberg. So können sich die Berliner Autofahrer auch hier auf manch weiteren Querschuss einstellen.

MELDUNG

Israel-Hasser darf bleiben

Berlin – Das Berliner Verwaltungsgericht hat dem Eilantrag eines irischen Staatsbürgers gegen seine drohende Abschiebung stattgegeben. Der Mann sollte laut einem Bescheid des Berliner Landesamts für Einwanderung (LEA) zusammen mit zwei anderen EU-Bürgern und einem US-Amerikaner aus Deutschland ausreisen. Alle vier hatten an anti-israelischen Protesten, insbesondere an einer gewaltsamen Besetzung des Präsidiumsgebäudes der Freien Universität, teilgenommen. Nach Ansicht des Verwaltungsgerichts ist der Ausreisebescheid gegen den 29-jährigen Iren zwar nicht offensichtlich rechtswidrig, allerdings hätte die Ausländerbehörde eigene Ermittlungen anstellen müssen, da bislang keine strafrechtliche Verurteilung vorliege. Das Gericht kritisierte, die Ausländerbehörde sei in dem Verwaltungsverfahren ihrer Amtsaufklärungspflicht nicht in ausreichendem Maße nachgekommen. H.M.

WAHLEN 2026

Linkspartei strebt nach Führung in Berlin

Zugpferd Ferat Kocak geht in die Offensive für die Landtagswahl – Grünen- und SPD-Wähler im Visier

Ferat Kocak ist zwar in Deutschland geboren, aber sein Schwerpunkt liegt bei der Parteinahme vermeintlicher kurdischer Interessen. Seine Mitgliedschaften lesen sich zudem wie das „Who is Who“ des Linksextremismus. Nachdem er überraschend bei den Bundestagswahlen in Berlin-Neukölln das Direktmandat für die Linkspartei gewann, verkündete er dieser Tage, er wolle 2026 seine Partei zur stärksten politischen Kraft in Berlin machen.

Zwar erhielt die Linke bei den Bundestagswahlen in Berlin fast 20 Prozent und wurde tatsächlich stärkste Partei an der Spree, dies ging aber auf Kosten der beiden anderen linken Parteien SPD und Grüne. Diese verloren zusammen sogar noch etwas mehr, als die Linkspartei hinzugewann. Unterm Strich wurde der Linksblock in Berlin also schwächer.

Kocak will in Berlin offenbar weitere Wähler von Grünen und SPD für seine Partei gewinnen. Dazu sollen alle nicht-deutschen Bewohner Berlins das Wahlrecht und die 360.000 senatseigenen Wohnungen einen Mietendeckel erhalten. Überdies sollen 100.000 Wohnungen neu gebaut werden, und zwar vom Staat. Private Wohnungsbaugesellschaften, Energiekonzerne und Einkaufszentren will Kocak enteignen. Berlin soll eine „solidarische, gerechte, klimaresiliente Stadt, die Vorbild ist im Kampf gegen Mietensinn, soziale Spaltung und Kürzungspolitik“ werden. Finanzieren sollen das Steuererhöhungen wie die Anhebung der Grundsteuer, der Grunderwerbsteuer, der Vergnügungssteuer und der Gewerbesteuer. „Millionäre und Milliardäre“ sollen eine „Vermögenssteuer“ zahlen.

Der Politiker vergisst dabei zuzugeben, dass höhere Grundsteuer und Grunderwerbsteuer auf das Mietniveau durchschlagen. Höhere Gewerbesteuern schaden der Wirtschaft. Manches Unternehmen, das so drangsaliiert wird, könnte den Laden dichtmachen und ins nahe Stettin umziehen. Dorthin könnten auch die von Kocak ins Visier genommenen Millionäre abwandern.

Doch der Linksparteiler sucht und findet Verbündete in fast jedem linksextremen Milieu. Zu Campact, Fridays for Future, Ende Gelände, VVN-BdA, Migranti-fa, Interventionistische Linke, LinksKanax und die neuen polizeikritischen Strukturen „Ihr seid keine Sicherheit“ sowie „Kein Generalverdacht“ und anderen ähnlichen Gruppen hält Kocak guten Kontakt.

Neu ist sein Brückenschlag zu anti-israelischen Aktivisten. Beobachter sehen seine Bekenntnisse gegen Antisemitismus als Heuchelei. Die Berliner Linkspartei will offenbar das Erfolgskonzept von Jean-Luc Mélenchon in Frankreich kopieren. Der hat ganz ungeniert mit Ressentiments um die Stimmen moslemischer Einwanderer geworben. Im November 2023 kommentierte er einen Marsch gegen Antisemitismus in Paris, dies sei die „Demo derjenigen, die das Massaker in Gaza ohne Wenn und Aber unterstützen“.

Kocaks Wahlerfolg in Neukölln ist vornehmlich auf seinen Wahlkampf zurückzuführen. Während die Konkurrenz mit Flugblättern den Nachbarn die Briefkästen verstopften, zogen seine Wahlkampfkolonnen von Tür zu Tür und suchten den persönlichen Kontakt. Frank Bücker

● MELDUNGEN

EGMR ist „zu weit gegangen“

Straßburg – Dänemark und Italien fordern eine Neubewertung der Auslegung der Europäischen Menschenrechtskonvention durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR). Die beiden Regierungen kritisieren, der Gerichtshof in Straßburg sei vor allem bei der Auslegung von Migrationsfragen „zu weit gegangen“. In einem Schreiben, das anderen Staaten zur Mitzeichnung vorliegt, warnen Kopenhagen und Rom, einige Urteile des Gerichtshofs hätten die ursprüngliche Intention der Menschenrechtskonvention überschritten. Beide Regierungen kritisieren zudem, dass durch Entscheidungen des EGMR die Fähigkeit der Unterzeichnerstaaten eingeschränkt werde, „politische Entscheidungen in unseren eigenen Demokratien zu treffen“. Zu den potenziellen Unterstützern des Vorstoßes von Dänemark und Italien werden Tschechien, Polen, Finnland und die Niederlande gezählt. *H.M.*

Österreich will neutral bleiben

Wien – Österreichs Bundeskanzler Christian Stocker hat die Neutralitätspolitik seines Landes bekräftigt und einen NATO-Beitritt der Alpenrepublik abgelehnt. In einem Interview mit dem Onlinemedium „Euractiv“ sagte er: „Der NATO-Beitritt ist kein Thema in Österreich.“ Stocker betonte, seine Regierung nehme die Sicherheitsbedrohungen ernst. Er wies darauf hin, dass Österreich sich verpflichtet habe, die Verteidigungsausgaben bis 2032 auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts anzuheben. Mit Militärausgaben von rund einem Prozent der Wirtschaftsleistung hat Österreich 2024, ähnlich wie Irland und Malta, vergleichsweise wenig für seine Streitkräfte ausgegeben. Österreich hat im Oktober 1955 durch ein Bundesverfassungsgesetz eine immerwährende Neutralität in der Verfassung verankert. Schweden und Finnland, ebenfalls Länder mit langer Neutralitätstradition, sind 2023 beziehungsweise 2024 der NATO beigetreten. *H.M.*

Trotzreaktion bei Plastikmüll

Stockholm – Die seit Juli 2024 für die gesamte Europäische Union verbindliche EU-Richtlinie über Einwegkunststoffprodukte mit der Nummer 2019/904, welche die Verwendung von dauerhaft mit den Plastikflaschen verbundenen sogenannten Tethered-Caps-Verschläüssen vorschreibt, erfüllt ihren Zweck offenkundig nicht und bewirkt vielmehr das Gegenteil. Eigentlich sollte die Richtlinie verhindern, dass die Deckel in der Natur landen. Allerdings ergaben nun Untersuchungen an schwedischen Stränden eine Verdreifachung der Menge an herumliegenden Plastikdeckeln. Fanden sich vor dem Juli 2024 durchschnittlich 46 Deckel auf 100 Metern Küste, stieg die Zahl danach auf 144. Denn viele Verbraucher reißen die lästigen Tethered Caps kurzerhand ab und werfen sie dann auch nach Leerung der Flasche weg, was sie früher seltener taten. Grund dürfte die Verärgerung über die Bevormundung vonseiten der EU-Bürokratie sein. *W.K.*



Nach der Bekanntgabe des Wahlergebnisses war die Freude und Erleichterung groß: Der EU-freundliche Wahlsieger Nicușor Dan nimmt ein Bad in der jubelnden Menge, nachdem er seine ersten Siegesworte gesagt hatte *Bild: imago/NurPhoto*

NEUWAHLEN

Auf den Hermannstädter folgt ein Kronstädter

Der EU-freundliche Nicușor Dan hat überraschend die Präsidentschaftswahl in Rumänien gewonnen – Diesmal lief alles ohne Gerichtsintervention ab

VON BODO BOST

Die EU-Befürworter in Rumänien können aufatmen. Und die EU selbst auch. Nach einem fast uneinholbaren Rückstand von 20 Prozent im ersten Wahlgang konnte der Bürgermeister von Bukarest Nicușor Dan tatsächlich noch mit 54 Prozent der Stimmen relativ klar die Präsidentschaftswahl in Rumänien für sich gewinnen. Eine Überraschung. Dabei lag sein politischer Gegner, der Rechtspopulist George Simion, im ersten Wahlgang noch mit 41 Prozent der abgegebenen Stimmen vorn. Aber er erhielt im zweiten Wahlgang nur 46 Prozent.

Der wahrscheinliche Grund für den überraschenden Umschwung: Möglich gemacht hatten diesen Wahlsieg ein starker Anstieg der Wahlbeteiligung um fast

20 Prozent und die Stimmen der in Rumänien lebenden Ungarn, die Dan mit fast 90 Prozent ins Präsidentenamt hievt.

Dabei hatte der Wahltag gefühlt irgendwie ganz anders begonnen. Simion war seines Sieges so sicher, dass er bereits nach Bekanntgabe der Nachwahlbefragung bei der Schließung der Wahllokale um 20 Uhr seinen Sieg voller Selbstsicherheit bekannt gab. Sein Vorsprung wuchs auch noch bei den ersten Hochrechnungen, wo vor allem die ländlichen Bezirke ausgezählt wurden, der nationalistische Simion großen Rückhalt fand.

Beide Kandidaten machten schon im Vorwege deutlich, dass sie nicht zum Establishment gehören, sondern von außen neu auf die Politbühne kommen. Außerdem waren sie kein Mitglied einer der traditionellen Parteien des Landes, die aktuell als vollkommen korrupt gelten.

Rumänien war ja 1989 nicht durch eine demokratische Wende vom Kommunismus befreit worden, sondern Kommunisten aus der zweiten und dritten Reihe hatten einen Aufstand der Ungarn unter Leitung des ungarischen Pfarrer Tökesch im Lande genutzt, um Diktator Ceaușescu von der Macht zu verdrängen. Die dabei entstehenden Parteien entstanden alle aus der einstigen Staatspartei.

Aus eigener Partei ausgetreten

Die Korruption hatte bereits 2014 den Siebenbürger Sachsen Klaus Johannis an die Macht gebracht, der nur von einer Minorität der Deutschstämmigen in Rumänien unterstützt wurde. Der jetzige neue Präsident hatte hingegen vor einigen Jahren die liberale Partei USR mitbegründet und war mit dieser Partei Bürgermeister von Bukarest geworden. Aber er trat aus

dieser Partei aus und trat nun als Unabhängiger bei den Präsidentschaftswahlen an. Dabei wurde er lediglich unterstützt von den Ungarn, die sich in Rumänien als EU-freundlicher erwiesen als in Ungarn selbst.

Dan stammt aus Kronstadt in Siebenbürgen, wo er die Menschen mobilisieren konnte, aus ihrer Lethargie und Trägheit herauszukommen und zur Wahl zu gehen. Am meisten Stimmen erhielt Dan in den Bezirken mit ungarischer Bevölkerung, im Komitat Harghita konnte er seinen Stimmenanteil auf fast 90 Prozent erhöhen. Ähnlich gut schnitt er in Klausenburg ab.

Angst vor EU-Austritt

Die Wahl hatte Rumänien zunehmend zwischen Stadt- und Landbevölkerung gespalten. Beide Gruppen einte jedoch eine überaus EU-freundliche Stimmung, die in Rumänien ohnehin ungleich stärker ist als in fast allen anderen EU-Ländern. Man verspricht sich hier von der EU und der Mitgliedschaft entscheidende Vorteile – insbesondere in finanzieller Hinsicht, aber ebenso Stabilität und wirtschaftlichen Aufschwung.

Die Furcht vor einem drohenden Austritt aus der EU hat die Rumänen regelrecht in Massen ins politische Lager von Nicușor getrieben. Das jedenfalls glauben einige Medienvertreter und Kommentatoren. Deshalb haben auch die nationalen Minderheiten, die der EU mehr verbunden sind als die orthodoxe Landbevölkerung, vor allem ihn gewählt. Die Rumänen hatten Angst, dass ihr Land nach 18 Jahren Mitgliedschaft in der EU durch einen möglichen Sieg von Simion seine Mitgliedschaft in der EU in Frage stellen könnte. Immerhin ist das weiterhin sehr arme Rumänien immer noch ein Nettoempfänger von stattlichen EU-Hilfen.

Regieren gegen Rechts

Dan ist ein 55-jähriger Mathematiker. Er hat in Paris studiert und spielte die Karte des einzigen „pro-westlichen“ Kandidaten. Er wurde 2020 im dritten Anlauf gegen die Immobilienmafia als parteiloser Liberaler zum Bürgermeister von Bukarest gewählt. Jetzt ruhen die Hoffnungen der ganzen EU und der Ukraine auf ihm. Vor dem Bukarester Rathaus skandierte eine begeisterte Menge nach der Bekanntgabe des Ergebnisses voll Euphorie laut: „Russland, Russland – Rumänien gehört nicht dir!“

Dan rief in seiner ersten Ansprache alle EU-freundlichen Parteien im Parlament zur Kooperation auf. Allerdings haben drei Rechtsparteien zusammen mehr als ein Drittel der Sitze im Parlament, darunter die Partei AUR von Simion. Dieser gestand jedoch in der späten Nacht seine Niederlage ein.

ASYLPOLITIK

Großbritannien will die Migrationswelle bremsen

Selbst der Labour-Premierminister erkennt, dass es zu viele Zuwanderer wurden

Für den Regierungschef einer linken Partei waren es außergewöhnliche Worte. Großbritannien habe ein einmaliges „Experiment mit offenen Grenzen“ gemacht und dieses sei gescheitert, sagte Premierminister Keir Starmer letzte Woche. Nun müsse man die Bremse ziehen, sonst drohe das Land zu einer „Insel von Fremden“ zu werden. Diese Formulierung erregte Aufsehen. Einige Labour-Politiker fühlten sich an die Rede des Konservativen Enoch Powell von 1968 erinnert, die als „Ströme von Blut“-Rede in die Geschichte einging. Powell warnte damals vor einem Bürgerkrieg durch unkontrollierte Massenzuwanderung. Die Briten könnten „Fremde im eigenen Land“ werden, sagte er. Starmer Parteikollegen mussten eilends den Eindruck verwischen, dass die Formulierungen sich ähnelten. Andere sagten,

Starmer klinge „wie Nigel Farage“, der den Labour-Premier in der Migrationspolitik bereits vor sich hertreibt.

Starmer genannte Zahlen geben zu denken. Nach dem Brexit ist die Migration stark gestiegen. Kamen vor 2015 etwa 200.000 waren 2024 mehr als 700.000. Künftig sollen nun Visa restriktiver vergeben werden. So soll die einfache Zuwanderungserlaubnis für Pflegekräfte, die verstärkt aus Asien und Afrika kommen, in der Art abgeschafft werden. Für das Arbeitsvisum für Qualifizierte soll wieder ein Hochschulabschluss verlangt werden. Die Aufenthaltserlaubnis für Geringqualifizierte wird zeitlich stark begrenzt. Zudem wird die Frist für die Beantragung der Staatsbürgerschaft von fünf auf zehn Jahre steigen. Wie sehr die neuen Maßnahmen die Zuwanderung tatsächlich

drosseln, ist unklar. Es ist die Rede von 100.000 Zuwanderern weniger im Jahr.

Mit der Wende in der Migrationspolitik versucht der Labour-Premier Wähler zurückzugewinnen, die zur migrationskritischen Reform-Partei übergewechselt sind. Ob ihm das gelingt, ist ungewiss. Ein paar Tage nach seiner Migrationsrede kam eine aktuelle Umfrage heraus, die wie ein neuer Tiefschlag wirkt. Starmer ist demnach so unbeliebt wie noch nie. Der Anteil der Briten, die ihn negativ sehen, ist von 62 Prozent auf 69 Prozent gestiegen. Sein Netto-Popularitätswert fiel auf minus 46 Punkte. Das war der tiefste Stand, den YouGov jemals gemessen hat.

Beunruhigend für Labour: Laut der neuesten Umfragen, die Politico auswertet, würden schon 29 Prozent der Briten die Farage-Partei wählen. Labour liegt auf

Platz zwei mit 23 Prozent, die Konservativen mit der eher glücklosen Vorsitzenden Kemi Badenoch abgeschlagen auf Platz drei mit 18 Prozent.

Starmer hat Anfang dieser Woche ein neues Abkommen mit der EU vorgestellt, das die Beziehungen nach dem Brexit neu regeln soll. Das liefert aber Farage auch neue Gründe, „Verrat“ zu rufen, etwa wegen der Fischereirechte. Die britische Regierung stimmt zu, ihre Gewässer für zwölf weitere Jahre für EU-Boote zu öffnen. Das war besonders eine Forderung der französischen Regierung. Im Gegenzug erhält London einige Erleichterungen beim Handel mit landwirtschaftlichen Produkten. All das sind wichtige Punkte für Starmer. Doch die Migration könnte am Ende das alles entscheidende Thema werden. *Claudia Hansen*

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Nach der Northvolt-Pleite sorgt man sich in Schweden vor einem weiteren Finanzdebakel infolge der „grünen Transition“. Der aufkommende Verdacht richtet sich gegen das schwedische Start-Up Stegra, das 2020 mit dem Versprechen angetreten war, in Europa Vorreiter auf dem Weg zur „Kohlenstoffneutralität“ des Stahlsektors zu werden. Wegen zahlreicher Parallelen galt Stegra in Schweden als Northvolts Schwester. Dort ist die Wut über die Northvolt-Pleite grenzenlos. Umso mehr, als sich daraus jetzt die Frage ergibt: „Wird Stegra der nächste grüne Crash?“ In Deutschland prüft aktuell bereits der Bundesrechnungshof die Förderung des Bundes und des Landes Schleswig-Holstein von 600 Millionen Euro für den Bau der Batteriefabrik in Heide durch eine Northvolt-Tochtergesellschaft.

Seit September 2024 heißt „H2Green-Steel“ nun Stegra. Man sammelte für die Idee, Eisen und Stahl fossilfrei herzustellen, mit einer ehrgeizigen Zeitleiste für die gesteckten Produktionsziele von deutschen und internationalen Kapitalgebern hohe Summen ein: insgesamt 6,5 Milliarden Euro. Jetzt erinnert man sich schauernd daran, dass der vermeintliche Batteriehersteller Northvolt seine privaten und staatlichen Investoren offenbar jahrelang mit der falschen Behauptung hingehalten hat, dass in seinem nordschwedischen Werk in Skellefteå seit 2021 Autobatterien mit allem, was dazu gehört, selbst hergestellt worden seien.

Ebenfalls in Nordschweden will das Unternehmen Stegra demnächst die von der EU angeordnete ökologische Wende in der Stahlindustrie vollziehen. Dort will man in verschiedenen Fabrikhallen auf 75 Hektar ab 2027 Eisen und Stahl mit Hilfe von sogenannten grünem Wasserstoff aus Windstrom herstellen. Dabei ist der angekündigte Produktionsstart bereits um ein Jahr verschoben worden. Für die Elektrolyseanlage wird eine Leistung von 800 Megawatt angegeben.

Die jährliche Stahlerzeugung werde anfangs 2,5 Millionen Tonnen betragen, ab 2030 fünf Millionen Tonnen. BMW, Porsche, Mercedes-Benz, Kunden aus dem Nutzfahrzeugbereich und der Möbelindustrie haben laut Stegra bereits Zehntausende Tonnen Stahl vorbestellt. Stegra-Chef Henrik Henriksson spricht von einer neuen Ära. Den Neubau eines Stahlwerks dieser Größe gab es in Europa seit Jahrzehnten nicht. Man werde beweisen, dass grüner Stahl aus europäischer Fertigung eine Chance auf dem Markt hat.

Northvolt wurde als „grünes“ Technologieunternehmen von der schwedischen Öko-Investmentfirma Vargas gegründet,



Zu teuer, zu aufwendig: Die Stahlproduktion mit aus mit Windkraft erzeugtem Wasserstoff wird unbezahlbar

ENERGIEWENDE

Droht die nächste grüne Megapleite?

Nach dem verheerenden Northvolt-Debakel könnte nun auch Grüner Stahl in Schweden ein teurer Rohrkrepiierer werden

die auch Stegra half aufzusteigen. Wie Northvolt warb Stegra mit Versprechen im Bereich der Superlative für Investitionen in die angebliche Zukunftstechnologie: Man werde das erste integrierte Stahlwerk auf Basis von erneuerbarem Wasserstoff errichten und damit die erste Anlage für die großtechnische Produktion von grünem Eisen und grünem Stahl weltweit.

Hohe Verluste und eine Krise

Als Grundlage dafür werde der „weltweit größte Elektrolysepark“ entstehen. Etwas später hieß es, es werde eine der größten Elektrolyseanlagen in Europa entstehen. Die Arbeit mit „Grünstrom“ sei ein wichtiger Schritt, um die Reduzierung der Industrieemissionen in Europa zu beschleunigen. Mit Uniper und dem Schweizer Energiekonzern Axpo wurden Energielie-

ferungsverträge mit siebenjähriger Laufzeit ab 2027 geschlossen. ThyssenKrupp Nucera habe mit der Auslieferung der Elektrolysemodule begonnen. Für die Herstellung von Flachstahl in einem Minimill-Stahlwerk und weitere Fabrikanlagen wurde die SMS Group mit Sitz in Düsseldorf beauftragt. Die Liste allein der deutschen Vertragspartner und Kunden ist lang. Bis Januar hat Stegra nach eigenem Bekunden Lieferverträge mit insgesamt 30 Kunden in Europa mit einem Volumen von 11,3 Milliarden Euro abgeschlossen. Man werde in drei weitere Länder expandieren. Die Bundesregierung wollte das Projekt durch Übernahme von Exportkreditgarantien unterstützen.

Das Magazin „Capital“ recherchierte und kam zu einer realistischen Beurteilung des Vorhabens: „Grüner Stahl: Die

Umstellung ist für die Industrie ein Überlebenskampf. Gigantische Kosten, unsichere Erlöse – die Transformation auf grünen Stahl stürzt viele Hersteller in Existenzsorgen. Doch für eine Umkehr ist es oft schon zu spät.“ Gemeint sind offenbar ThyssenKrupp und Salzgitter. Eine im Mai im Fachblatt „Resource and Energy Economics“ veröffentlichte Studie zweier schwedischer Wirtschaftswissenschaftler dürfte die Furcht vor dem nächsten „grünen Reinfall“ befeuern. Die Autoren arbeiteten mit Rahmendaten, die ähnliche Bedingungen wie bei Stegra simulieren. Die Überschrift ihrer Studie lautet „Green steel investments in the EU: Pie in the sky?“ Die Forscher warnen vor einer Sozialisation der zu erwartenden hohen Verluste. In der EU bahne sich eine Stahlkrise wie zuletzt in den 70ern an.

„SONDERVERMÖGEN“

Goldgräberstimmung auch bei Deutscher Bahn

Dennoch könnte wegen diverser Preissteigerungen das Geld letztendlich doch noch knapp werden

Über das von Union und SPD vereinbarte „Sondervermögen“ sollen in den nächsten zwölf Jahren fünfhundert Milliarden Euro in die Erneuerung der deutschen Infrastruktur fließen. Allein die Deutsche Bahn kann auf 148 Milliarden Euro aus dem schuldenfinanzierten Riesenpaket hoffen. Kräftige Preissteigerungen können allerdings dazu führen, dass deutlich weniger Bahninfrastruktur auf den neuesten Stand gebracht werden kann, als derzeit geplant.

Als ein Warnsignal kann das derzeit wichtigste Sanierungsprojekt der DB InfraGO gesehen werden. Vom 1. August 2025 bis zum 30. April 2026 will die Bahntochter die Strecke zwischen Berlin und Hamburg einer Generalsanierung unterziehen. Dazu soll die viel genutzte Strecke zwischen den beiden größten deutschen

Städten für neun Monate komplett gesperrt werden.

Wie die „Berliner Zeitung“ am 10. Mai 2025 berichtete, steht knapp drei Monate vor Beginn der Sanierung noch immer nicht fest, welche Baufirma ein besonders wichtiges Teilstück des Vorhabens übernimmt. Dabei geht es um den fast 45 Kilometer langen Abschnitt Hamburg-Rothenburgsort-Büchen. Vergangenen Herbst hatte die Deutsche Bahn mitgeteilt, dass sie über ein europaweites Vergabeverfahren einen Großteil der Bauaufträge vergeben konnte. An der Generalsanierung beteiligen sich Unternehmen wie Spitzke, Leonhard Weiss, Strabag sowie die Konzerntochter DB Bahnbau Gruppe.

Keinen Erfolg hatte die Bahn hingegen im Herbst 2024, eine Baufirma für den Streckenbereich auf dem Gebiet Ham-

burgs und Schleswig-Holsteins zu finden. Laut dem Bericht der „Berliner Zeitung“ war allerdings auch die bisherige Suche nach einer Baufirma für diesen Streckenbereich nicht von Erfolg gekrönt. Eine Arbeitsgemeinschaft, die sich mit diesem Teilstück befasst, soll nun offenbar bis Ende Mai feststehen. Das wären lediglich acht Wochen vor Baubeginn des Gesamtprojekts. Die Bahn gibt sich gelassen, dass dies keinen Einfluss auf den Ablauf der Arbeiten und den Zeitplan haben wird. Lukas Iffländer, stellvertretender Bundesvorsitzender des Fahrgastverbands Pro Bahn, rechnet allerdings damit, dass aus den geplanten neun Monaten Bauzeit „schnell zehn oder elf werden können“. Zudem rechnet der Vertreter von Pro Bahn mit deutlich höheren Kosten: „Ich glaube zwar, dass man das irgendwie ver-

geben bekommt, es aber dann sehr teuer wird.“ Lukas Iffländer warnt sogar generell, dass trotz der geplanten halben Billion Euro für die bundesweite Infrastruktur das Geld knapp werden kann.

Laut einer Studie des Ifo-Instituts steigen tatsächlich die Preise der Bau- und Bahnindustrie im Bereich der Streckensanierungen schon seit Jahren massiv an, seit die Bahn mehr Geld in ihre Infrastruktur investiert. „Die Preise beim Schienenbau sind damit fast zweimal so stark gestiegen wie beim Straßenbau“, so der Ifo-Bahnextperte Felix Berschin gegenüber dem „Tagesspiegel“. Aus Sicht Berschins spricht einiges dafür, dass die Bahn- und Bauindustrie die verstärkten staatlichen Investitionen in die Schienenwege dafür genutzt hat, ihre Gewinnmarge zu erhöhen. *Hagen Ritter*

MELDUNGEN

Abwanderung nach China

Kopenhagen – Mit Xellia Pharmaceuticals wandert nun auch der letzte große europäische Hersteller lebenswichtiger Antibiotika nach China ab. Das Unternehmen, das unter anderem die Wirkstoffe Amfotericin, Bacitracin, Colistin, Daptomycin, Gramacidin, Polymyxin, Tobramycin, Tyrothricin, Vancomycin, Caspofungin, Fluticasone und Mometason produziert und Kunden in 80 Ländern rund um die Welt beliefert, verlagert sein 1952 errichtetes Werk in Kopenhagen komplett ins Reich der Mitte. Als Hauptgrund hierfür nennt der Xellia-Chef Michael Kocher den Kostendruck innerhalb der EU. Die Hälfte der von Xellia ausgelieferten Antibiotika steht auf der EU-Liste kritischer Medikamente und der WHO-Liste unentbehrlicher Arzneimittel. Kocher zufolge kommen bereits jetzt vier Fünftel der in der EU verwendeten pharmazeutischen Wirkstoffe aus China – „und sehr bald werden es nahezu 100 Prozent sein“. *W.K.*

Erstmals Streik bei Ford

Köln – Erstmals in der fast hundertjährigen Geschichte des Werks hat die Belegschaft von Ford in Köln in der vergangenen Woche die Arbeit niedergelegt. Der von der IG Metall organisierte Streik richtet sich gegen den geplanten Abbau von 2900 Stellen bis zum Jahr 2027. An der Urabstimmung hatten sich laut Gewerkschaft über 11.000 Beschäftigte beteiligt, 93,5 Prozent stimmten für den Arbeitskampf. Betroffen sind Produktion, Entwicklung und Verwaltung. Hintergrund ist eine Entscheidung des US-Autobauers, europaweit 4000 Stellen zu streichen – ein Großteil davon in Deutschland. Als Gründe nennt Ford die schwächelnde Nachfrage nach E-Autos sowie den steigenden Preisdruck auf dem Weltmarkt. Der Betriebsrat fordert tragfähige Alternativen zum Jobabbau und warnt vor der Aushöhlung des Entwicklungsstandorts Köln. Eine Stellungnahme von Ford blieb zunächst aus. Weitere Streiktage sind nicht ausgeschlossen. *P.E.*

Meta zensiert nicht mehr

Menlo Park, Kalifornien – Der US-amerikanische Technologiekonzern Meta, zu dem Facebook und Instagram gehören, hat seine nun sieben Jahre währende Zusammenarbeit mit dem kanadischen Unternehmen Telus Digital beendet, das bislang für die „Faktenprüfung“ und „Moderation von Inhalten“ auf den beiden Plattformen zuständig war. Dadurch verlieren 2059 Angestellte am Telus-Standort Barcelona ihren Job. Der Schritt steht im Zusammenhang mit der Ankündigung des Meta-Chefs Mark Zuckerberg vom November vergangenen Jahres, dass sein Konzern künftig wieder auf „offene Meinungsvielfalt“ setzen und keine Zensur mehr ausüben wolle. Meta drohen nun erhebliche Probleme mit der EU-Kommission, die nicht müde wird, zu betonen, dass die großen IT-Unternehmen nach europäischem Recht verpflichtet seien, gegen „extremistische Inhalte“ und „Desinformation“ vorzugehen. *W.K.*

KOMMENTAR

Heimliche Migration per Familienzuzug

HERMANN MÜLLER

Stoppen verstärkte Grenzkontrollen den weiteren Aufstieg der AfD? Auch wenn es nie ausgesprochen wird, so erweckt doch manche Wortmeldung von Unionspolitikern zu Grenzkontrollen den Eindruck, dass zumindest die Hoffnung mitschwingt, die Umfragewerte der AfD könnten wieder sinken, wenn die illegale Migration gestoppt wird.

Das könnte eine folgenschwere Milchmädchenrechnung sein. Selbst wenn der neuen Bundesregierung das Unwahrscheinliche gelänge, die illegale Zuwanderung auf nahezu Null zu bringen, würden noch immer die Folgeprobleme der bisherigen Massenmigration zu lösen sein. Von 2015 bis einschließlich 2024 lag die Nettozuwanderung bei fast sieben Millionen Personen – gut 1,2 Millionen Ukraine-Flüchtlinge inbegriffen. Allein durch diesen extremen Zuwanderungsschub innerhalb eines Jahrzehnts haben sich massive Probleme aufgebaut, die der Staat bislang nicht gelöst bekommen hat. Bundesweit hat sich eine Angst vor Attentaten und vor Messerkriminalität breitgemacht.

Immer mehr Menschen nehmen den öffentlichen Raum als „unsicher“ wahr. Gleiches gilt für viele Schulhöfe. Weihnachtsmärkte gleichen Hochsicherheitsbereichen, Volksfeste werden aus Sicherheitsbedenken immer öfter abgesagt. Problemfälle sind ebenso das Bildungs- und Gesundheitssystem. Laut aktueller Prognose der Kultusministerkonferenz fehlen im Jahr 2025 rund 11.690 Lehrkräfte an deutschen Schulen. Langfristige Prognosen gehen davon aus, dass sich im Gesundheitssystem bis 2030 ein Defizit von rund 50.000 aufstauen wird.

Zu wenig Geld für Problemlösung

Die Lage auf dem deutschen Wohnungsmarkt ist nach jahrelanger Zuwanderung und viel zu geringem Wohnungsbau mittlerweile so angespannt, dass die Forscher des IW-Instituts warnen, ohne eine Trendwende beim Bauen werde Wohnen zum Luxusgut. Aktuell fehlen in Deutschland rund 600.000 Wohnungen. Egal ob Kriminalitätsbekämpfung, Lehrer- und Ärztemangel oder das Fehlen Hunderttausender Wohnungen – je-

des Problem gleicht einer Mammutaufgabe, die für die Politik höchste Priorität haben müsste. Lösungen müssen Union und SPD zudem unter Bedingungen finden, die stetig ungünstiger werden: Laut jüngster Steuerschätzung müssten Bund, Länder und Kommunen mit etwa 81 Milliarden Euro weniger Einnahmen auskommen, als bislang gedacht.

Auch der Mangel an Lehrern und Ärzten trifft in den nächsten Jahren auf eine verhängnisvolle demographische Entwicklung. Die Boomer-Generation geht in Rente, gleichzeitig wird zahlenmäßig weit weniger Personalnachwuchs zur Verfügung stehen. Auch die Hoffnung, das Problem durch Einwanderung von echten Fachkräften zu entschärfen, hat sich bislang nicht so erfüllt, wie dies gedacht war.

Jährlich immigriert eine Großstadt

Große Skepsis herrscht auch bei der Frage, ob die ungesteuerte Migration tatsächlich deutlich zurückgehen wird. Langfristig erfordern Grenzkontrollen mehr Personal. Die Bundespolizisten, die jetzt an den Grenzen illegale Einreisen verhindern sollen, fehlen andernorts, um für Sicherheit zu sorgen. Obendrein sind schon nach kurzer Zeit Schlupflöcher der derzeitigen Regelung zu Zurückweisungen erkennbar. Weiterhin als „Schutzsuchende“ einreisen dürfen unter anderem unbegleitete Jugendliche. Es dürfte nicht lange dauern, bis sich dies in den Herkunftsländern der Migration herumgesprochen hat.

Zur Erinnerung: Allein im Jahr 2024 haben rund 13.340 unbegleitete Minderjährige hier einen Asylersantrag gestellt. Der Großteil dieser Jugendlichen stammte aus Syrien und Afghanistan. Für weitere Zuwanderung sorgt bislang auch der Familiennachzug. Vergangenes Jahr hat das Auswärtige Amt von Januar bis Ende November etwa 115.000 Visa für Familiennachzug ausgestellt, im Gesamtjahr 2023 waren es 131.000 Visa. Allein über diese Möglichkeit sind damit jedes Jahr Personen aus dem Ausland in der Größenordnung einer Großstadt zugewandert. Im Koalitionsvertrag haben Union und SPD zumindest die Regelung getroffen, den Familiennachzug für Personen mit subsidiärem Schutzstatus zunächst für zwei Jahre auszusetzen.



Nancy Faeser: Sie hinterließ ein schlechtes AfD-Gutachten als Erbe

Bild: picture alliance/PIC ONE | Christian Ender

LEITARTIKEL

Faesers letztes faules Ei

ROBERT MÜHLBAUER

Die Wahrscheinlichkeit, dass die etablierten Parteien im Bundestag demnächst ein Verbotverfahren gegen die AfD beschließen, ist zuletzt gesunken. Das liegt an der skeptischen Positionierung des Bundeskanzlers und CDU-Vorsitzenden Friedrich Merz. „Das riecht mir zu sehr nach politischer Konkurrentenbeseitigung“, sagte Merz im „Zeit“-Interview. Aber er ließ sich ein Hintertürchen offen: Nicht der Bundestag soll für ein AfD-Verbotverfahren in erster Linie zuständig sein, sagte Merz, sondern das sei „eine klassische Aufgabe der Exekutive“, sprich der Bundesregierung. Sie müsse nachweisen, ob die AfD sich „aggressiv-kämpferisch“ gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung richte.

In der Union sind viele stinksauer über das Vorgehen der Ex-Innenministerin Nancy Faeser (SPD), die buchstäblich am vorletzten Tag ihrer Amtszeit ein sammengeschustertes „Gutachten“ des Verfassungsschutzes nutzte, um die AfD als „gesichert rechtsextrem“ hochzustufen. Faeser hat das Gutachten nicht sachlich prüfen lassen. Nun liegt es wie ein faules Ei auf dem Schreibtisch ihres Nach-

folger Alexander Dobrindt (CSU). Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) manövrierte sich und ihn in eine peinliche Lage. Denn das 1108 Seiten starke Papier sollte unter Verschluss bleiben. In einem Rechtsstaat ist es aber ein Unding, dass ein Beschuldigter – die AfD – eine Anklageschrift nicht sehen darf. Und auch die Öffentlichkeit besitzt ein Recht darauf zu erfahren, auf welche Belege das BfV sein Verdikt stützt.

Verbot wäre eine politische Bombe

Inzwischen ist das Gutachten komplett ans Licht der Öffentlichkeit gekommen. Das Magazin „Cicero“, das Onlinemedium „Nius“ und die Wochenzeitung „Junge Freiheit“ haben die 1108 Seiten eingescannt ins Internet gestellt. Nun kann sich jeder selbst ein Bild machen. Es ist geradezu haarsträubend, was für Aussagen von AfD-Abgeordneten, die völlig von der Meinungsfreiheit gedeckt sind, als „verfassungsfeindlich“ gebrandmarkt werden sollten. Zum Beispiel spielt Kritik an der Massenzuwanderung („Messerszuwanderung“) oder auch an drakonisch-freiheitsfeindlichen Corona-Maßnahmen eine Schlüsselrolle. Ein anderer zentraler Kritikpunkt: der ethnisch-abstammungsmäßige Volksbegriff. Dieser soll Zuwande-

rer diskriminieren. Aber beispielsweise im Bundesvertriebenengesetz wird explizit auf die Abstammung als Kriterium der Volkszugehörigkeit hingewiesen. Das kann nicht verfassungsfeindlich sein.

Angesehene Juristen äußerten Zweifel, ob das Gutachten wirklich trägt. Auch der frühere Präsident des Verfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier warnte, die Hürden für ein Verbot einer Partei seien extrem hoch. Durch ein Verbot der AfD würde in den demokratischen Willensbildungsprozess und den parteipolitischen Wettbewerb massiv eingegriffen.

Trotzdem wollen starke Kräfte der SPD und der Grünen auf Teufel komm raus ein Verbotverfahren. Warum? Vielleicht weil Rot-Rot-Grün im Bundestag dann eine Mehrheit bekäme, wenn alle 151 AfD-Abgeordneten schlagartig ihr Mandat verlören? Das Verbot einer Partei, die laut aktuellen Umfragen etwa 25 Prozent aller Bundesbürger wählen wollen, wäre eine politische Bombe. Es ließe Deutschlands Demokratie in den Augen des Auslands extrem seltsam aussehen, wenn plötzlich Polizisten die Büros der größten Oppositionspartei räumen und Abgeordnete aus den Parlamenten zerrén, wie die „Süddeutsche Zeitung“ in einem Kommentar schon genüsslich phantasierte.

PORTRÄT

Konfliktlöser aus der Grenzstadt

Über die AfD wird noch so mancher Politiker stolpern. Zuletzt stürzte Brandenburgs Innenministerin Katrin Lange in der Affäre über die Entlassung ihres Verfassungsschutzchefs Jörg Müller, weil der angeblich ohne ihr Wissen die AfD als gesichert rechtsextremistische Partei hochgestuft hat. Wegen dieser Entscheidung geriet sie allerdings selbst unter Beschuss und trat von ihrem Amt zurück.

Kurz darauf präsentierte Ministerpräsident Dietmar Woidke der Öffentlichkeit einen Nachfolger, den niemand auf der Rechnung hatte: René Wilke, den parteilosen Bürgermeister von Frankfurt an der Oder. Dass sich Woidke bei der Nachfolge nicht aus dem Personal des inneren SPD-Parteizirkels bedient, in dem vermeintlich verdiente Genossen nach einer solchen Karrierechance nur auf der Lauer liegen, hat viele überrascht. Wilke ist eben kein Apparatschik, sondern Pragmatiker – und darüber hinaus lernfähiger Realist.

Bis vor knapp einem Jahr war der 40-Jährige noch Mitglied der Linkspartei. Wegen deren Haltung zum Ukrainekrieg trat er aus der Partei aus, in die er als 16-Jähriger – damals hieß sie noch PDS – eingetreten war. „In der Linken gibt es noch immer einen naiven Pazifismus“, kritisierte er deren Haltung gegen Waffenlieferungen in die Ukraine.

In seiner Heimatstadt Frankfurt an der Oder, wo er 2018 zum damals jüngsten und einzigen linken Oberbürgermeister

Brandenburgs gewählt wurde, regiert er außerdem in einer Art Frontstadt mit illegalen Zuwanderungen über die dortige deutsch-polnische Grenze. Dabei ist er offen für Abschiebungen. Und was Grenzkontrollen betrifft, könnte die Bundesregierung unter Friedrich Merz in Wilke einen neuen Verbündeten gefunden haben.

Der wegen der beruflichen Tätigkeit seiner Eltern in Moskau aufgewachsene Wilke, der unter anderem in der Frankfurter Europa-Universität Viadrina studierte, verfügt als Mediator außerdem über Kenntnisse in Konfliktmanagement. Noch vor einem Monat lag er im Clinch mit dem Potsdamer Innenministerium, weil es seiner Stadt eine Waffenverbotszone und die Videoüberwachung verweigert hat. Den Konflikt hat er mit dem Sprung ins Innenministerium selbst behoben. Künftige Konflikte mit der AfD, etwa ein Verbotverfahren, könnte auch für ihn eine stolze Hürde sein. H. Tews



Woidkes Innenminister: René Wilke

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Chef vom Dienst: Jens Eichler; Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruff; Buchseite, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schurt; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Juli 2024:

Inland 18 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 20,50 Euro, Luftpost 24,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 4,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konto: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADE33XXX

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bürogeschäftsstelle: info@ostpreussen.de

Künstliche Intelligenz aus der Phiole

Vor 200 Jahren traf Johann Wolfgang Goethe in Weimar ein – Dem Jahrestag widmet man sich mit mehreren „Faust“-Ausstellungen

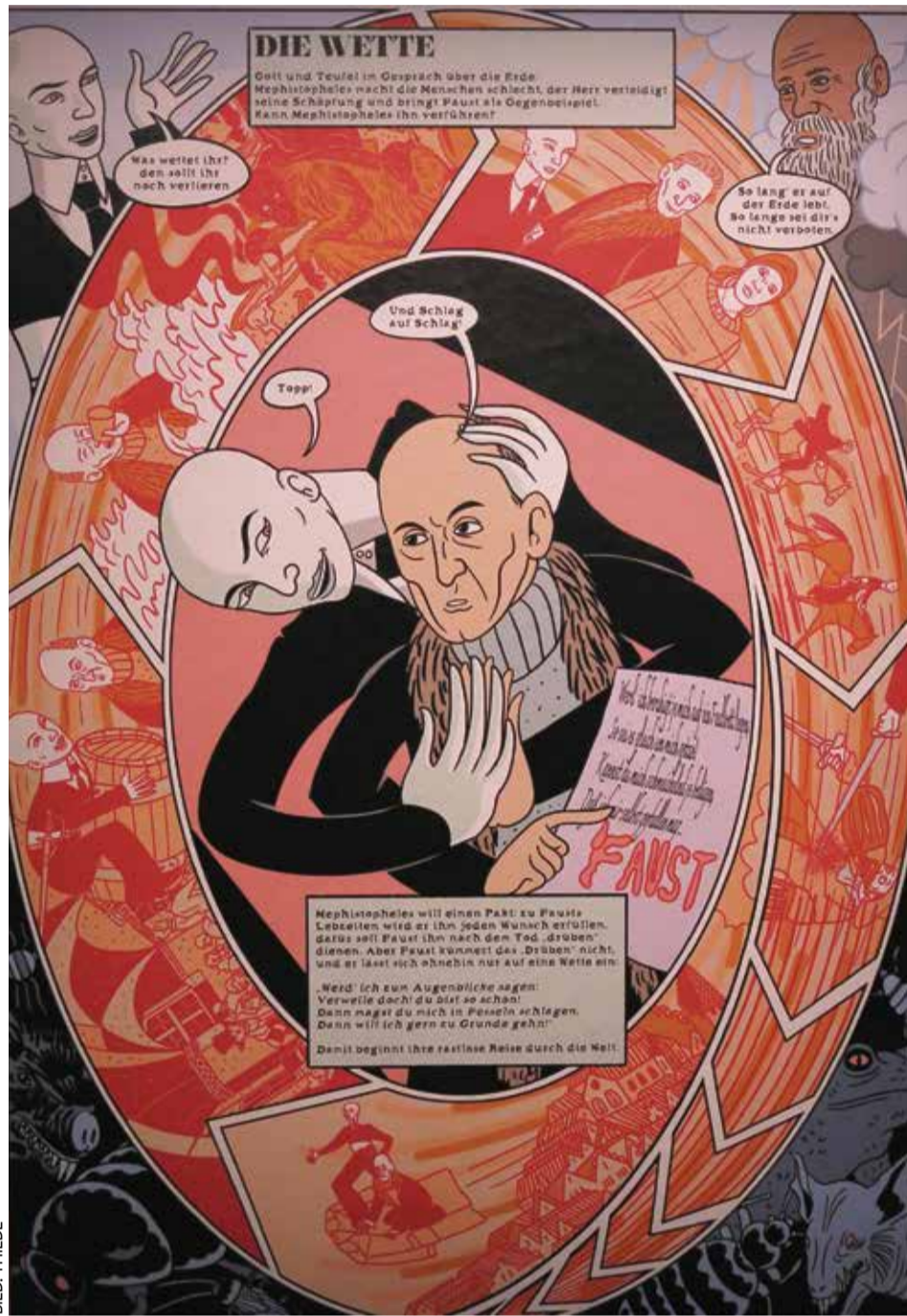
VON VEIT-MARIO THIEDE

Mit dem „Urfaust“ im Gepäck begab sich Johann Wolfgang Goethe im November 1775 nach Weimar. Anlässlich des 200. Jubiläums seiner Ankunft hat die Klassik Stiftung Weimar das Faust-Jahr ausgerufen, das mit Ausstellungen begangen wird. Das Goethe- und Schiller-Archiv führt uns in Goethes mit Vorarbeiten, Notizen und Fragmenten zum „Faust“ ausgestattete Schreibwerkstatt. An acht Terminen ist das originale Manuskript von „Faust II“ zu sehen.

Mephisto hat weit mehr Text als Heinrich Faust und gilt vielen als der eigentliche Held der Tragödie. Ihm widmet sich die Ausstellung im Studienzentrum der Anna Amalia Bibliothek. Die Präsentation im Nietzsche-Archiv handelt davon, wie es der Philosoph mit Goethe und Faust hielt. Nietzsche verehrte vor allem die im „Faust“ entfaltete Sprachkunst.

Die zentrale Schau zu Goethes Hauptwerk, an dem er von 1770 bis kurz vor seinem Tod am 22. März 1832 arbeitete, ist im Schiller-Museum ausgebaut. Sie umfasst Objekte aus Goethes naturkundlichen Sammlungen, Animationsfilme, Hörstationen, „Faust“-Illustrationen sowie etliche „Faust“-Zitate auf Bannern, Wänden und Ausstellungsmöbeln. Ausschnitte aus „Faust“-Filmen weisen auf die Themenvielfalt des Werkes hin. Es handelt von Liebe und Begehren, Natur und ihrer Zerstörung, Geld und Macht, Erschaffung von Leben und künstlicher Intelligenz.

Simon Schwartz hat den Hauptfiguren und zentralen Szenen Comic-Zeichnungen gewidmet. Sein Comic-Plakat „Die Wette“ zeigt links und rechts oben Gott und den Teufel Mephistopheles. Gott glaubt daran, dass sich Doktor Heinrich Faust nicht auf Geschäfte mit dem Teufel einlässt. Die große Zeichnung im Bildzentrum zeigt jedoch, wie Mephisto und Faust ihren Vertrag mit Blut besiegeln. Er lautet: „Werd' ich zum Augenblicke sagen: / Verweile doch! / du bist so schön! / Dann magst du mich in Fesseln schlagen, / Dann will ich gern zu Grunde gehn!“



„Faust“ als Graphic-Novel: Simon Schwartz, „Die Wette“, im Schiller-Museum

„Auf einem wandfüllenden Bild zeigt uns Schwartz die vielen Schauplätze der Handlung. Vom Himmel schaut Gott herab. Im linken Bereich sind von oben nach unten die Theaterbühne, Felsenbuchten des Ägäischen Meeres, der Palast des Menelaos und Fausts Burg zu sehen. Unterhalb von Gott sind die mittelalterliche Stadt mit Fausts Studierzimmer, Margaretes Zimmer, Auerbachs Keller und Margaretes Kerker abgebildet. In der folgenden

Arbeitskräfte Land ab. Insbesondere im Landgewinnungsprojekt sehen die Kuratoren einen literarischen Niederschlag der aufdämmenden Moderne in Goethes Werk. Der widmen sie Ausstellungsschwerpunkte.

Arbeitskräfte Land ab. Insbesondere im Landgewinnungsprojekt sehen die Kuratoren einen literarischen Niederschlag der aufdämmenden Moderne in Goethes Werk. Der widmen sie Ausstellungsschwerpunkte.

Arbeitskräfte Land ab. Insbesondere im Landgewinnungsprojekt sehen die Kuratoren einen literarischen Niederschlag der aufdämmenden Moderne in Goethes Werk. Der widmen sie Ausstellungsschwerpunkte.

Arbeitskräfte Land ab. Insbesondere im Landgewinnungsprojekt sehen die Kuratoren einen literarischen Niederschlag der aufdämmenden Moderne in Goethes Werk. Der widmen sie Ausstellungsschwerpunkte.

Faust und der Kapitalismus

„Faust I“ und „II“ handeln von drei Möglichkeiten für Sinn im Leben: Die erste ist das Streben nach Erkenntnis, „was die Welt im Innersten zusammenhält“, die zweite die Liebe, die dritte richtet sich auf Besitz und Herrschaft. Die Schau konzentriert sich auf die zweite und dritte Möglichkeit. Sie stellt uns die durch Mephistos Zauberricks für Faust eingenommene Margarete als fromme junge Frau vor, die durch ihn in Not gerät und zur Mörderin ihres unehelichen Kindes wird.

Mit der schönen Helena bandelt Faust im zweiten Teil der Tragödie an. Nach dem Tod ihres gemeinsamen Sohnes Euphorion verabschiedet sich Helena von Faust und begibt sich in die Unterwelt. Daraufhin konzentriert sich der inzwischen hochbetagte Faust auf den Erwerb von Herrschaft und Besitz. Dem Meer ringt er unter dem Einsatz zahlreicher

Arbeitskräfte Land ab. Insbesondere im Landgewinnungsprojekt sehen die Kuratoren einen literarischen Niederschlag der aufdämmenden Moderne in Goethes Werk. Der widmen sie Ausstellungsschwerpunkte.

Auf Goethes facettenreiche Naturvorstellungen folgt die Abteilung „Kapitalozän“. In ihr wird Faust als Unternehmer vorgestellt, der mit Krieg und der Ausbeutung von Mensch und Natur reich wird. Auch „Homunkulus“ steht im Blickpunkt. Diesen in einer Phiole erzeugten künstlichen Menschen erklären die Kuratoren zum Vorläufer der heute – ach – so aktuellen Künstlichen Intelligenz.

Auf Fausts Weltbesitz durch Meerestrockenlegung folgt sein Untergang. Er ist erblindet und deutet das Geräusch von Schaufeln als Arbeit an einem Entwässerungsgraben. Mephisto halblaut: Geschaufelt wird nicht an einem Graben, sondern an einem Grab. Faust jedoch bildet sich ein, „ein paradiesisch Land“ zu erschaffen – und springt im letzten Augenblick dem Mephistopheles von der Teufelsschippe. Kurz vor seinem Tod sagt er nämlich nur, was er sagen könnte, aber eben doch nicht sagt: „Zum Augenblicke dürft' ich sagen: / Verweile doch, du bist so schön!“ Statt in die Hölle kommt er in den Himmel, wie die von Schwartz gezeichnete „Erlösung“ zeigt.

Über einer Bergschlucht erstrahlt die „Mater Gloriosa“ genannte Himmelskönigin. Sie schickt das „Unsterbliche“ einer Büberin, „sonst Gretchen genannt“, und das des Faust auf Himmelfahrt. Die Engel erklären: „Wer immer strebend sich bemüht / Den können wir erlösen. / Und hat an ihm die Liebe gar / Von oben Teil genommen, / Begegnet ihm die selige Schar / Mit herzlichem Willkommen.“

Abschließend sind die Besucher eingeladen, Goethes „Faust“ in Bild und Ton als Sprachkunstwerk mit einer enormen Vielfalt von Wörtern, Klängen und 37 verschiedenen Versformen zu genießen.

● www.klassik-stiftung.de/faust

KINO

Der Letzte seiner Art

Tom Cruise taucht und fliegt zum achten Mal als Agent Ethan Hunt in der „Mission Impossible“-Filmreihe – angeblich zum letzten Mal

Um eines klarzumachen: Ein sensibles Trauerspiel, in dem außer Endlosmonologen nichts passiert, ist „Mission Impossible“ natürlich nicht. Man muss es mögen, wenn der Held Ethan Hunt mit einem Bombenaufwand wider alle Regeln der Logik und Naturgesetze unmögliche Agentenmissionen zum Happy End führt. Basierend auf einer 1966 gestarteten TV-Serie ist ihm dies auf der Kinoleinwand in knapp einem Vierteljahrhundert in acht dröhnenden Actionspektakeln gelungen.

Die Kombination von „James Bond“-Story und Tom Cruise als hartem Hund, der sich wie ein Terrier an seinen Feinden festbeißt, ist eine solche Gelddruckmaschine – weltweit hat sie bislang über vier Milliarden US-Dollar eingespielt –, dass man kaum glauben will, dass mit der diese Woche in den Kinos gestarteten „Mission“ Nummer 8, „The Final Reckoning“ – einer Fortsetzung der „Tödlichen Abrechnung“ von „Mission“ Nummer 7 aus 2023 – angeblich Schluss sein soll. Aber Cruise als Ethan Hunt ist eben auch nicht

mehr der Jüngste, auch wenn man ihm seine 62 Jahre selbst in Großaufnahmen mit faltenfreiem Gesicht kaum ansieht. Aber Stunts in einem riesigen Wassertank mit Tauchszene in einem gesunkenen russischen U-Boot zwischen Torpedos hindurch oder in der Luft an einem Propellerflugzeug hängend, bei denen er sich nicht doublen lässt, dürften ihm zunehmend schwerer fallen. Und für einen jüngeren Nachfolger für weitere Missionen werden Cruises Schubabdrücke zu groß sein. Anders als die „James Bond“-Serie, die seit 1962 von sechs Hauptdarstellern am Leben gehalten wurde, funktioniert „Mission Impossible“ nur mit Cruise.

Er hat zwei Vorteile: Er kommt beim weiblichen und männlichen Publikum gleichermaßen gut an. Für Frauen ist er eine Augenweide und für Männer ein Spiegelbild ihrer testosterongeschwängerten Träume. Im sonst so „woken“ Hollywood ist er einer der letzten seiner Art, der wie schon im Kassenschlager „Top Gun“ gegen den Strom schwimmt und be-

weist, wonach sich das Kinopublikum tatsächlich sehnt: nach knallharter Action statt nach schwülstigen Trauerspielen.

Im neuen Film gibt es Alibi-Auftritte, die dem diversen Zeitgeist entsprechen: so etwa die dunkelhäutige US-Präsidentin (Angela Bassett), die schon seit „Mission Impossible“ Nummer 6 von 2018 amtiert,

oder die Kommandantin eines Flugzeugträgers (Ex-ECS-Moderatorin Hannah Waddingham). Aber das fällt nicht weiter ins Gewicht. Schwerer wiegt, dass sich in den 170 Minuten, die der Film dauert, alles nur auf zwei Spannungsmomente fokussiert: der Taucheinsatz zum russischen U-Boot im Beringmeer und die

Luftakrobatik mit Flugzeugen über Südafrika. In beiden Fällen geht es darum, zwei Verbindungsstücke aufzutreiben, um in letzter Sekunde eine atomare Apokalypse zu verhindern, die sonst durch die „Entität“ genannte, sich verselbstständigende Künstliche Identität ausgelöst würde.

Der ganze Rest dazwischen wird ausgefüllt mit Hunt als Witwen- und Waisen-tröster sowie Schnitt-Reminiszenzen aus früheren Filmfolgen. Anderen Erkennungsmotive der Filmreihe hat Regisseur Christopher McQuarrie den Zahn gezogen: Die Gesichtsmaskerade, mit denen Hunt die Gegner täuscht, taucht nur einmal an unbedeutender Stelle auf, und dessen spannungsgeladene lautlose Annäherungen im Feindgebiet sind inzwischen ganz abgeschafft.

Mit dem Computergenie William Donloe mischt sich noch eine Figur aus dem ersten Film von 1996 entscheidend in die Handlung ein. Damit scheint sich der „Mission Impossible“-Kreis tatsächlich zu schließen. Harald Tews



Hängt in der Luft: Tom Cruise als Ethan Hunt bei einem seiner Stuntauftritte

LYCK

Masurens inoffizielle Hauptstadt

Vor 600 Jahren wurde die ostpreußische Kreisstadt als Dorf gegründet

VON GERD BANDILLA

Is in das 13. Jahrhundert war der Kreis Lyck von dem preußischen Stamm der Sudauer besiedelt. Ihr bekannter letzter Heerführer war Herzog Skomand. Seine Burg stand bei Skomanten [Skometno Wielkie]. Die Sudauer waren die letzten Prußen, die der Deutsche Ritterorden 1283 besiegte und christianisierte. Es entstand die „Große Wildnis“, ein entvölkertes Land. 1354 wurde die „Clausula Mariana“ erwähnt; es soll sich um Klausen, Kreis Lyck handeln. Im Jahre 1398 begann der Ritterorden den Bau einer Burg auf der Insel im Lyck-See [Jezioro Elckie]. Aufgrund des Vertrages vom Melnosee von 1422 wurde die Grenze zwischen dem Ordensstaat einerseits und dem vereinigten Polen und Litauen andererseits markiert. Sie bestand mit einer Unterbrechung in der Zwischenkriegszeit de facto bis 1945 und de jure bis 1990.

Das Dorf Lyck wurde am 27. Mai 1425 von Hochmeister Paul von Rußdorff gegründet. Lokator war der Masowier Bartusch Bratomil. Bereits 1435 wurden Lyck die Stadtrechte verliehen, die allerdings bis 1669 ruhten. Im 15. Jahrhundert ließ der Zustrom deutscher Siedler nach Preußen nach. In der ersten Hälfte jenes Jahrhunderts wurden im Kreis Lyck nur fünf weitere Dörfer gegründet. Nach dem Zweiten Thorner Frieden von 1466 und der damit verbundenen Lehnsabhängigkeit des Ordensstaates vom polnischen König kamen polnische Siedler aus dem benachbarten westpreussischen Masowien (Mazowsze).

In der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts entstanden viele Dörfer. 1525 wurde Preußen protestantisch und ein weltliches Herzogtum. Die Gegenreformation in Polen hatte zur Folge, dass Glaubensflüchtlinge insbesondere aus dem südlichen Polen nach Preußen einwanderten. 1587 erhielt Lyck wie Saalfeld und Tilsit eine „Partikular“-Schule zur Vorbereitung auf das Universitätsstudium in Königsberg. 1618 wurde der Kurfürst von Brandenburg zusätzlich Herzog von Preußen. 1545 errichtete man bei Prostken die Grenzsäule. Sie markierte das damalige Dreiländer-Eck Preußen-Litauen-Polen.

Verleihung der Stadtrechte 1435

1656 verheerten im Zweiten Polnisch-Schwedisch Krieg die polnischen Hilfstruppen der Tataren den Kreis Lyck. 1660 wurde Preußen durch den Frieden von Oliva ein souveränes Herzogtum. 1669 hat der Große Kurfürst die Stadtrechte von Lyck „erneuert“. 1701 wurde Preußen im Königreich. 1710 grassierte die Pest. Im Siebenjährigen Krieg war Lyck von 1758 bis 1762 von Russen besetzt. Von 1807 bis 1813 lagerten französische Truppen in Lyck. 1868 wurde die Eisenbahnlinie Königsberg-Lyck eröffnet. Ab 1872 unterrichtete man an den Volksschulen im Kreis Lyck nur noch in deutscher Sprache.

Kurz vor Beginn des Ersten Weltkrieges war Lyck Sitz der 72. Infanterie-Brigade mit einem Generalmajor an der Spitze. In Lyck waren das 2. Masurische Infanterie-Regiment Nr. 147 und das Dragoner-Regiment von Wedel Nr. 11 stationiert.

1879 entstand das Landgericht, das für die Kreise Lyck, Lötzen, Angerburg, Treuburg, Johannisburg und Sensburg zuständig war. Neben den üblichen Kreis- und Stadtbehörden hatten ein Reichsbahnamt, eine Reichsbankfiliale, das Hauptzollamt und das für die Kreise Lyck, Lötzen und Johannisburg zuständige Arbeitsamt ihren Sitz in Lyck. Lyck war Eisenbahnknotenpunkt. Züge fuhren in fünf Richtungen, dazu die Kleinbahn.

1914/15 hatten mehrmals russische Truppen Lyck besetzt. Am 11. Juli 1920



Am Lyck-See gelegen: Lyck

Bild: mauritius images / Mikolaj Gospodarek

fand die Volksabstimmung statt. Im Kreis Lyck stimmten für Ostpreußen 36.534 und für Polen nur 44 Stimmberechtigte. In der Stadt Lyck stimmten 8339 für Ostpreußen und sieben für Polen. Im Jahre 1925 fand die 500-Jahrfeier der Stadt statt.

Am 30. Januar 1933 kam Adolf Hitler an die Macht. Kein Wunder, dass am 1. September 1939 der Zweite Weltkrieg ausbrach. Der Einmarsch der deutschen Truppen in die Sowjetunion erfolgte am 22. Juni 1941.

In der Konferenz von Teheran vom 28. November bis zum 1. Dezember 1943 sagten der britische Premier Winston Churchill und der US-Präsident Franklin D. Roosevelt ihrem Verbündeten Josef Stalin zu, dass die polnische Ostgrenze auf die weitgehend der Volkstums- beziehungsweise Sprachgrenze entsprechende Curzon-Linie zurückgenommen werden sollte. Die Polen sollten für den Verlust des in der Zwischenkriegszeit von ihnen eroberten, mehrheitlich nicht von ihnen bewohnten sogenannten Ostpolen auf Kosten der Deutschen mit Pommern und Schlesien entschädigt werden.

In einem Geheimabkommen vom 27. Juli 1944 zwischen der UdSSR und dem Polnischen Komitee der Nationalen Befreiung (Lubliner Komitee) verpflichtete sich die sowjetische Regierung, bei der Festlegung der Staatsgrenze zwischen Polen und Deutschland die Forderung auf Festlegung der Grenze entlang der Oder-Neiße-Linie zu unterstützen.

Klares Bekenntnis zu Ostpreußen

In jenem Monat näherte sich die Ostfront der ostpreußischen Grenze, in deren Nähe Bunker und Panzergräben zur Verteidigung angelegt wurden. Die Front kam zwar auf der Linie Augustów-Osowiec (Ossowitz) zum Stehen, dennoch wurden bereits am 1. August die Orte des Kreises Lyck, die östlich der Reichsstraße 132 (Prostken-Lyck-Stradauen) lagen, in den westlichen Teil des Kreises evakuiert. Ob man wirklich glaubte, dort sicher zu sein? Zum Teil durften die Bewohner zur Herbsterte in ihre Dörfer zurückkehren. In einer zweiten Maßnahme am 23. Oktober 1944 wurden alle Orte, die östlich der Eisenbahnlinie Prostken-Lyck-Fließdorf lagen, wegen der Kriegsereignisse im Goldap in den Kreis Allenstein evakuiert. Im November 1944 wurden alte Leute und Frauen mit Kleinkindern in den Freistaat Sachsen beziehungsweise in die Provinz Brandenburg verbracht.

Am 21. Januar 1945 erfolgte der Fluchtbefehl für Lyck. Die Flucht vollzog sich mit der Eisenbahn beziehungsweise in

Form von Trecks. Manche Trecks kamen nur bis Arys, andere bis in die Gegend von Rastenburg. Einige kamen durch bis zum Frischen Haff, sehr wenige mit Pferd und Wagen bis nach Schleswig-Holstein beziehungsweise Niedersachsen.

Flucht und Vertreibung

Mit der Eisenbahn ging es nur bis in den Raum Preußisch Eylau, südlich von Königsberg. Von dort weiter zu Fuß über das zugefrorene Haff bis zur Frischen Nehrung und dann weiter nach Danzig oder Pillau. Von Danzig, Gdingen/Gotenhafen beziehungsweise Pillau ging es mit Schiffen nach Saßnitz auf Rügen oder Dänemark. Wer Glück hatte, kam mit einem Zug bis nach Mecklenburg beziehungsweise Schleswig-Holstein. Viele wurden jedoch schon in Ostpreußen, andere in Pommern von der Front überrollt.

Infolge von Flucht und Vertreibung sind 10.789 Menschen umgekommen. Das entspricht 20,4 Prozent der 52.795 Personen, die bei Fluchtbeginn im Kreis Lyck lebten. Man schätzt das im südlichen Ostpreußen etwa zehn Prozent der Einwohner nicht geflüchtet beziehungsweise nach der Flucht in die Heimat zurückgekehrt sind. Im Kreis Lyck waren es weniger. Nach Beendigung der Kriegshandlungen sollen sich im Kreis Lyck einschließlich der zurückgebliebenen Zwangsarbeiter etwa viertausend Personen befunden haben darunter der katholische Dechant von Lyck, Karl Fox.

Jeder Fünfte starb bei der Flucht

Der Flucht folgte die Vertreibung. Die ersten Deutschen wurden bereits im Herbst 1945 ausgewiesen. In Güterzügen wurden sie „hinter die Oder“ transportiert. Mitnehmen durften sie bis zu 40 Kilogramm Handgepäck. Nach einer Gomulka-Verfügung erhielten die Ausgewiesenen als Reiseverpflegung für vier Tage zum Beispiel 800 Gramm Brot für die Erwachsenen und 80 Gramm Milchpulver für Kinder bis zu sieben Jahren. Nach der sogenannten wilden Aussiedlung bald nach dem Krieg verblieben im Kreis Lyck noch etwa 2300 Deutsche. In der Zeit vom September 1948 bis zum August 1950 wurden offiziell 562 Personen ausgesiedelt. Es waren Menschen, die partout die polnische Staatsangehörigkeit nicht annehmen wollten. Die verbliebenen Deutschen mussten sich einer sogenannten Verifizierung unterziehen. Im Januar 1949 waren 1265 „verifiziert“ und 614 nicht, insgesamt 1879 Personen. Nach einer Statistik hatte die evangelisch-methodistische Kirche am 25. November 1950 im Kreis Lyck 1877 Mit-

glieder, die wohl Deutsche waren. In den Jahren 1956 bis 1958 gelang vielen die Ausreise im Rahmen der Familienzusammenführung. Am 31. Dezember 1965 wohnten nur noch 731 Deutsche im Kreis Lyck. Nach der Volkszählung von 2002 gaben im Kreis Lyck nur noch 84 Personen Deutsch als Muttersprache an.

Einnahme am 24. Januar 1945

Der Entgermanisierung stand eine Polonisierung gegenüber. Die Rote Armee nahm am 24. Januar 1945 Lyck kampflos ein. Die Russen richteten unter anderem in Lyck, Neuendorf, Dreimühlen, Borschimmen, Fließdorf, Klausen, Ebenfelde und Waldwerder Militär-Kommandanturen ein. Die ersten Polen kamen Anfang Februar 1945 nach Lyck. Unter Aufsicht der russischen Soldaten mussten sie die Eisenbahnstrecken auf ihre Schadhaftheit und Unterminierung kontrollieren.

Vom 4. bis 11. Februar 1945 tagten die Großen Drei in Jalta auf der Halbinsel Krim. Man war sich einig, dass Polen im Norden und Westen einen beachtlichen territorialen Zuwachs erhalten müsse. Die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens sollte der Friedenskonferenz vorbehalten bleiben.

Am 20. Februar 1945 beschloss das Staatskomitee für Verteidigung der UdSSR die Übertragung der Hoheitsgewalt in den von der Roten Armee eroberten Gebieten an die provisorische polnische Regierung. Am 14. März erfolgte die Aufteilung der „wiedergewonnenen Gebiete“ in „Oppelner Schlesien“, „Niederschlesien“, „Pommern“ und „Ostpreußen“. Ostpreußen wurde am 30. März 1945 in „Okreg Mazurski“ (Bezirk Masuren) umbenannt.

Am 6. April 1945 übertrug der russische Kommandant die Zivilverwaltung im Kreis Lyck an den polnischen Landrat Wladyslaw Niksa. Am selben Tag wurde die polnische Flagge auf dem Landratsamt in Lyck gehisst.

Landrat Niksa ernannte am 25. April 1945 Fryderyk Jeroma zum ersten polnischen Bürgermeister von Lyck. Der Ort Prostken und einige umliegende Dörfer wurden dem Kreis Grajewo zugeschlagen. Mit Gesetz vom 6. Mai 1945 wurde sämtliches deutsches Vermögen unter staatliche Verwaltung gestellt. Am 23. Mai 1945 wurde Jakob Prawin als Beauftragter der polnischen Regierung für den Bezirk Masuren eingesetzt. Am 29. Mai 1945 wurde durch Dekret des Ministerrates die Woiwodschaft Allenstein gebildet. Am 27. Juli 1945 wurde der Kreis Lyck zusammen mit Treuburg und Goldap der Woiwodschaft Białystok zugeordnet.

Als Ergebnis der Potsdamer Konferenz vom 17. Juli bis 2. August 1945 wurde Ostpreußen geteilt. Königsberg und das umliegende Gebiet wurden der Sowjetunion übergeben. Der südliche Teil wurde bis zur Friedenskonferenz unter die Verwaltung des polnischen Staates gestellt.

Am 15. August 1945 wurde der Pole Teodor Bensch Apostolischer Administrator der Diözese Ermland. Der deutsche Bischof Maximilian Kaller wurde ausgewiesen. Am 16. August 1945 wurde die Grenze zwischen Polen und dem Königsberger Gebiet festgelegt. Die polnischen Behörden, die sich bereits in Heiligenbeil, Pr. Eylau, Gerdauen und Angerapp niedergelassen hatten, mussten diese Orte wieder verlassen.

Von der Besetzung Lycks durch die Rote Armee bis zum Jahresende 1945 wurden in der Stadt viele Häuser von betrunkenen Sowjetsoldaten und bewaffneten polnischen Plünderern zerstört. Noch am Heiligabend 1945 brannte das Geschäftshaus Trojan gegenüber der großen Kirche ab.

Im August 1945 übernahmen Kanoniker nach den Lateranischen Regularien aus Krakau die große (evangelische) Kirche.

In der Zeit von September bis Ende Dezember 1945 wurden im Kreis Lyck 3945 Polen angesiedelt.

Bis Ende November 1945 wurden im Kreis Lyck 15 Gemeinden gebildet. Dies waren Borschimmen, Kelchendorf, Dreimühlen, Lenzendorf, Millau, Mulden, Neuendorf, Ebenfelde, Dippelsee, Fließdorf, Stradaunen, Morgengrund, Kölmersdorf, Neumalken und Waltershöhe.

Nachdem dem Dechanten Fox immer mehr polnische katholische Priester zugeordnet worden waren, wurde er mit Wirkung vom 1. März 1946 nach Fließdorf versetzt.

Enteignung am 8. März 1946

Das gesamte deutsche Vermögen wurde mit Dekret vom 8. März 1946 zugunsten des polnischen Staates enteignet.

Am Himmelfahrtstag 1946 wurde in der Kapelle durch Pfarrer Edward Mallek der erste evangelisch-methodistische Gottesdienst gefeiert. Vorher hatte der evangelisch-lutherische Bischof Jan Szeruda den Masuren die Seelsorge mit der Begründung verweigert, das seien ja Deutsche.

Am 1. Januar 1975 trat in Polen eine Verwaltungsreform in Kraft. Es entstanden 49 verkleinerte Woiwodschaften, darunter Sudauen [Suwalki]. Die Kreise wurden aufgelöst. Es entstanden Großgemeinden. Auf dem Gebiet des vormaligen Kreises Lyck waren dies die Stadt Lyck [Elk], die Landgemeinden Lyck [Elk], Dreimühlen [Kalinowo], Prostken [Prostki] und Fließdorf [Stare Juchy], die der Woiwodschaft Sudauen [Suwalki] angehörten.

Mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag vom 12. September 1990 wurde Deutschland vereinigt und souverän. Es verzichtete durch konkludente Handlung auf die Oder-Neiße-Gebiete. Mit dem Vertrag vom 14. November 1990 wurde zwischen Deutschland und Polen die an der Oder und Neiße verlaufende Grenze bestätigt. Am 17. Juni 1991 unterzeichneten Deutschland und Polen den Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit. Durch eine Bulle von Papst Johannes Paul II. vom 25. März 1992 entstand die römisch-katholische Diözese Lyck. Mit Wirkung vom 1. Januar 1999 entstanden in Polen wieder die Kreise. Gleichzeitig wurde der Kreis Lyck der Woiwodschaft Ermland-Masuren mit Sitz in Allenstein zugeordnet. Am 2. April 2002 schloss die Kreisgemeinschaft Lyck mit dem polnischen Kreis Lyck [Elk] einen Zusammenarbeitsvertrag ab.

THOMAS MÜNTZER

Martin Luthers linkes Pendant

Zu seinem 500. Todestag wird des Theologen, Reformators und Revolutionärs vielfältig gedacht

VON VEIT-MARIO THIEDE

In seiner Heimatstadt Stolberg wird Thomas Müntzer mit zwei Denkmälern geehrt. Das im Stadtpark aufgestellte Steinrelief von 1955 zeigt ihn als wackeren Fahnenführer in Landsknechtsmontur. Die vor dem Rathaus platzierte Bronzegruppe von 1989 präsentiert ihn als armen Sünder im hinten offenen Gewand. Hinter ihm steht eine vermummte Gestalt. Wer ist das? Hätte sie Augenschlitze in der Vermummung, könnte man sie für Müntzers Scharfrichter halten. Wegen seiner Beteiligung am Bauernkrieg ließen ihn die siegreichen Fürsten Philipp von Hessen, Heinrich von Braunschweig-Lüneburg und Georg von Sachsen vor einem halben Jahrtausend, am 27. Mai 1525, vor den Toren Mühlhausens hinrichten. Seit 1957 gedenkt Mühlhausen seiner mit einer vor der Stadtmauer aufgestellten Statue aus Travertin, die Müntzer als stolz aufgerichteten Theologen mit Bibel und Schwert in beiden Händen zeigt.

Thomas Müntzer ist eine umstrittene Persönlichkeit. Er wurde um 1489 in Stolberg geboren, studierte Theologie in Leipzig und Frankfurt an der Oder. Er hielt sich einige Zeit im Kreis der Wittenberger Reformatoren auf und wirkte sodann als Prediger mit reformatorischen Absichten. Aber ob in Zwickau oder Prag, Allstedt oder Mühlhausen: Es dauerte nie lange, bis der Rat den streitbaren Theologen wegen seiner radikalen Ansichten der Stadt verwies.

Seine Heimatstadt ehrt ihn heute mit der kürzlich eröffneten neuen Dauerausstellung im Museum Alte Münze (www.stadt-stolberg.de/altmuenze). Zu den Exponaten gehören Faksimiles seiner Briefe und Schriften. Die Originale gingen 1949 als Geschenk des Landes Sachsen an den Genossen Josef Stalin und befinden sich heute unausleihbar in der Russischen Staatsbibliothek Moskau.

Museum Alte Münze in Stolberg

Seine berühmteste Schrift ist die „Fürstenpredigt“. Er betrachtete sich als von Gott berufenen Propheten, der das Endgericht nahe wähnte, auf das Gottes



Auf dem Weg zu seiner Hinrichtungsstätte: Thomas Müntzer

Bild: mauritius images/Classic Image/Alamy/Alamy Stock

Reich auf Erden folgen werde. In dem seien alle Menschen frei und sich in brüderlicher Liebe zugetan. Doch zuvor gelte es, die Auserwählten Gottes von den Gottlosen zu scheiden, die man gnadenlos ausmerzen müsse. Den propagierten Totschlag versah er mit Drohungen. Nach den Worten seines Biografen Hans-Jürgen Goertz drohte Müntzer in einem 1523 an Kurfürst Friedrich den Weisen gerichteten Brief: „Sollte die Obrigkeit den Lauf des Evangeliums aufhalten, werde ihr das Schwert genommen und dem Volk gegeben.“ Ebenso äußerte er sich in der am 13. Juli 1524 vor Friedrichs Bruder Herzog Johann und dessen Sohn Johann Friedrich im Schloss Allstedt gehaltenen Fürstenpredigt: Sollte die Obrigkeit ihre Pflicht verletzen, die Frommen vor den Gottlosen zu schützen, werde ihr das Schwert genommen.

Martin Luther war da ganz anderer Ansicht: Die Obrigkeit sei – ob gut oder böse – von Gott eingesetzt, und daher müsse ihr unbedingt gehorcht werden. Der von Müntzer als „Doktor Lügner“ bezeichnete Luther warnte vor dem „aufrehrerischen Geist von Allstedt“.

Landesausstellung „Gerechtigkeit 1525“ in Sachsen-Anhalt

Genau 501 Jahre nach der Fürstenpredigt wird an ihrem originalen Schauplatz, der Hofstube des Schlosses, eine multimediale Sonderschau (www.gerechtigkeit2025.de) über Müntzers Werdegang, die Fürstenpredigt und sein Wirken in Allstedt eröffnet werden. In der dortigen Kirche St. Johannis zelebrierte er 1523 die ersten vollständig in deutscher Sprache gehaltenen Gottesdienste. Die zogen Gläubige von nah und fern an. Herzog

Ernst von Mansfeld verbot seinen Untertanen, sie zu besuchen, was zu heftigem Streit mit Müntzer führte.

Landesausstellung „freiheit 1525“ in Thüringen

Müntzers nächste Station war die Reichsstadt Mühlhausen, wo er sich mit dem dort bereits wirkenden ehemaligen Mönch Heinrich Pfeiffer verbündete. In der Stadt und dem Umland herrschte große soziale Unzufriedenheit, und so rottete sich der sogenannte Mühlhäuser Haufen zusammen, deren Feldprediger Pfeiffer und Müntzer wurden. Über Bauernkrieg und Müntzer informiert in Mühlhausen die Thüringer Landesausstellung „freiheit 1525“ (www.bauernkrieg2025.de). Müntzer schloss sich den Aufständischen an, weil er sie als Werkzeug Gottes ansah, die bisherige unge-

rechte und gottlose Gesellschaftsordnung zu vernichten, die Auserwählten von den Gottlosen zu trennen und das Endgericht einzuleiten. Keineswegs aber war er der vom Teufel besessene Urheber des Thüringer Aufruhrs, als den ihn Luther und Philipp Melancthon hingestellt haben.

Regionalmuseum im Schloss zu Bad Frankenhausen

Von den in Frankenhausen versammelten Bauern und Einwohnern vor den nahenden Fürstenheeren zu Hilfe gerufen, traf Müntzer mit einem Häuflein von 300 Mann am 11. Mai 1525 ein. Christian Pantle schreibt in seinem Buch über den Bauernkrieg: „Müntzer stellt sich sofort an die Spitze des Rebellenheeres – in geistlicher, nicht in militärischer Hinsicht –, predigt vor den versammelten Kämpfern und schreibt Briefe an die Adligen ringsum.“ Auch an den von ihm als „Madensack“ bezeichneten Ernst von Mansfeld. Die Aufständischen hatten drei von dessen Untergebenen gefangen und vor ihr Gericht gestellt. Feierlich verkündete Müntzer ihr Todesurteil. Die vor Frankenhausen eingetroffenen Fürsten forderten, Müntzer lebendig auszuliefern. Der aber hielt am 15. Mai in der Wagenburg der Aufständischen seine letzte Predigt. Er war sich gewiss, dass sie Gott auf ihrer Seite haben. Aber schon brach der Angriff der Fürstenheere los. Die aufständischen Bauern und Frankenhäuser ergriffen die Flucht. 6000 wurden niedergemetzelt, während es auf Fürstenseite nur sechs Tote gab. Die Schlacht steht im Mittelpunkt einer Sonderschau des Regionalmuseums Bad Frankenhausen (www.regionalmuseum-bfh.de).

Müntzer konnte zunächst in Frankenhausen untertauchen, wurde aufgespürt und im Heldranger Schloss Mansfelds unter Anwendung der Folter verhört. Vor der Enthauptung am 27. Mai verweigerte Thomas Müntzer ein öffentliches Schuldbekenntnis, ermahnte die Fürsten, das Volk nicht mehr so stark zu belasten, und legte ihnen nahe, aufmerksam das Alte Testament zu lesen, um zu lernen, wie man gottgefällig regiert.

„125 JAHRE WUPPERTALER SCHWEBEBAHN“

20-Euro-Gedenkmünze würdigt einzigartiges Verkehrsmittel

Vor 124 Jahren nahm die Hängebahn den Betrieb auf – In einem Dreivierteljahr ist die Silbermünze käuflich erwerbbar

Vor 124 Jahren, am 24. Mai 1901, nahm die Wuppertaler Schwebebahn den regulären Fahrbetrieb auf. Angesichts des runden Jahrestages im nächsten Jahr hat die Bundesregierung beschlossen, eine 20-Euro-Sammlermünze „125 Jahre Wuppertaler Schwebebahn“ prägen zu lassen. Wenige Monate vor dem runden Jubiläum, im Januar 2026, soll sie auf den Markt kommen.

Die Münze besteht aus Sterlingsilber (Ag 925). Sie hat eine Masse von 18 Gramm, einen Durchmesser von 32,5 Millimeter und wird in den beiden Prägequalitäten Stempelglanz und Spiegelglanz hergestellt. Die Münzen in der Prägequalität Stempelglanz werden zum Nennwert in den Verkehr gebracht. Die Ausgabe der Münzen in der Sammlerqualität Spiegelglanz erfolgt zu einem über dem Nennwert liegenden Verkaufspreis. Letzterer und die konkreten Bestellmodalitäten werden rechtzeitig vor dem Ausgabetermin der Münze Deutschland bekanntgegeben.

Der Entwurf der Bildseite stammt von dem 1949 im thüringischen Elxleben am Steiger zur Welt gekommenen Medailleur und Bildhauer Heinz Hoyer aus Berlin. Die Wertseite wurde von dem 1959 im brandenburgischen Neuruppin



Bildseite

Bild: BVA

geborenen Medailleur und Münzgestalter Bodo Broschat aus Berlin gestaltet.

Die Bildseite zeigt einen Gelenktriebwagen der aktuellen Baureihe, einen WSW GTW Generation 15 des Düsseldorf Unternehmens Vossloh Kiepe, wie er seit 2016 im Einsatz ist, bei der Ausfahrt aus der Schwebbahnstation Hauptbahnhof. Der Bahnhofsvorplatz wird maßstabsprägend von kleinen Menschengruppen besetzt, welche die monumentale Struktur erahnen lassen.

Im unteren Segment der Münze, abgetrennt durch den geschwungenen Brückenbogen, befindet sich ein junger Elefantkörper. Er erinnert an die legendäre Sturzgeschichte des Zirkuselefanten Tuffi. Vor einem Dreivierteljahrhundert, am 21. Juli 1950, ließ der Zirkus Althoff seinen halbwüchsigen Elefanten Tuffi zu Werbezwecken zwischen den Haltestellen Rathausbrücke und Adlerbrücke mit der Schwebbahn fahren. Hierbei brach das durch die ungewohnten Geräusche

und Schwingungen nervös gewordene Tier bereits nach wenigen Metern durch eine Seitenwand des Zuges und landete in der Wupper. Bei den mitfahrenden Reportern gab es infolge der unter ihnen ausbrechenden Panik einige Verletzte.



Wertseite

Bild: BVA

Der Elefant kam jedoch kaum verletzt davon.

Ins Auge fällt der Einsatz von Farbe. Das Bundesfinanzministerium schreibt hierzu: „Das Schweben des Gelenkzuges wird durch den fokussierten Einsatz der Farbe Blau verstärkt.“ Fakt ist, dass die hellblaue Farbgebung des dargestellten Gelenktriebwagens der des realen Vorbildes entspricht.

Die Wertseite zeigt einen Adler, den Schriftzug „BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND“, Wertziffer und Wertbezeichnung, das Prägezeichen „A“ der Staatlichen Münze Berlin, die Jahreszahl 2026 sowie die zwölf Europasterne. Zusätzlich ist die Angabe „SILBER 925“ auf geprägt.

Der glatte Münzrand enthält in vertiefter Prägung die Inschrift: „VOHWINKEL BIS OBERBARMEN BIS“ und klärt damit über die beiden Endhaltestellen und Wendepunkte der gut 13 Kilometer langen Bahnstrecke auf.

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

W eite Teile Deutschlands, vor allem der einst so regenreiche Nordwesten, leiden seit Monaten unter einer dramatischen Dürre, die sich Woche für Woche weiter zuspitzt. Als mögliche Ursache wird vieles genannt, nur ein – womöglich entscheidender – Treiber der Trockenheit bleibt in den Debatten nahezu völlig ausgespart.

Im Jahre 1961 kam der US-amerikanische Physiker und Meteorologe Edward Lorenz bei Computer-Berechnungen mit einem Wettervorhersagemodell zum Ergebnis, dass in einem dynamischen System wie dem Wettergeschehen schon kleinste Variationen der Anfangsbedingungen unvorhersehbare, nicht wiederholbare Änderungen hervorrufen. Damit brachte Lorenz die Metapher „Schmetterlingseffekt“ in die Chaos-Theorie ein: Schon der Schlag eines Schmetterlingsflügels könne im Extremfall in Tausenden Kilometern Entfernung einen Tornado auslösen. Später definierte er den Schmetterlingseffekt folgendermaßen: „Das Phänomen, dass eine kleine Änderung im Zustand eines dynamischen Systems dazu führt, dass sich die nachfolgenden Zustände stark von den Zuständen unterscheiden, die ohne die Änderung eingetreten wären.“

Heute sei der Schmetterlingseffekt nicht viel mehr als nur eine originelle Metapher, befand ein Buchrezensent der „Frankfurter Allgemeinen“. Das war 2010. Mittlerweile aber hat dieses Phänomen Konjunktur. Eine Anfang 2023 veröffentlichte Studie von Jin-Song von Storch, Professorin am Max-Planck-Institut für Meteorologie in Hamburg, liefert den ersten Beweis dafür, „dass das Klima als dynamisches System nicht in einem absoluten Sinne deterministisch ist“. Heißt: Auch kleinste Ursachen können gewaltige Wirkung entfalten.

Dazu liegt seit Oktober 2023 eine wegweisende Arbeit zweier Wissenschaftler vom Meteorologischen Institut der Universität München vor, betitelt (übersetzt a.d. Englischen) „Kann künstliche Intelligenz den Schmetterlingseffekt simulieren?“ Mit einem KI-basierten Wettermodell wurde versucht, den Schmetterlingseffekt zu reproduzieren. Diese Forschung zielt auf eine längerfristige Vorhersage des Wetters. Jedoch überschätzte das KI-Modell die Vorhersagbarkeit der Atmosphäre noch stark.

Dessen ungeachtet weckt der Versuch die Hoffnung, dass mit KI-basierter Beweisführung belegt werden kann, was durch zahlreiche Einzelstudien seit Jahren bekannt ist, aber von politischer Seite beharrlich ignoriert wird: Der massive künstliche Entzug von (de facto nicht-erneuerbarer) Windenergie bewirkt Temperaturanstiege, Dürren und Extremwetterereignisse.

Problem wird heruntergespielt

Von den gesamt-schädigenden Wirkungen der Windkraftanlagen (wie Vogelschlag oder Naturzerstörung) wird der meteorologische Einfluss am meisten unterschätzt. Eindeutig erwiesen ist eine Verringerung der Niederschläge an Land durch vorgelagerte große Offshore-Windparks in der Hauptwindrichtung. So wird die atlantische Wetterküche insbesondere im Sommerhalbjahr geschwächt. Davon ist auszugehen, wenn man das Ergebnis einer aufwendigen Modellstudie der US-amerikanischen Geo-Ingenieurin Cristina Archer für den Golf von Mexiko ernst nimmt: „Abnahme der Niederschläge des Hurrikans Harvey mit simulierten Offshore-Windfarmen“ (2018, übersetzt a.d. Englischen). Archer lehrt an der Universität Delaware und ist zugleich Lobbyistin der Windbranche.

Vorerst wird man aber damit leben müssen, dass mit den vorherrschenden Narrativen sämtliche bisher erbrachten wissenschaftlichen Einzelnachweise zu diesem Forschungskomplex mit Bewertungen wie „nur lokal und daher hinzu-



Ursachenforschung mithilfe des „Schmetterlingseffekts“: Wie verändern Windräder unser Wetter?

Bild: picture alliance/Zoonar/Rocco Herrmann

WETTER-CHAOS

Die Dürre-Ursache, die nicht ins politische Konzept passt

„Klimaschutz“ als Klimakiller? Weltweit warnen Wissenschaftler vor den meteorologischen Folgen des ungehemmten Ausbaus von Wind- und Solaranlagen – KI soll helfen, die Beweisführung zu unterstützen

nehmen“ abgetan werden. Letzteres behauptete im April 2019 einer der „Chef-Experten“ des öffentlich-rechtlichen Rundfunks für den Klimawandel, Mojib Latif, in einer Radiosendung auf NDRInfo. Dasselbe legt ein Mini-Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags vom 21. Dezember 2020 nahe. Dessen Inhalt und der Titel „Lokale mikroklimatische Effekte durch Windkrafttrader“ sind darauf angelegt, der Windenergie eine Quasi-Unbedenklichkeit im Hinblick auf das Wettergeschehen zu bescheinigen.

„Alles hat mit Allem zu tun“

Zentraler Baustein der sogenannten erneuerbaren Energien ist die permanente Entnahme großer Anteile der Strömungsenergie (Wind) aus der Atmosphäre und der Sonnenenergie durch Photovoltaik. Infolgedessen kommt es zu einer verringerten Konvektion. Konvektionswärme erhitzt die Luft stärker – die Temperatur steigt.

Mit Hindernissen in der Luftströmung wie Bäumen oder Häusern sind die klimatischen Veränderungen durch Wind- und Solarparks nicht vergleichbar – sie sind hochpotenziert stärker. Über der Nordsee schwächen sich die Windparks zudem gegenseitig und verändern großräumig die atmosphärische Zirkulation. „In der Atmosphäre hat Alles mit Allem zu tun“ lautet ein zentraler Leitsatz des Max-Planck-Instituts für Chemie in Mainz. Dementsprechend stellte der Erdwissenschaftler Lee Miller in seiner Kurzstudie „The Warmth of Wind Power“ fest: „Alle erneuerbaren Technologien wirken sich auf das Klima aus, da sie bei der Stromerzeugung Wärme, Strömung und Feuchtigkeit umverteilen“ (übersetzt a.d. Englischen, „Physics Today“, 08/2020). Satellitenmessungen über großen US-amerikanischen Windparks erbrachten ein alarmierendes Ergebnis: „Bei Temperaturen unter dem Gefrierpunkt, Nordwinden und starkem Wind (elf Meter pro Sekunde) auf Höhe der Turbinen erstreckte sich die Erwärmung im Lee (windabgewandte Seite, d. Red.) über mehrere Kilometer Länge auf zwei bis vier Grad

Celsius und dehnte sich mit den folgenden Turbinenreihen weiter aus.“

Ein Artikel in der in Hongkong erscheinenden „South China Morning Post“ („SCMP“) vom 25. November 2010 brachte die Sorge vor Klimaänderungen von katastrophalem Ausmaß infolge des bedenkenlos vorangetriebenen Ausbaus der Windenergie zum Ausdruck, indem an den Schmetterlingseffekt erinnert wurde. In China wurden 2010 sieben gigantische Windparks errichtet, davon einer in Jiuguan, Provinz Gansu, auf einer Fläche von 200.000 Quadratkilometern. Der namentlich nicht genannte „SCMP“-Reporter richtete sich mit seinem Artikel offenbar an die chinesische Regierung angesichts von besorgniserregenden Entwicklungen. „Der Erdboden erwärmt sich schnell wie eine Pfanne oder ein Ofen. Der Wind dreht sich im August während der Regenzeit wie eine ‚kopflose Fliege‘ und nicht ein Tropfen Regen fällt“, zitierte der Autor einen Hirten, der einige Kilometer nördlich der Huitengliang-Windfarm in Xilinhot, Innerer Mongolei, mit seinen Weidetieren umherzieht. „Er zeigte auf die sich drehenden Windturbinen über dem Horizont: ‚Es fing an, nachdem sie gekommen waren.“

Thema „politisch unkorrekt“

Die Beobachtung des Hirten stimme mit den Statistiken der Regierung überein, so der Autor. Li, ein Ingenieur vom Wasserstatistischen Büro in Xilingol League, habe dies bestätigt und erklärt, die Niederschlagsdaten seines Büros zeigten einen deutlichen Rückgang der jährlichen Niederschläge in der Nähe großer Windparks seit 2005 an, in manchen Gegenden bis zu 80 Prozent. Diese Entwicklung werde oft übersehen, da in der Inneren Mongolei eine beispiellose Dürre herrsche. „Li sagte, er würde diese Problematik gern genauer erforschen, doch es gebe dafür keine Unterstützung. Vor dem Hintergrund des landesweiten Hypes in der Windenergie-Entwicklung gelte dieses Thema als politisch unkorrekt.“

Weiter heißt es: Wissenschaftler in China und weltweit hätten den „Wind-

energiesektor“ und mehrere Regierungen dazu aufgerufen, sich ernsthaft um diese Thematik zu kümmern. Sie warnten davor, die Windkraft weiter auszubauen, bevor deren meteorologische Auswirkungen auf regionale und globale Klimasysteme besser verstanden werden.

Weitere Studien sind nötig

Ansonsten könne diese Entwicklung zu einer unerwarteten Katastrophe führen. Ihre Aufrufe stießen jedoch bei einer Regierungsbehörde auf Ablehnung: „Der stellvertretende Direktor für Nationale Entwicklung und des chinesischen Reform-Ausschuss-Zentrums für Erneuerbare Energien, Dr. Gao Hu, behauptete, noch nie von dieser Thematik gehört zu haben. Man werde keine derartigen Forschungen finanzieren: ‚Jeder möchte eine schnelle Entwicklung der Windenergie‘, sagte er. ‚Wir wünschen keine Hindernisse auf diesem Weg. Forschungen sind unnötig, weil sie sich auf etwas richten würden, was sich überhaupt nicht ereignen kann.“

„Windräder sind hocheffiziente Energiestaubsauger. Um einen dreiblättrigen Windrad-Rotor mit dem Gewicht jedes Einzelblatts von mehr als 40 Tonnen zu bewegen, genügt eine sanfte Brise mit einer Windgeschwindigkeit von drei Metern pro Sekunde, wodurch Blätter bewegt werden und rascheln.“ Aufgrund der Komplexität des Forschungsbereichs und wegen der immer größeren Windparks hätten einige prominente Meteorologen in Kanada, den USA und Deutschland begonnen, das Problem zu untersuchen. Die Studien seien jedoch nicht ausreichend, um das Ausmaß des klimatischen Einflusses der Windturbinen zu bestimmen.

In der Welt der Meteorologen bestehe aber kein Zweifel an der Notwendigkeit, dies zu tun. Der „SCMP“-Autor wandte sich an David Keith, der seinerzeit als Professor an der Universität im kanadischen Calgary lehrte. Aufgrund der Ergebnisse seiner 2004 veröffentlichte Studie „The influence of large-scale wind power on global climate“ („Der Einfluss groß-skaliertes Windenergie auf das globale Klima“) hatte

Keith die Befürchtung geäußert, dass „eine stark ausgebaute Windenergie irreversible klimatische Veränderungen über Kontinente hinweg auslösen kann“ (Zitat aus der Zusammenfassung). Keith fand die Beobachtungen in der Inneren Mongolei „interessant“, sie müssten hinterfragt werden: „Gute Metadaten-Modellierung, gute Daten zum Klima und das Ausmessen der Turbulenz(en) würden zu verlässlichen wissenschaftlichen Ergebnissen führen. Bei derart vielen verschiedenen Varianten, die bei der Kategorie ‚Klima‘ zu berücksichtigen sind, ist es jedoch schwierig, einzelne zugrunde liegende Faktoren eines vorhandenen Effekts genau zu bestimmen.“

Furcht vor Ausbau-Moratorium

Laut Professor Wang Hongqing, Experte für Computermodelle am Physic Department of Atmospheric and Oceanic Sciences der Universität von Peking, wird der Schmetterlingseffekt von den meisten Wissenschaftlern akzeptiert. Dennoch bleibe er reine Theorie. Große Windfarmen hätten fast hundertprozentig sicher Einfluss auf das regionale Klima. Aber sogar die Effekte sehr großer Windparks würden vernachlässigt, „weil wir nur die Luftbewegungen in den oberen Schichten der Atmosphäre berücksichtigen, höher als zwölf Kilometer über Seehöhe. Wegen der schnellen Entwicklung der Windkraft in China müssen wir die Auswirkungen unbedingt untersuchen. Das Problem ist, dass wir es nicht genau wissen, und ich denke, niemand wird es wissen, bevor nicht exakte Daten dazu vorliegen.“

Fazit: Es zählt allein der politische Wille. Die verantwortlichen Politiker ignorieren bisher sämtliche Warnungen, um zu verhindern, dass im Sinne der Vorsorge ein Windkraftmoratorium ins Gespräch kommt. Dadurch bleibt die Windbranche in der vorteilhaften Lage, ihre hoch subventionierten Geschäfte nahezu ungehindert weiterzubetreiben. Die Hoffnung richtet sich daher auf das Interesse der Wissenschaft, mit Hilfe von KI unsere existentiellen Lebensgrundlagen zu schützen, auch in der Atmosphäre.

BISCHOFSTEIN

Feier zu 640 Jahren Stadtrechten

Feierlicher Gottesdienst in der St. Matthias-Apostel-Kirche und Ausstellung im Heilsberger Tor

VON DAWID KAZANSKI

Am letzten Apriltag und an der Schwelle zum langen Maiwochenende, das in der Republik Polen durch die Nationalfeiertage bedingt ist, verwandelte sich Bischofstein in ein Städtchen, in dem es von Geschichte nur so wimmelt. In dem ostpreußischen Ort in der Nähe von Rößel, der im 14. Jahrhundert gegründet wurde, wurde das 640-jährige Jubiläum der Verleihung der Stadtrechte feierlich begangen. Dieser Anlass wurde zu einem lokalen Fest der Erinnerung, der Dankbarkeit und des Stolzes auf die mehrere hundert Jahre alte Geschichte der Stadt. Die Feier begann in einer besinnlichen Atmosphäre mit einem Gottesdienst in der historischen St. Matthias-Apostel-Kirche.

Hier, unter den Gewölben, wurde für diejenigen gebetet, welche die Ortsgeschichte schufen, und für diejenigen, die sie heute weiterschreiben. Unmittelbar danach ging es weiter in das Kultur- und Gemeindezentrum, wo eine Sondersitzung des Stadtrats stattfand. Der Saal war voll besetzt, nicht nur mit Vertretern der Kommunalverwaltung, sondern auch mit Vertretern von Dienststellen, Organisationen, ehemaligen Bürgermeistern und sogar einem Ehrenbürger der Stadt.

Sondersitzung des Stadtrats

Die Gäste wurden vom Vorsitzenden des Stadtrats, Ryszard Chęciński, begrüßt, der sie daran erinnerte, dass das Jubiläum nicht nur ein Blick in die Vergangenheit, sondern auch eine Verpflichtung für die Zukunft sei. Der Rat erklärte einstimmig das Jahr 2025 zum Jubiläumsjahr – eine symbolische, aber sehr bedeutsame Entscheidung. Ein bewegender Moment war die Verleihung von Gedenkmedaillen an Menschen, die sich um die Stadt verdient gemacht haben – Beamte der Kommunalverwaltung, Gemeindemitarbeiter, Vertreter von Organisationen, Institutionen, Unternehmen und Einwohner, die sich tagtäglich um die Gemeinschaft kümmern.



Heilsberger Tor: Eine einzigartige Ausstellung erinnert an die Geschichte der Stadt

Bild: D.K.

Danach wurde eine Geste voller Zuversicht vollzogen: Die symbolischen Schlüssel der Stadt wurden an Pfadfinder übergeben. Unmittelbar nach der Ratssitzung bewegte sich ein farbenfroher Umzug durch die Straßen des Städtchens – Einwohner, Gäste, Kinder, Senioren – alle kamen in der Ortsmitte zusammen. Dort wurde die Szene der Verleihung der Gründungsurkunde nachgestellt, ein Gedenkstein enthüllt und eine Zeitkapsel mit Briefen und Erinnerungsstücken platziert, die in genau 60 Jahren – im Jahr 2085 – als Brücke zwischen den Generationen entdeckt werden soll.

Der zweite Tag der Feierlichkeiten hatte einen eher künstlerischen und familiären Charakter, war aber nicht weniger aufregend. Im Heilsberger Tor, einem der wichtigsten Denkmäler von Bischofstein, wurde eine einzigartige Ausstellung über die Geschichte der Stadt eröffnet: Schul- und Firmenchroniken, alte Fotos, Doku-

mente und nicht realisierte Stadtpläne weckten großes Interesse. Die Bewohner lächelten und waren gerührt, als sie sich selbst und ihre Freunde von früher wiederfanden.

Reges Interesse an Stadtgeschichte

Für ein musikalisches Erlebnis sorgte die Musikgruppe Vocal Group, die in der ehemaligen evangelischen Kirche ein äußerst stimmungsvolles Konzert gab. Die zarten Klänge, die perfekte Harmonie der Stimmen und die Klänge des Cellos hinterließen bei den Zuhörern den Eindruck, dass sie an etwas ganz Besonderem teilnahmen. Unmittelbar nach dem Konzert wurden die Gewinner der Wissens- und Kunstwettbewerbe über Bischofstein bekannt gegeben. Die jungen Leute enttäuschten nicht und zeigten, dass die Geschichte der Stadt für sie nicht nur eine Lektion aus dem Lehrbuch ist, sondern eine lebendige Inspiration.

Der Abend gipfelte in einer Aufführung der lokalen Theatergruppe „Dlaczego nie“ (Warum nicht). Ihre Interpretation des Einakters von Sławomir Mrożek mit dem Titel „Lasst uns jemanden von uns essen“ – angepasst an die lokalen Bedürfnisse – war ein Erfolg. Der Zuschauerraum war bis auf den letzten Platz gefüllt. Die Amateurschauspieler begeisterten das Publikum und zeigten, welche große Kraft in lokaler Leidenschaft und Engagement steckt.

Zum Abschluss gab es eine Geburtstagsfeier, lockere Gespräche, Lachen und Fotos auf der Terrasse des Kulturzentrums, alles in einer warmen und fröhlichen Atmosphäre. Bischofstein, obwohl es eine kleine Stadt mit rund 2200 Einwohnern ist, zeigte, dass bedeutende Jubiläen mit Klasse gefeiert werden können, mit Respekt vor der Vergangenheit und mit Offenheit für das, was vor uns liegt, in einem Geist des Miteinanders und der Freundlichkeit.

MELDUNGEN

Aprilscherz eines Museums

Mohrungen – „Wie Sie wissen, fand die Nachricht von der Eröffnung des neuen Oberland-Museums in Mohrungen ein breites Echo nicht nur in Polen, sondern auch in ganz Europa“ – so der Eintrag des Museums auf seiner Internetseite. Unter anderem habe es eine geheimnisvolle Korrespondenz mit der Familie von Debbnitzky gegeben, die an der Quelle und beim Außenministerium der Bundesrepublik Deutschland verifiziert werden musste. Das Museum sei, so heißt es weiter im Text, der einzige Erbe des Vermögens der Familie von Debbnitzky geworden und nunmehr verantwortlich unter anderem für Burg Kleberburg, verschiedene Ländereien mit Pferde- und Forellenzucht sowie einer in Triest vor Anker liegenden Brigg. Durch die Annahme des Erbes sei mit Erschwernissen in der Organisation zu rechnen – die Mehrheit der Mitarbeiter des Museums müsse zur Arbeit auf den Besitztümern delegiert werden. Die Phantasie des Museums endet mit einem bodenständigen, realistischen „für sämtliche Unannehmlichkeiten entschuldigen wir uns im Voraus“.

U.H.

Umgehung gesperrt

Allenstein – Die Verantwortlichen für den bereits länger angekündigten Ausbau eines der Zubringer zur Umgehungsstraße von Allenstein sperrten zum Osterreiseverkehr am Palmsonntag die Warschauer Straße (Landstraße 527), die aus der Stadt an der Universität vorbei weiter auf die Schnellstraße S51 führt, die Allenstein mit Hohenstein und der Autobahn A7 verbindet. Zwischen dem Knotenpunkt Süd von Umgehungsstraße und S51 sowie der Universität ist ein Ausbau auf zwei Fahrspuren in beiden Richtungen geplant – bis etwa Dezember 2026 ist der Abschnitt jedoch komplett gesperrt.

U.H.

TAPIAU

Die Bedeutung des Lovis-Corinth-Museums

Das Elternhaus des Künstlers ist zu einem bedeutenden Bestandteil der kulturellen Landschaft des Orts geworden

Das Lovis-Corinth-Museum ist zum wichtigen Bestandteil der architektonischen und kulturellen Landschaft von Tapiau geworden. Das Gebäude befindet sich in malerischer Lage am Ufer des Flusses Deime und bietet Aussicht auf die mittelalterliche Ordensburg von Tapiau. Das Lovis-Corinth-Haus ist das Elternhaus des Impressionisten Lovis Corinth an der Wasserstraße in Tapiau, wo der Künstler 15 Jahre lang lebte und wohin er immer wieder zurückkehrte.

Franz Heinrich Louis Corinth, bekannt als Lovis Corinth (1858–1925), war einer der bedeutendsten deutschen Künstler des frühen 20. Jahrhunderts, der seinen individuellen Ausdrucksstil entwickelte. Er studierte an der Königsberger Kunstakademie und an der Akademie der Bildenden Künste München, einer der bedeutendsten in Europa. In den 1880er Jahren lebte er in Paris, erst später interessierte er sich für

die Ideen des Impressionismus. Nach seiner Rückkehr nach München trat er der dortigen Sezession bei und wurde schließlich Vorsitzender der Berliner Sezession. Der Meister lebte und arbeitete in verschiedenen Städten und Ländern Europas und kehrte im Laufe seines Lebens oft in seine Heimatstadt Tapiau zurück, für die er viele wunderschöne Werke schuf.

Erstes Aquarell im Dachzimmer

Das Haus von Lovis' Eltern, Heinrich und Amalia Wilhelmina Corinth, wurde 1825 erbaut. Nach den Erinnerungen von Corinths Ehefrau Charlotte lebte der Künstler in seinen Jugendjahren in dem Haus. In seinem Dachzimmer malte er sein erstes Aquarell. Nach dem Ersten Weltkrieg kam Corinth nach Tapiau und schenkte der Stadt mehrere seiner Gemälde.

Nach dem Zweiten Weltkrieg verschwanden die Gemälde des Künstlers aus

dem Rathaus, und sein Elternhaus wurde in ein Mehrfamilienhaus umgewandelt. 2007 wurde es als Kulturerbe von regiona-



Corinth-Museum: Blick in die Ausstellung

Bild: CC

ler Bedeutung eingestuft. Das Corinth-Haus wurde später für baufällig erklärt und 2015 wurden die Bewohner des Hauses umgesiedelt. Der damalige Gouverneur Anton Alichanow hatte zunächst 2017 von Plänen zur Restaurierung des Gebäudes berichtet. Die ersten Sanierungsmaßnahmen wurden jedoch erst Jahre später durchgeführt, und der leerstehende Bau verfiel zusehends. Aufgrund teilweiser Einstürze der Dachziegel wurde das Haus während Regenfällen überflutet.

Das Sanierungsprojekt der letzten Jahre umfasste die Installation von modernen Versorgungsleitungen sowie die Verbesserung und Landschaftsgestaltung der Umgebung. Nach dem Wiederaufbau wird das Corinth-Museum vom regionalen Museum der Schönen Künste in der Königsberger Handelsbörse als dessen Außenstelle verwaltet. Aufgrund der geringen Grundfläche des Hauses wurde eine kompakte und mul-

timediale Ausstellungslösung entwickelt. Heute bildet das Museum im Lovis-Corinth-Haus zusammen mit dem zentralen Marktplatz sowie den angrenzenden Straßen ein Gesamtensemble des historischen Zentrums von Tapiau.

Das Walchensee-Museum im bayrischen Kochel schenkte dem Corinth-Museum in Tapiau drei Lithografien des Künstlers, entstanden 1918 und 1919. Die Hauptsammlung des Königsberger Museums der Schönen Künste umfasst 96 originale Grafikblätter von Lovis Corinth, von denen ein erheblicher Teil in seinem Elternhaus nach und nach ausgestellt werden soll.

Das Elternhaus des Künstlers spiegelt auch das Alltagsleben seiner Bewohner im 19. und 20. Jahrhundert wider. Die authentische Atmosphäre wird durch Spielzeug, Geschirr, Möbel und Haushaltsgegenstände geschaffen.

Carsten Kallweit

Wir gratulieren...



ZUM 99. GEBURTSTAG

Hebel, Herta, geb. **Kullik**, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 24. Mai
Sehnwitz, Dora, geb. **Priebe**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 28. Mai
Zimpel, Erika, geb. **Nitschmann**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 25. Mai

ZUM 98. GEBURTSTAG

Gentek, Anneliese, geb. **Jakob**, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 27. Mai
Priebe, Gerda, geb. **Sych**, aus Seesken, Kreis Treuburg, am 27. Mai
Trinker, Paul, aus Steintal, Kreis Lötzen, am 25. Mai

ZUM 97. GEBURTSTAG

Köpernik, Eva, geb. **Pallasch**, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 25. Mai
Lukowski, Paul, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 23. Mai
Thurau, Ursula, geb. **Kirsch**, aus Freiwalde, Kreis Mohrunen, am 29. Mai

ZUM 96. GEBURTSTAG

Hömke, Hildegard, geb. **Werner**, aus Pomedien, Kreis Wehlau, am 23. Mai
Rudzki, Ilse, geb. **Kleimann**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 23. Mai
Wincencz, Käthe, geb. **Warias**, aus Grünau, Kreis Elchniederung, am 29. Mai

ZUM 95. GEBURTSTAG

Benoni, Marianne, geb. **Kalweit**, aus Lyck, am 24. Mai
Christoph, Reinhold, aus Rotwalde, Kreis Lötzen, am 23. Mai
Plaga, Rosa Maria, geb. **Buchholz**, aus Modlaine, Kreis Rößel, am 25. Mai
Puppik, Ruth, geb. **Janzik**, aus Waiblingen, Kreis Lyck, am 23. Mai
Utschakowski, Gert, aus Fischhausen, am 23. Mai

ZUM 94. GEBURTSTAG

Flöß, Siegfried, aus Treuburg, am 27. Mai
Götze, Traute, geb. **Reetz**, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 23. Mai
Johst, Eva, geb. **Kohse**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 26. Mai
Junga, Heinz, aus Schuttchen, Kreis Neidenburg, am 23. Mai
Kappner, Lisbeth, geb. **Andres**, aus Gundau, Kreis Wehlau, am 28. Mai
Kuphal, Horst, aus Wehlau, am 23. Mai
Lorenschat, Kurt, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, am 23. Mai

Messinger, Gerdi, geb. **Reinke**, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 25. Mai
Nowozin, Käthe, geb. **Ceranski**, aus Fröhlichshof, Kreis Ortelsburg, am 28. Mai
Santvliet, Elfriede van, geb. **Makoschey**, aus Hellmahnen, Kreis Lyck, am 26. Mai
Siegmund, Richard, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 29. Mai
Todzi, Brigitte, geb. **Moll**, aus Ortelsburg, am 25. Mai
Westphal, Elfriede, geb. **Schnell**, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 25. Mai

ZUM 93. GEBURTSTAG

Berger, Johanna, geb. **Brock**, aus Groß Notisten, Kreis Lötzen, am 28. Mai
Czypull, Benno, aus Klein Nuhr, Kreis Wehlau, am 25. Mai
Drescher, Heinz, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 29. Mai
Gand, Werner, aus Neu Menzels, Kreis Mohrunen, am 27. Mai
Hillebrandt, Edith, geb. **Napiwotski**, aus Moterau, Kreis Wehlau, am 27. Mai
Ignaciuk, Alfreda, aus Wiesengrund, Kreis Lyck, am 27. Mai
Marten, Ursula, geb. **Passargus**, aus Noiken, Kreis Elchniederung, am 28. Mai
Pukallus, Helmut, aus Saalfeld, Kreis Mohrunen, am 29. Mai
Schild, Siegfried, aus Neidenburg, am 27. Mai
Waliczek, Irmgard, geb. **Telczian**, aus Siegersfeld, Kreis Lyck, am 26. Mai

Wisniewska, Irena, aus Wiesengrund, Kreis Lyck, am 27. Mai

ZUM 92. GEBURTSTAG

Gillwald, Günter, aus Reichau, Kreis Mohrunen, am 28. Mai
Lask, Werner, aus Statzen, Kreis Lyck, am 29. Mai
Lendzian, Heinz, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 26. Mai
Naujokat, Günter, aus Lyck, am 27. Mai
Sabadil, Dr. Heinz, aus Lyck, Bismarckstraße 4, am 24. Mai
Schäfer, Hanna, geb. **Warstat**, aus Wehlau, am 23. Mai
Schmidt, Erika, geb. **Böhnke**, aus Lakendorf, Kreis Elchniederung, am 27. Mai
Städter, Erika, geb. **Klein**, aus Grieben, Kreis Ebenrode, am 23. Mai
Wittkowski, Helmut, aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, am 23. Mai
Wood, Ruth, geb. **Kamp**, aus Biothen, Kreis Wehlau, am 28. Mai
Zimmermann, Inge, geb. **Schefler**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 26. Mai

ZUM 91. GEBURTSTAG

Arndt, Kurt, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 23. Mai
Behr, Walter, Kreisgemeinschaft Lötzen, am 29. Mai
Besmehn, Ernst, aus Loye, Kreis Elchniederung, am 24. Mai
Bischoff, Erna, geb. **Tessarzik**, aus Stosnau, Kreis Treuburg, am 29. Mai
Erdmann, Gerhard, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 25. Mai
Heisel, Rudi, aus Treuburg, am 26. Mai
Jenz, Horst, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 27. Mai
Konopka, Walter, aus Friedrichsheide, Kreis Treuburg, am 27. Mai
Kuczewski, Siegfried, aus Heldefelde, Kreis Lyck, am 25. Mai
Langer, Ingrid, geb. **Klinger**, aus Sudeiken, Kreis Ebenrode, am 27. Mai
Masannek, Gerhard, aus Rogallen, Kreis Lyck, am 25. Mai
Pahl, Edeltraut, geb. **Feyer**, aus Wehlau, am 24. Mai

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.
 Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg,
 E-Mail: info@ostpreussen.de

Sahs, Artur, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 23. Mai
Schaaf, Hannelore, geb. **Hennig**, aus Ebenrode, am 24. Mai
Schellenberger, Friedel, geb. **Chlebusch**, aus Wiesengrund, Kreis Lyck, am 29. Mai
Steinborn, Hellmuth, geb. **Waschulewski**, aus Funken, Kreis Lötzen, am 26. Mai
Zywietz, Gerhard, aus Salleschen, Kreis Neidenburg, am 25. Mai

ZUM 90. GEBURTSTAG

Balzer, Gerhard, aus Glinken, Kreis Lyck, am 23. Mai
Bongers, Irene, geb. **Mollowitz**, aus Lindenheim, Kreis Lötzen, am 23. Mai
Britt, Charlotte, geb. **Laupichler**, aus Taplacken, Kreis Wehlau, am 29. Mai
Czub, Gerhard, aus Glinken, Kreis Lyck, am 23. Mai
Heidrich, Egon, aus Groß Nuhr, Kreis Wehlau, am 26. Mai
Hoppe, Elli, geb. **Wilkehl**, aus Erhlen, Kreis Elchniederung, am 25. Mai

Landsmannschaft Ostpreußen e.V. Termine 2025

21. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Wuttrienen
19. bis 21. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
4. bis 5. Oktober: 15. Kommunalpolitischer Kongress (gT) in Allenstein
6. bis 12. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
7. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (gT) in Wuppertal

8. bis 9. November: Ostpreußische Landesvertretung (gT) in Wuppertal

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo

Kalcher, Margit, geb. **Schulz**, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 27. Mai
Kappus, Fritz, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 26. Mai
Lau, Helga, geb. **Maszutt**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 23. Mai
Mahlau, Helmut, aus Weinsdorf, Kreis Mohrunen, am 25. Mai
Schadwinkel, Hilde, geb. **Krohn**, aus Weidlacken, Kreis Wehlau, am 24. Mai
Schliwinski, Ernst, aus Mulden, Kreis Lyck, am 23. Mai
Schröder, Gerhard, aus Königsberg, und aus Pobethen, Kreis Fischhausen, am 26. Mai
Schuer, Waltraud, geb. **Hobeck**, aus Lehnfelde, Kreis Ebenrode, am 27. Mai
Timmler, Wolfgang, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 25. Mai
Turner, Prof. Dr. George, aus Bildeweiten, Kreis Ebenrode, am 28. Mai
Wadehn, Bodo, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 27. Mai
Wege, Hannelore, geb. **Laupsien**, aus Seesken, Kreis Treuburg, am 24. Mai

Wodka, Dieter, aus Kalkofen, Kreis Lyck, am 23. Mai
Zscheckel, Christel, geb. **Salewski**, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, am 26. Mai

ZUM 85. GEBURTSTAG

Janella, Karin, aus Wilhelmsdorf, Kreis Rastenburg, am 24. Mai
Knau, Gerda, geb. **Ludorf**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 29. Mai
Mrotzek, Gisela, geb. **Meyer**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 29. Mai
Rost, Peter, aus Eibenau, Kreis Treuburg, am 25. Mai
Seiler, Gerda, geb. **Kullik**, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, am 28. Mai
Symanzik, Christild, geb. **Bohlmann**, aus Waltershöhe, Kreis Lyck, am 25. Mai

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bläsig, Gerhard, aus Altenfließ, Kreis Ebenrode, am 24. Mai

Zusendungen für die Ausgabe 23/2025

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 23/2025 (Erstverkaufstag 6. Juni) **bis spätestens Dienstag, den 27. Mai**, an die Redaktion der PAZ:
 E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Ulrike Grodeck
 Telefon (040) 4140080
 E-Mail: grodeck@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
 Herrn Bundesgeschäftsführer Dr. Sebastian Husen
 Buchstraße 4
 22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Kulturzentrum Ostpreußen

Flucht der Pferde – 80 Jahre Evakuierung Trakehnens.
 Sonderausstellung im Kulturzentrum Ostpreußen, Ellingen, bis zum 13. Juli.

Trakehner Pferde sind deutschlandweit, ja weltweit bekannt. Man assoziiert mit ihnen eine edle Pferderasse, die heutzutage im internationalen Reitsport eine prominente Rolle einnimmt. Den wenigsten Menschen allerdings ist ihre dramatische Geschichte bekannt, die sich im Kriegsherbst und -winter 1944/45 abspielte. Als mit der beginnenden großen Flucht im Januar 1945 zahlreiche Trecks den Weg über das zugefrorene Frische Haff wagten, wurden die Treckwagen schließlich von Pferden der fliehenden Bevölkerung gezogen. Dabei waren die Tiere großen Strapazen ausgesetzt, konnten nicht mit ausreichend Futter versorgt werden, wurden bei der Weiterfahrt per Schiff zurückgelassen oder fielen dem Kriegsgeschehen zum Opfer. Eine besondere Rolle nahmen im Falle Ostpreußens Trakehner Pferde ein, die im berühmten Hauptgestüt Trakehnen bei Gumbinnen gezüchtet wurden.

Vor dem Hintergrund der drohenden Besatzung und ersten Einbrü-

che im östlichen Ostpreußen wurde das Gestüt bereits im Oktober 1944 komplett evakuiert. Von den insgesamt 1000 Tieren überlebten am Ende lediglich etwa 100 Tiere, die in die westlichen Besatzungszonen gelangten. Mit diesen Tieren wurde die Zucht auch über die Zäsur von Flucht und Vertreibung wieder aufgebaut und letztendlich gesichert. Nach 1990 wurde dieser Zuchtstrang mit demjenigen aus der ehemaligen DDR, auf deren Gebiet ebenfalls einige Trakehner gelandet sind, zusammengeführt. Noch heute erfreut sich die ostpreußische Warmblutrasse großer Beliebtheit und feiert auf Wettbewerben internationalen Erfolg, wie der letztjährige Olympiasiegerin Jessica von Bredow-Wehrndls auf der Trakehner-Stute



Dalera eindrucksvoll unter Beweis stellte. „Indem wir das Schicksal der Pferde in den Blick nehmen, weisen wir auf einen zumeist vernachlässigten Aspekt des dramatischen Fluchtgeschehens am Ende des Zweiten Weltkriegs hin. Gleichzeitig versprechen wir uns mit diesem Blickwinkel einen neuen Zugang und Interesse bei Zielgruppen, bei denen das Thema Flucht und Vertreibung 80 Jahre nach Kriegsende nicht mehr präsent ist“, so Gunter Dehnert, Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen. Die Ausstellung, eine Zusammenarbeit der Münchner Kuratorin Martina Kerl mit dem Kulturzentrum Ostpreußen, steht unter der Schirmherrschaft der Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene, Dr. Petra Loibl, MdL. Sie betont: „Die Geschichte der Trakehner Pferde ist ein bewegendes Beispiel für die große Not und das Überleben sowohl von Menschen als auch von Tieren in den letzten Kriegstagen und den darauffolgenden Vertreibungen. Diese Sonderausstellung trägt dazu bei, das Verständnis und die Erinnerung an die tragischen Ereignisse der damaligen Zeit lebendig zu halten – auch für die junge Generation.“

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Muttertag in Ostpreußen

Hof – Die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen traf sich zur Muttertagsfeier im Jahnheim. Die zweite Vorsitzende begrüßte Mitglieder und Gäste. Sie gratulierte den Geburtstagskindern des letzten Monats und wünschte den Erkrankten gute Besserung. Anschließend präsentierte sie mit der Volkstanzgruppe ein buntes Programm rund um den Muttertag. Die Besucher durften sich bei Fragen zu bekannten Müttern, dem Suchen nach Begriffen, die das Wort „Mutter“ enthalten und dem Singen verschiedener Lieder aktiv beteiligen. Mitglieder der Tanzgruppe trugen Gedichte und die Geschichte „Muttertagsbesuch“ vor.

Kulturwart Bernd Hüttner stellte verschiedene Bibelstellen vor, die Bezug auf die Mutter nehmen. Höhepunkt war wie jedes Jahr die Darbietung der Volkstänze. In unterschiedlichen Besetzungen und Formationen von vier bis neun Tänzern wurden das „gemischte Doppel“, die „Hermisdorfer Dreikehr“, der „Ostpreußische Fischertanz“ und zum Schluss der „Lauterbacher“ präsentiert.

Nach dem Verteilen der Muttertagsgeschenke folgte der Bericht zum „Muttertag in Ostpreußen“. Der Muttertag kam in den 1920er Jahren auch in Ostpreußen an und hatte seinen festen Platz im Jahreslauf. Offiziell eingeführt im Deutschen Reich 1923 war er inspiriert durch ähnliche Bräuche aus den USA. Besonders in den ländlichen Gegenden Ostpreußens wurde er oft mit einem Gang in die Natur verbunden. Auf dem Land wie in der Stadt war es üblich, dass die Kinder ihrer Mutter einen

selbst gepflückten Blumenstrauß schenkten. In den Schulen wurden Gedichte gelernt, Karten gebastelt oder kleine Geschenke vorbereitet. In manchen Gemeinden gab es auch Muttertagsandachten. Am Muttertag wurde die Hausarbeit, soweit möglich, von den übrigen Familienmitgliedern übernommen. Man bereitete ein besonderes Mittagessen oder einen feierlichen Kaffeetisch vor. Die Großfamilie versammelte sich und es wurde erzählt, gelacht und gesungen. Die Mutter sollte sich an diesem Tag ausruhen und wusste sich im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. In Ostpreußen, wo harte Arbeit auf dem Land oder im Haushalt den Alltag prägte, war dieser Tag eine seltene Gelegenheit für Ruhe und Wertschätzung. Er war einfach, aber herzlich, und vielleicht gerade deshalb unvergesslich. Nach dem Krieg blieb der Muttertag eine lieb gewonnene Tradition. Für viele wurde er auch ein stiller Moment des Gedenkens an die eigene Mutter, an die Jahre in Ostpreußen und an das Leben in der Heimat. Die Referentin schloss mit der Feststellung, dass auch heute noch die Erinnerung an den Duft von Flieder und das Lächeln der Mutter in uns weiterlebt und damit das Gefühl, zu Hause zu sein.

Sie lud schließlich noch herzlich zur Vernissage der Ausstellung „Ungehört – die Geschichte der Frauen: Flucht, Vertreibung, Integration“ im Museum Bayerisches Vogtland ein. Mit lebhaften Gesprächen klang der schöne Nachmittag aus.

Die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen trifft sich am 14. Juni um 15 Uhr wieder im Jahnheim in Hof. Dann geht es um „Ostpreußen“. Gäste sind willkommen. *Jutta Starosta*

Vortrag über Goa in Indien

Nürnberg – Dienstag, 27. Mai, 15. Uhr, Haus der Heimat – Nürnberg-Langwasser: „Meine Studienreise nach Goa in Indien“, Vortrag von Gunnar Adolphi. *Joachim Korth*



Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700, E-Mail: gerd-helmut.schaefer@t-online.de

Westpreußen

Kassel – Donnerstag, 5. Juni, 15 Uhr, Landhaus Meister, Fuldastraße 140, Kassel-Wolfsanger: Treffen der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Kassel zum Thema „Westpreußen mein lieb Heimatland, wie ging's mit dir zu Ende? Die Jahre vor 1921.“ *Gerhard Landau*

Vor 80 Jahren

Kassel – Das Heimattreffen der Kasseler Gruppe fand am denkwürdigen 8. Mai statt und wurde demzufolge angezeigt unter dem Titel „Heute vor 80 Jahren – alles bricht zusammen“. Welch ein Kontrast zwischen der gemütlichen „Planchenderzeit“ bei Kaffee und Kuchen und den nachfolgenden grauerregenden Opferberichten der Tage um und vor dem 8. Mai 1945. Eingangs trug Dorothea Deyß, die die Flucht über das Haff noch selbst erlebte, das Freudenlied „Wie lieblich ist der Maien...“ des Schlesiers Martin Behm vor – bestärkt durch Sonnenschein und frischem Grün vor dem Tagungshaus. Doch dann wendete sich das Blatt, die beiden Vorsitzenden übernahmen das Wort und muteten den Zuhörern Augenzeugenberichte aus einer achtbändigen Dokumentationsreihe der Bundesregierung aus der Nachkriegszeit; die Herausgabe wurde bald danach gestoppt. Im Anschluss an die Geschichten voller Schrecken blieb nur noch we-

nig Zeit, sich über die politisch gewollte Sprachregelung des 8. Mai als „Tag der Befreiung“ auszutauschen. Dabei wurde benannt, wer befreit wurde, natürlich die Insassen von KZ-Lagern und Gefängnissen, und wer von etwas befreit wurde. Und was Befreier zu tun und was sie nach den Regeln der anerkannten Kriegs- und Friedensordnungen selbstverständlich zu unterlassen haben wie rauben, foltern, vergewaltigen, vertreiben, verhungern lassen.

Fazit der Maiversammlung: eine spürbare Ergriffenheit hatte sich allen 19 anwesenden Mitgliedern und Gästen bemächtigt. Bei einigen Älteren mochte auch die eigene Betroffenheit in Kindheitstagen die Gemütslage bestimmt haben. Und dann: es ist wieder Krieg, 300 Kilometer südöstlich von Johannsburg und 600 Kilometer östlich Görlitz! *Gerhard Landau*



BILD: BdV HESSEN

Hessentag

Bad Vilbel – Sonnabend, 14. Juni, 13 bis 17 Uhr, Platz der Polizei mit Polizei Bistro, Festplatzstraße / Ecke Büdinger Straße: „Unsere Heimat Hessen – Musik & Kulinarik der Deutschen aus dem östlichen Europa“.

Im Rahmen des 62. Hessentags in Bad Vilbel lädt der BdV Landesverband Hessen zu einem besonderen Kulturevent ein. Unter dem Motto „Unsere Heimat Hessen – Musik & Kulinarik der Deutschen aus dem östlichen Europa“ bietet der BdV Landesverband Hessen vielseitige Programmpunkte, die Traditionen und Bräuche deutscher Minderheiten aus verschiedenen Regionen präsentiert.

Der Hessentag ist ein zehntägiges Volksfest, 13. bis 22. Juni, das seit 1961 jährlich die Kultur, Traditionen und Menschen des Bundeslands Hessen in den Mittelpunkt stellt.

Das Festzelt der Polizei wird an diesem Tag zum Schauplatz eines vielseitigen Kulturfestes. Geplant sind traditionelle Tänze, Chorgesang, Musikdarbietungen und eine farbenprächtige Trachtenschau, die die kulturelle Vielfalt der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler aus Regionen wie Siebenbürgen, Oberschlesien oder der Ukraine zur Geltung bringen.

Neben Ministerpräsident Boris Rhein und hochrangigen Vertretern der Landes- und Regionalpolitik ist auch das Hessentagpaar beim Eröffnungsprogramm dabei. Das Rahmenprogramm legt den Fokus auf die Vielfalt und Traditionen der deutschen Minderheiten aus dem östlichen Europa. Mit Traditioneller „Dicker-Backen“ Musik, Gesangeinlagen, Trachten und Volkstanz zeigen wir mal eine andere Seite deutscher Kultur. Siebenbürger Musikanten aus Rüsselsheim, der Frauenchor „Kalina“ aus Rotenburg an der Fulda, sowie Tanz- und Trachtengruppen, bieten kulturelle Ausdrucksformen ihrer Herkunftsregionen dar.

Zahlreiche Vereine, Folkloregruppen und Landsmannschaften bieten kulinarische Spezialitäten aus den Herkunftsregionen der deutschen Vertriebenen und Spätaussiedler an. Ob rumänische Mici, polnische Pierogi, Egerländer Liwanzen oder andere traditionelle Speisen – die kulinarische Vielfalt spiegelt die gemeinsamen Wurzeln

deutscher und osteuropäischer Kochtraditionen wider.

Der Bund der Vertriebenen Landesverband Hessen e.V. steht an diesem Tag, als Interessensverband der Landsmannschaften Heimatvertriebener und Spätaussiedler, mit Informationsständen und Gesprächsformaten zum persönlichen Austausch bereit. Gemeinsam geben wir Einblicke in die Geschichte, Bräuche und kulturellen Leistungen der deutschen Minderheiten Osteuropas. Kultur- und Heimatverbände sind vor Ort und stellen ihre Arbeit und Engagement für das gemeinsame, europäische, kulturelle Erbe vor.

„Unsere Heimat Hessen“ bietet einen einmaligen Einblick in die kulturelle Vielfalt dessen, was „Deutsch“ in Hessen bedeuten kann. Musik- und Tanzaufführungen, Trachtenschau, Kulinarik, Informationsstände und Gesprächsrunden spannen den Bogen von der Geschichte und den Traditionen, zu unserer gemeinsamen Heimat – Hessen. *BdV Hessen*



Vorsitzender: Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Offenseth-Sparrieshoop, Tel.: (04121) 85501, E-Mail: dieter.wenskat@gmx.de

Trauer um Edwin Falk

Kiel – Die LO Landesgruppe Schleswig-Holstein nahm Abschied von ihrem Vorstandsmitglied Edwin Falk, der unerwartet nach einem Schlaganfall am 11. April verstarb. Überall begleiten die Gruppe Spuren seines Lebens, seiner Gedanken, Bilder, Augenblicke und Gefühle. In Memel, Ostpreußen, 1942 in den Kriegsjahren geboren, musste er mit seiner Mutter 1944 seine Heimat verlassen. Sein

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
 Vorname: _____
 Straße/Nr.: _____
 PLZ/Ort: _____
 Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
 Bank: _____
 Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
 Preußische Allgemeine Zeitung
 Buchstraße 4 – 22087 Hamburg

AP-09-C



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland www.paz.de

Landesgruppen und Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15

Vater, Bahnpolizist, ist im Krieg verschollen. Nach Lageraufenthalt in Lübeck fanden sie in Fissau bei Eutin in Schleswig-Holstein, eine einfache Unterkunft. Seine Mutter fand ein neues Glück, heiratete wieder, und so wuchs er mit einer Schwester in einer neuen Familie auf. Er war ein fröhlicher und strebsamer Mensch. Auch waren ihm die preußischen Tugenden in die Wiege gelegt. Nach der Schule lernte er bei der Post, bei der er auch bis zu seiner Pensionierung 1998 im Dienst blieb. Er war gesellig, ging gerne zum Tanz und lernte so auch seine Frau Magrit, eine

Landwirtstochter, kennen. Die Familie begann nach der Hochzeit 1967 zu wachsen. 1971 wurde die Tochter Birgit und 1972 der Sohn Bodo geboren. Ein Haus musste her. Mit finanzieller Unterstützung seines Dienstherrn baute die Familie ein Haus, das sie 1974 beziehen konnten. Er war ein Familienmensch für die er alles tat, so auch für die Enkelkinder und zuletzt auch eine Urenkelin. Er liebte nicht die Hausarbeit, dagegen waren der Garten sowie Reisen und Wandern mit der Familie seine liebsten Aktivitäten.

Seine ostpreußischen Wurzeln hat er bei all seinem Tun nie vergessen. Typisch waren immer wieder seine Worte „Memel ist meine

Heimat und hier ist mein Zuhause“. Alles, was es über Ostpreußen zu lesen gibt, hat er gelesen und steht in seinen Regalen. Nach der Wende 1992 fuhr er mit seiner Frau das erste Mal nach Memel und im Laufe der Zeit war er sechs Mal mit der Familie oder der Landsmannschaft dort. Aber erst nach der Pensionierung 1998 nahm er sich die Zeit und wurde in der Landsmannschaft richtig aktiv.

Er trat in die Ortsgruppe Landsmannschaft Ostpreußen (LO) in Eutin ein und wurde zugleich auch Kassenwart, dann Vorsitzender der Ortsgruppe und durch sein starkes Engagement wurde er 2014 Vorsitzender der Kreisgruppe, die aus neun Ortsgruppen bestand. Durch sein Pflichtgefühl, seinen Fleiß und menschliches Miteinander war er sehr beliebt. Nun wurde auch der Vorsitzende der LO Landesgruppe Schleswig-Holstein, Edmund Ferner, auf ihn aufmerksam und holte ihn in den Landesvorstand. Da er auch sehr belesen war, war er auch ein kritischer Mensch und konnte sehr direkt sein. So wurden dann auch seine Verdienste mit dem Silbernen Ehrenzeichen gewürdigt. Besonders glücklich und erfreut war er, dass seine Frau Magrit ihn in seiner landsmannschaftlichen Arbeit stets unterstützte und begleitete. Er war schließlich auch sehr dankbar, dass das Leben ihn so reich beschenkt hat.

Wir werden Edwin in steter Erinnerung behalten mit den Worten nach Immanuel Kant: „Wer im Gedächtnis seiner Lieben lebt, der ist nicht tot, der ist nur fern. Tot ist nur der, der vergessen wird“

Hans-A. Eckloff



BILD: LANDESGRUPPE SH

Träger des Silbernen Ehrenzeichens der LO ist verstorben: Edwin Falk



Kreisvertreterin (kommiss.): Edeltraut Mai, Weißdornweg 8 22926 Ahrensburg, Telefon (04102) 58418, E-Mail: E-Mai@gmx.net, www.angerapp.com

Jahrestreffen

Handeloh/Nordheide – Sonnabend, 28. Juni, 10 Uhr, Hotel Fuchs, Hauptstraße 35: Jahrestreffen. Hierzu lädt der Vorstand der Kreisgemeinschaft Angerapp alle Mitglieder, deren Kinder, Enkelkinder und Gäste herzlich ein. Bitte melden Sie sich per gelber Anmeldekarte, die im Heimatbrief eingelegt ist, oder telefonisch bei Edeltraut Mai für das Mittagessen an.

Eventuell gewünschte Hotelübernachtungen können direkt unter der Telefonnummer (04188) 414 mit dem Hinweis „Ostpreußen“ erfolgen.



Kreisvertreter: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddeshheim, Telefon (06203) 43229, Mobil: (0174)9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de. GSt. für alle Memellandkreise: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddeshheim

35-jähriges Bestehen

Heydekrug – Sonnabend, 31. Mai, 12 Uhr, Traksedziai, Tradiciju Stra-



Haben für Juozas Šikšnelis eine Gedenkiefer gepflanzt: (v. l.) Uwe Jurgsties, 3. Dr. Laura Juchnevic, Direktorin der Simonaites Bibliothek 4. Jurga Bardauskiene, Leiterin des AdM Archivs Bild: AdM

ße 4: Feier zum 35-jährigen Bestehen des Vereins Heide. Die Feierlichkeiten finden dort statt, wo im letzten Jahr auch die Weihnachtsfeier stattfand. Nähere Informationen bei der 1. Vorsitzenden Gerlinda Stunguriene, Telefon (0037) 06710205.

Frühlingstreffen

Düsseldorf – Sonnabend, 14. Juni, 15 Uhr, Gerhart-Hauptmann-Haus, 4. Etage, Raum 412, Ostpreußen, Bismarckstraße 90: Frühlingstreffen der Memellandgruppe. Wegen der Bewirtung bitte bei Karin Gogolka telefonisch anmelden unter (02452) 62492.

Simonaites Bibliothek

Memel – Am 28. April fand ein Gedenkabend für den Schriftsteller, Maler und langjährigen Biblio-

theksleiter Juozas Šikšnelis, der die Landesbibliothek von 2008 bis 2019 leitete und dafür zum besten Bibliotheksleiter ausgezeichnet wurde, statt. Auch für sein literarisches Werk wurden ihm Auszeichnungen zuteil. Šikšnelis ist am 24. November im Alter von 74 Jahren gestorben. Während der Veranstaltung wurde im Garten der Sonnenuhr eine Gedenkiefer gepflanzt und später das letzte Buch des Autors „Der Moment der Wahrheit“ präsentiert. AdM



Rätsel

Large crossword puzzle grid with clues in German. Includes a small 4x4 grid and a 6x6 grid at the bottom left.

Sudoku

9x9 Sudoku grid with some numbers filled in.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

6x6 Diagonal puzzle grid with numbers 1-6 in the first column.

Diagonalrätsel

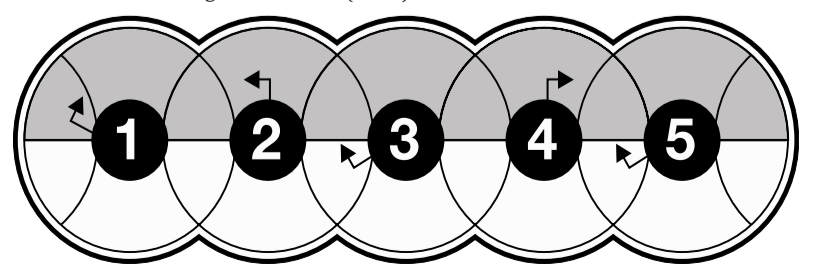
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei spanische Männervornamen.

- 1 Stadt an der Mosel
2 franz. Schriftsteller (Honoré de)
3 Beduinenmantel
4 unfair spielen (Sport)
5 Ringgriff
6 Versehen, Irrtum (lateinisch)

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für gewinnbringend, günstig.

- 1 Randgebiet einer größeren Stadt, 2 starkes Schiffstau, 3 Handwerker, 4 Seilwinde, 5 vor Flüssigkeit triefend (Obst)



Heimatkreisgemeinschaften

ANZEIGE

Ostpreußisch behütet



Navyblaue Baseballmütze mit aufgesticktem Elchschaufelwappen
Stoffverschluss mit Metallschnalle
Preis: 12,- Euro, zuzüglich 7,- Euro Porto und Verpackung.

Bestellung:
Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@ostpreussen.de

Je 12,- Euro zzgl. 7,- Euro Porto und Verpackung



Neidenburg

Kreisvertreter: Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, Telefon (02943) 3214, Fax -980276, E-Mail: u-pokraka@t-online.de

Stellvertreterin: Ute Kondritz, Säuerlingstraße 8, 56154 Boppard, Telefon (06742) 4349

Heimatbrief

Die Arbeiten für den Pfingstheimatbrief sind abgeschlossen. Der Brief befindet sich im Druck bei der Firma Rautenberg. In Kürze wird er dem Versand übergeben. Alle Mitglieder, die bei Frau Merschel in der Datei erfasst sind, bekommen den Heimatbrief kostenlos zugestellt.

Sollte ein Mitglied, warum auch immer, keinen Heimatbrief bekommen haben, so melde er sich beim Schriftführer Wilfried Brandt. Das Gleiche gilt für Nichtmitglieder, die gerne einen Heimatbrief möchten. Auch sie bekommen dann kostenlos einen Heimatbrief; Wilfried Brandt, Lünenfeld 1, 27446 Selsingen, Telefon (04284) 1527.

Bitte denken Sie auch an eine Spende. Sie wissen ja, alle Amtsträger arbeiten ehrenamtlich und die Ergebnisse wie die Heimatbriefe verursachen doch immense Kosten, die mit Spenden abgedeckt werden müssen. Das Geld wird gut angelegt.

Wir wünschen Ihnen ein frohes Pfingstfest und viel Freude beim Lesen des Heimatbriefes.

Ulrich Pokraka



Osterode

Kreisvertreter: Jürgen Ehmann, Stennweilerstraße 35, 66564 Ottweiler, Telefon (06824) 302259, E-Mail: juergenehmann-kgoev@web.de, **Gst.:** Bergstraße 10, 37520 Osterode am Harz, Telefon (05522) 919870, E-Mail: kgoev@web.de, Sprechstunde: Do. 14 bis 17 Uhr

Regionaltreffen und MV

Hamm-Westtünen – Sonntag, 25. Mai, 10 Uhr, Von-Thünen-Halle, Vereinsheim Schützenverein Westtünen 1893 e.V., Hubert-Westermeier-Straße 1: Regionaltreffen mit vorheriger außerordentlicher Mitgliederversammlung.

dentlicher Mitgliederversammlung.

Um 10 Uhr beginnt die außerordentliche Mitgliederversammlung, um 11.30 Uhr wird das Regionaltreffen eröffnet, der erste Programmpunkt beginnt um 12 Uhr mit der Begrüßung.

Hiermit erfolgt die Einladung zu einer außerordentlichen Mitgliederversammlung im Rahmen des Regionaltreffens in Hamm am 25. Mai, 10 Uhr mit folgender Tagesordnung:

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit, 2. Diskussion und Beschluss über die Zukunft des Heimatmuseums in Osterode am Harz. *Jürgen Ehmann*



Preußisch Eylau

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. **Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatmuseum** im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries

Ostpreußenreise 2026

Pr. Eylau – Sonnabend, 13. Juni, bis Sonntag, 21. Juni 2026: Reise in den Heimatkreis im südlichen Ostpreußen.

Den Auftakt macht dabei der Besuch von Thorn an der Weichsel mit seiner weitgehend erhaltenen mittelalterlichen Altstadt, die insgesamt Teil des UNESCO-Welterbes ist.

Danach geht es weiter zum Besuch der Marienburg, dem einstigen Sitz des Hochmeisters des Deutschen Ordens und damit das Zentrum des mächtigen mittelalterlichen Ordensstaates. Ihre Größe und die Raffinesse ihrer Architektur beeindruckt bis heute alle Besucher der mächtigen Burganlage.

Bei Elbing steht die Erkundung des Drausensees bei einer Schiffsfahrt auf dem Programm, der zu dieser Reisezeit sicher von blühenden Seerosen und Mummeln bedeckt sein wird. Weiter geht es an

den Oberländischen Kanal. Nachdem bei früheren Reisen der Kanal mit dem Schiff befahren wurde, wird nun ein Maschinenhaus, die ingenieurtechnische Meisterleistung der Anlage, kennengelernt.

In dem Hotel „Taberbrücker Kiefern“ ist die Übernachtung vorgesehen.

Beim Besuch der Ermländischen Hauptstadt Allenstein ist neben der Stadtführung ein weiterer Höhepunkt ein Besuch der „Stiftung Borussia“. Die Stiftung ist 1990 gleich nach der Wende entstanden, als es endlich für polnische Intellektuelle, Literaten, Kulturhistoriker möglich war, über die multikulturelle Vergangenheit der Region, die vorher in der Republik Polen hartnäckig als „wiedergewonnene Gebiete“ dargestellt wurde, zu sprechen. Die Gesellschaft engagiert sich für den Dialog zwischen der Republik Polen und der Bundesrepublik Deutschland und hat zu den Themen der „Grenzländer“ mehrere Bücher herausgegeben. In Europa wurde sie mit zahlreichen Preisen für ihre Tätigkeit ausgezeichnet. Die Stiftung hat ein in Allenstein einmaliges historisches jüdisches Ritualgebäude zum Sitz - Bet Tahara.

Für die kommenden beiden Nächte ist eine besondere Unterkunft vorgesehen: das Gut und Gestüt Gallingen. Das erste Schloss an dieser Stelle wurde schon im Jahre 1589 für Freiherrn Botho zu Eulenburg erbaut. Über die Jahrhunderte wurde die Anlage mehrfach umgestaltet und erweitert. Um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert gehörte das Majorat Gallingen zu einem der größten Landgüter der Region. Das jahrzehntelang vernachlässigte Schloss wurde 1996 als Ruine zusammen mit dem Werkwerk von den heutigen Besitzern gekauft und über Jahre mit großem Aufwand restauriert.

Von hier aus geht es nach Landsberg, Partnerstadt im südlichen Teil des Kreises Preußisch Eylau zu einem Treffen mit den heute dort lebenden Bürgern. Bei der letzten Reise war dies ein sehr schöner Tag. Danach geht es weiter nach Osten, nach Masuren, in das „Land der großen Seen und dunklen Wälder“. Hier werden die Reisetilnehmer besonders den äußersten Süden Ostpreußens mit Johannisburg und der Johannisburger Heide erkunden.

Eine Schiffsfahrt auf den miteinander verbundenen Seen bei

Rudczanny/Ruciane Nida und eine Staken-Bootsfahrt auf dem wohl malerischsten Flüsschen Masurens, der Kruttinna, stehen auf dem Programm.

Zünftig wird es beim Besuch eines masurischen Pferdehofes mit deftigem Abendessen, Folkloremusik, und sicher wird es auch einen Wodka dazu geben.

Schon wieder Richtung Heimat geht die Reise zur Frischen Nehrung und einer Fahrt mit der historischen Eisenbahn durch die Weichselniederung im Danziger Werder.

Ein Höhepunkt am Ende der Reise wird der Besuch von Danzig sein. Die mehr als 1000-jährige Hansestadt hat viel zu bieten. Die nach großen Zerstörungen prächtig restaurierte Altstadt beeindruckt mit erhabenen Patrizierhäusern, hübschen kleinen Gassen mit Boutiquen und Cafés. Alles wird überragt von der mächtigen Marienkirche, einem der größten Backstein-Sakralbauten Europas. Sie sehen den Artushof, den früheren Treffpunkt der hanseatischen Kaufleute mit dem Neptunbrunnen davor, die Frauengasse mit den für Danzig typischen Beischlägen, die heute meist kleine Schmuckläden oder urige Kneipen beherbergen, und an der Mottlau das große Krantor, eines der mächtigsten Hebewerke des Mittelalters. Anschließend bleibt noch genügend Zeit für eigene Unternehmungen. In der Danziger Altstadt gibt es neben historisch Wertvollem und Sehenswertem auch ein quirliges Nachtleben mit kleinen Bars, urigen Kneipen und trendigen Musikclubs zu entdecken.

Die Heimreise führt durch Pommern mit der letzten Übernachtung in einem zum Hotel umgestalteten mittelalterlichen Ritterschloss tief im pommerschen Buchenwald.

Das genaue Programm wird voraussichtlich im Herbst feststehen. Gerne wird eine detaillierte Reisebeschreibung an alle Interessenten geschickt. Bitte melden Sie sich hierzu bei der Kreisvorsitzenden Evelyn v. Borries, unter Telefon (02103) 64759, oder per E-Mail: Preussisch-eylau@landkreis-verden.de.



Der (un)bekannte Simon Dach

Memel – Der Verein der Deutschen in Memel, dessen Kultur- und Begegnungszentrum nach Simon Dach benannt ist, führt anlässlich des 420. Geburtstages des Dichters das Projekt „(Un) vertrauter Simon Dach“ durch. Der Verein möchte damit einen Beitrag zum Jubiläumsjahr von Simon Dach, dem bedeutendsten Vertreter des preußischen Barocks aus Memel, sowie zu den Veranstaltungen des Jahres der Barockliteratur in Litauen leisten. Durch verschiedene Aktivitäten für unterschiedliche Alters- und Interessengruppen soll versucht werden, Simon Dachs Beitrag zum kulturellen Leben im Königsberg des 17. Jahrhunderts und seinen Einfluss auf das kulturelle Leben in Preußisch-Litauen aufzuzeigen. Die Öffentlichkeit soll mehr über Simon Dach erfahren und besser verstehen, warum diese Persönlichkeit so wichtig für die Identität von Memel ist. Besonderes Augen-

merk wird dabei auf die Aktivitäten mit Kindern und Jugendlichen gelegt. In Vorbereitung auf den Jahrestag von Simon Dachs Geburtstag hat die Deutsche Gemeinschaft Memel mit Unterstützung der Stadtverwaltung in Memel bereits im letzten Jahr Bildungsaktivitäten für Schüler entwickelt – kreative intellektuelle Workshops „Der Detektiv über Simon Dach“, „Simon Dach: die Wahrheit oder der Mut“ zu denen der Verein der Deutschen in Memel auch in diesem Jahr einladen wird.

Es wird eine neue Bildungsaktivität entwickelt, bei der die Teilnehmer die Möglichkeit haben werden, Orte in unserer Stadt kennenzulernen, die auf die eine oder andere Weise mit dem Namen Simon Dach verbunden sind. Es werden mehrere öffentliche Vorträge, Konzerte und im Herbst die Veröffentlichung des Buches „Orpheus Prutenus. Selbstkonzept und Rezeption des Dichters Simon Dach“ von Prof. Axel E. Walter geben sowie einen Dokumentarfilm, in dem der Autor des Buches, Axel E. Walter, die Bedeutung von Simon Dach für Memel herausstellt.

Simon-Dach-Stadtrally

Memel – Dienstag, 27. Mai, 18 Uhr und Mittwoch, 28. Mai, 12 Uhr: Stadtrally. Die Rally bietet den Teilnehmern eine attraktive Möglichkeit, die Orte der Stadt kennen zu lernen, die auf die eine oder andere Weise mit Simon Dach verbunden sind. Die Rally hat Laurencija Budrytė-Ausiejienė, Fremdenführerin und Gestalterin von Touristenrouten, Mitglied unseres Vereins, ausgearbeitet. Die Anmeldung der Teilnehmer erfolgt beim Verein der Deutschen in Memel.


Vortrag „Tasteninstrumente“

Memel – Donnerstag, 29. Mai, 13 Uhr, Simon-Dach-Haus, Jūros g. 7, Klaipėda: Vortrag von Vilimas Norkūnas zum Thema „Das preußische musikalische Erbe und die Geschichte der Entstehung der Tasteninstrumente“. Norkūnas



Der (un)bekannte Simon Dach: Veranstaltungsreihe in Memel

ANZEIGE



Es wird Zeit, dass ich reise in den Frieden des Himmels, wo ich die wiedersche, die ich geliebt habe und jene erwarte, die ich liebe.

Ulrich (Uli) Jamrowski

* 15. 11. 1934 † 2.5.2025
in Lauck / Pr. Holland in Kreuztal

Danke für den Weg, den du mit uns gegangen bist.
Dagmar und Andreas Spies
Lara
Frank Jamrowski und Karen Scherrer
Nathalie und Fabian
sowie die Geschwister
Inge Huth und Siegfried Jamrowski mit Familien

Traueranschrift:
Familie Jamrowski, Leckersbach 8, 56414 Wallmerod

studierte in Salzburg sowie in Graz und zählt zu den besten Kennern der Barockmusik in Litauen.

Konzert

Memel – Donnerstag, 29. Mai, 18 Uhr, Konzertsaal, Šaulių g. 36: Der Verein der Deutschen in Memel lädt zum Konzert „Der (un) bekannte Simon Dach“ ein. Auf dem Programm stehen Gedichte von Simon Dach in litauischer und deutscher Sprache sowie Musik von Heinrich Albert, Simon Dachs Freund, dem Organisten des Königsberger Doms und einem der bekanntesten preußischen Barockkomponisten Heinrich Albert (1604-1651).

Viele der ausgewählten Kompositionen werden in Litauen zum ersten Mal aufgeführt. Das seit einem Jahrzehnt bestehende Ensemble „Šviesotamsa“ hat sich zum Ziel gesetzt, zur Erforschung der Alten Musik beizutragen und bisher ungehörte Kompositionen der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Dieses Programm ist für Litauen interessant und relevant, weil es den thematischen Faden des preußischen Fürstentums aufgreift, der die Gedichte der Dichter von Königsberg, die Werke der preußischen Hofkomponisten aus dem Früh- und Spätbarock miteinander verbindet. Und Königsberg ist eng mit preußisch-litauischen Lehrern, Sprachwissenschaftlern, Dichtern, Pfarrern und anderen wichtigen Persönlichkeiten verbunden. Am Konzert nehmen teil: Rūta Vosyliūtė – Sopran, Kristine Stumburė – Querflöte und Traversistenrouten, Mitglied unseres Vereins, ausgearbeitet. Die Anmeldung der Teilnehmer erfolgt beim Verein der Deutschen in Memel.

Das Projekt „(Un)bekannter Simon Dach“ wird vom Verein der Deutschen in Memel durchgeführt und zum Teil von der Stadtverwaltung finanziert. Weitere Informationen über das Projekt und die Veranstaltungsreihe unter Internet: www.sdh.lt/de oder über die Facebook-Seite des Vereins der Deutschen in Memel: www.facebook.com/simono.dachonamai

Rasa Müller

CHRISTOPH ASCHMONEIT

U-Boot-Konstrukteur mit wahren Tiefgang

Der kleine Zwei-Mann-„Seehund“ war wendig, schnell und im Taucheinsatz ein ganz Großer

VON WOLFGANG KAUFMANN

Bei konventionellen U-Booten ohne Atomtrieb gehörten die deutschen Typen schon immer zu den besten der Welt. Einen wesentlichen Anteil hieran hatte allen voran der Konstrukteur Christoph Aschmoneit. Am 17. März 1901 in Beeskow in der preußischen Provinz Brandenburg geboren, verbrachte er dann aber die gesamte Kindheit und Jugend in Ostpreußen, wo sein Vater das Wasserbauamt von Labiau am Kurischen Haff leitete. Hier wohnte die Familie direkt neben einer Staatswerft, was parallel Aschmoneits Interesse am Maritimen weckte. Also studierte er im Anschluss an den freiwilligen Wehrdienst im 1. Ostpreußischen Feld-Artillerie-Regiment Nr. 16 an der Technischen Hochschule Danzig Schiffbau.

Nach bestandener Diplomprüfung begann Aschmoneit 1928 mit einer Beamtenausbildung bei der Reichsmarine in Wilhelmshaven. An deren Ende wurde er 1932 zum Regierungsbaumeister ernannt. Im Februar 1933 schickte ihn die Marine des nunmehrigen Dritten Reiches zum ersten U-Bootslehrgang seit 1918. Da das besiegte Deutschland gemäß den Bestimmungen des Versailler Diktats zunächst keine U-Boote mehr besitzen durfte, erfolgte die Fahrausbildung im finnischen Turku. Dort stand das U-Boot CV-707 alias „Vesikko“ zur Verfügung. Hierbei handelte es sich um eine Konstruktion des in Den Haag ansässigen deutschen Ingenieurskantors voor Scheepsbouw, welche auf der Crichton-Vulcan-Werft in Turku vom Stapel gelaufen war und den Prototypen für die U-Boot-Klasse IIA der Reichsmarine bildete.

Die „Vesikko“ hatte normalerweise eine Besatzung von rund 20 Mann, doch bei den Übungsfahrten waren nur acht Offiziere und zwei Marinebaubeamte an Bord, sodass letztlich jeder jede Tätigkeit



Die kleine U-Boot-Klasse vom Typ „Seehund“ von Christoph Aschmoneit (o.r.) war ein Unterwassergefährte für zwei Personen, das neue Maßstäbe setzte. Kaum ein anderes Kleinst-U-Boot konnte damals so tief tauchen
Bild: Zubro/Wikimedia; vfcg.eu

ausführen musste. Hierdurch erwarb Aschmoneit unschätzbare praktische Erfahrungen, was insbesondere die U-Boot-Technik betraf. Drei Tage nach der Umbenennung der Reichsmarine in Kriegsmarine zum 1. Juni 1935 erfolgte die Kommandierung des jetzigen Marinebaurates Aschmoneit zum Erprobungsausschuss für Schiffsneubauten, dem späteren U-Boot-Abnahmekommando (U.A.K.) des Oberkommandos der Kriegsmarine.

Seiner Zeit weit voraus

Von dort wiederum kam Aschmoneit am 1. Oktober 1938 zum Konstruktionsamt der Marineleitung in Berlin, wo er als

rechte Hand des führenden deutschen U-Boot-Fachmanns Friedrich Schürer fungierte. Dieser zeichnete ab dem 15. Oktober 1939 als Chef der Abteilung Unterseeboote (K I U) im Hauptamt Kriegsschiffbau für den Gesamtentwurf und die Instandhaltung aller deutschen U-Boote verantwortlich. 1943 übernahm Aschmoneit als Ministerialrat Schürers Posten. Unter seiner Ägide erfolgte unter anderem die Entwicklung des Kleinst-U-Bootes „Seehund“ für eine Zwei-Mann-Besatzung. Außerdem leitete er kurz vor dem Zusammenbruch des Dritten Reiches die Tieftaucherprobung des neuen U-Boostyps XXI. Dieser war seiner Zeit weit vor-

aus und konnte in Wassertiefen von bis zu 300 Metern operieren. Gleichzeitig lag die Unterwassergeschwindigkeit der Boote bei mehr als 16 Knoten, während sie im Schleichfahrtmodus fast 500 Seemeilen ohne Auftauchen schafften.

Nachhaltige Entwicklungen

Nach Kriegsende arbeitete Aschmoneit bis Dezember 1945 für das von den Alliierten eingerichtete Information Office for Naval Construction. Dem folgte ein Einsatz als Gruppenleiter für Angelegenheiten des technischen Personals an der vormaligen Kriegsmarinewerft in Wilhelmshaven. Im November 1946 wurde der

U-Boot-Spezialist aber plötzlich als Dezernent an die rheinland-pfälzische Wasserstraßendirektion in Koblenz versetzt. Dann wiederum schickte man ihn 1954 zur Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nord in Kiel.

Bereits im Jahre 1950 hatte er gemeinsam mit dem U-Boot-Konstrukteur Ulrich Gabler ein Gutachten vorgelegt, das die Grundlage für den späteren Aufbau der U-Boot-Waffe der Bundesmarine bildete. An diesem war Aschmoneit ab Januar 1958 als Leitender Regierungsdirektor der Bundeswehrverwaltung beteiligt. In Zusammenarbeit mit dem Ingenieurkontor Lübeck konzipierte Aschmoneit nachfolgend die U-Bootsklassen 201 und 205, welche ab 1960 in den Kieler Howaldtswerken gebaut wurden. Später beaufsichtigte er in Norwegen die Einführung der auf der deutschen Klasse 205 basierenden Kobben-Klasse. Dafür erhielt der Konstrukteur den Königlich-Norwegischen Orden des heiligen Olav. Zurück in der Heimat nahm Aschmoneit sogleich an der Entwicklung der neuen U-Boot-Klasse 206 teil, deren letzte beide Einheiten noch heute in der kolumbianischen Marine Dienst tun.

1967 ging der U-Boot-Pionier dann verdientermaßen in Pension, beriet die Howaldtwerke-Deutsche Werft GmbH aber weiterhin bis ins Jahr 1975 in technischen Fragen. Der sowohl innerhalb der Schiffbauindustrie als auch der Bundesmarine hochverehrte Träger des Bundesverdienstkreuzes Erster Klasse verstarb am 14. Februar 1984 in Kiel kurz vor seinem 83. Geburtstag.

Im Nachruf auf den versierten und prägenden Konstrukteur schrieb die Fachzeitschrift „Schiff & Hafen“: „Er hat niemals – auch nicht unter Druck von oben oder aus Opportunismus – Schönfärberei betrieben oder unrealistische Prognosen über Termine oder technische Sachverhalte abgegeben.“

Dorelise Putzar – eine Würdigung

Die warmherzige Künstlertochter hielt stets Verbindung zur Heimat und teilte als Pädagogin ihre kreative Seele mit anderen

Vielen Lesern der „Ostpreußischen Familie“, die von der unvergessenen Ruth Geede (1916–2018) mit ihrer gleichnamigen Kolumne im Ostpreußenblatt zusammengehalten wurde, wird sie vielleicht noch ein Begriff sein: Dorelise Putzar, die Tochter des Künstlers Georg Fuhg aus Mehlsack in Ostpreußen (1898–1976).

Fuhg hat in Ostpreußen bedeutende künstlerische Spuren hinterlassen. Auch seine Tochter Dorelise engagierte sich Zeit ihres Lebens in der Pflege und Weitergabe des kulturellen Erbes. Die „Ostpreußische Familie“ bereicherte sie regelmäßig mit eigenen Beiträgen. Am 16. April 2025 verstarb sie an ihrem Wohnort in Reutlingen.

Dorelise Putzar wurde am 22. Februar 1929 in Königsberg geboren. Ihr Vater war examinierter Volksschullehrer und Kunstschüler bei Hermann Brachert. In der Weimarer Republik machte er sich einen Namen mit Porträts und Plastiken. Sein bekanntestes Werk ist „Walther von der Vogelweide“ als Sitzgestalt von 1930 im Königsberger Tiergarten. Dorelise konnte sich noch im hohen Alter daran erinnern, als Kind im Tiergarten zu Füßen dieser Skulptur gespielt zu haben. Damals wohnte die Familie in der Sammitter Allee auf der Tragheimer Palve,

zog aber später in die Steffekstraße im Nordwesten der Stadt (nahe zur neuen Kunstakademie in Ratslinden). Es waren glückliche Tage. Sie fuhr damals mit dem Fahrrad durch diese noch ländliche Gegend zur Schule und genoss dabei die Natur. Einmal war sie sich sogar sicher, zur Mittagsstunde in der Nähe der Fürstenschlucht der Kornmuhme begegnet zu sein. Es war ihr eine Bestätigung dessen, was damals schon die Alten über diese Bodenvertiefung am Hammerteich sagten: „Geht da nicht alleine rein.“ Kindheitseindrücke. Doch auch Fuhgs Arbeiten hatte sie noch in lebhafter Erinnerung, insbesondere seinen „Hirsch“ für das Gasthaus „Zum neuen Hirschkrug“ an der Tapiauer Straße 4-6. Das Gebäude, das heute noch auf der Landseite zum Sackheimer Tor steht, wurde 2019 sehr schön renoviert.

Dorelises Kindheit endete in der zweiten Königsberger Bombennacht am 29./30. August 1944 (siehe auch den Artikel von Klaus Weigelt „Die ostpreußische Tragödie“ in der PAZ Nr. 18/2025). Dorelise befand sich mit Mitschülerinnen in einem Ausweichquartier in Pregelnähe, als der Feuersturm losbrach. Der Lehrer, ein erfahrener Soldat des Ersten Weltkrieges, nahm das kleingewachsene Kind unter den Arm und rettete sie und sich sowie



Stets charmant und wohlgenut: Dorelise Putzar (1929–2025) im Jahr 2017 in Königsberg

die anderen Mädchen durch eine Stelle in der Feuerwand, die mit nassen Decken noch einen Durchbruch erlaubte. Die Gruppe fand Schutz an den Mauern der Steindammer Kirche, die wie durch ein Wunder stehen blieb. Auch andere Menschen aus dem Tragheim und aus Neuroßgarten, die dort Schutz suchten, überstanden das Bombardement.

Bei Kriegsende gelangte Georg Fuhg, ein prinzipienfester Totalverweigerer im

Dritten Reich, als verwundeter, zwangsverpflichteter Soldat mit dem Lazarettenschiff „Sachsenwald“ über Kopenhagen nach Schleswig-Holstein. Seine Frau und Tochter, die nach Thüringen geflüchtet waren, wurden gefunden und die Familie siedelte 1950 nach Neumünster über.

Fuhg schuf weiter bedeutende Kunstwerke in Westdeutschland. 1964 wurde er mit dem „Kulturpreis der Landsmannschaft Ostpreußen“ geehrt. Dieser Aus-

zeichnung folgte in späteren Jahren die „Königsberger Bürgermedaille“, deren künstlerische Gestaltung er 1959 selbst entworfen hatte.

Seine Tochter Dorelise führte der Weg in die Pädagogik. Als Lehrerin entwickelte sie Kinder und Erwachsene in handwerklichen Tätigkeiten, die auch ein künstlerisches Element beinhalteten. Selbst im Alter von 90 Jahren gab sie noch Abendkurse für Erwachsene. Im August 2017 besuchte sie ihre Heimatstadt und wurde von der Verwaltung des dortigen Zoos mit einem herzlichen Empfang willkommen geheißen. Die Skulptur des Vaters war erst kurz zuvor auf ihren angestammten Platz im Tiergarten zurückgekehrt. Das Miteinander berührte sie tief und nachhaltig; es war ein Höhepunkt in ihrem Leben.

Dorelise Putzar starb, wie sie gelebt hatte: heiter, bescheiden, zuversichtlich und in Harmonie mit ihrer Umwelt. Sie war eine lichtvolle Seele. Wer sie von außen erlebte, sah das Strahlen in ihr wirken. Eine Hoffnung, die sich durch die Zeit hindurch immer wieder erneuerte. Ein Wahlspruch von ihr war das folgende Zitat von Rudolf Steiner: „Keine Zeit und keine Macht lässt untergehen, was in der Zeit errungen wird und reif wird für die Ewigkeit.“
Jörn Pekrul

HISTORISCH

Relikt aus vergangener Zeit

Einst Wegepunkt an der alten Poststraße nach Stettin, versteckt sie sich jetzt hinter Bäumen

VON KARL-HEINZ ENGEL

Es gibt sie noch, die altbekannte Bockwindmühle in Möhringen, heute Mierzyn, hart an der westlichen Stettiner Stadtgrenze gelegen. Und sie wirkt keineswegs heruntergekommen oder flügellos, was darauf schließen lässt, dass sich ein Helferkreis gefunden hat, der das technische Denkmal in seiner Rüstigkeit bewahren will. Allerdings wächst das Grundstück unmittelbar an der westlichen Einfahrtsstraße nach Stettin – ursprünglich eine rege genutzte Postroute Richtung Berlin, schließlich Reichsstraße 104 und jetzt ul. Lubieszynska genannt – durch Bäume allmählich zu. So ist die Mühle nur noch in laubfreien Jahreszeiten zu erkennen, obwohl aufkommendes Buschwerk und Gras immer mal wieder zurückgeschnitten wird. Auch schützen Zaun und Videoüberwachung vor unbefugtem Betreten des Geländes.

Wie die allermeisten windbetriebenen Mühlen, von denen Stettin einst in größerer Zahl umgeben war, hatte auch die Möhringer ihren Dienst aus Rentabilitätsgründen vermutlich schon zu deutscher Zeit eingestellt. Die Ära der Naturenergie war zugunsten der Motorkraftnutzung abgelaufen. Und was nicht mehr gebraucht wird, verfällt irgendwann, es sei denn, Liebhaber retten, was zu retten ist.

So muss es auch gewesen sein, als Mierzyn noch Möhringen hieß und an der Mühle bereits größere Instandsetzungsarbeiten vorgenommen werden mussten. Darauf weisen 1938 die von der Gesellschaft für pommerische Geschichte herausgegebenen „Baltischen Studien“ hin.

Eine Windmühle soll es schon sehr bald nach der Dorfgründung Ende des 13., Anfang des 14. Jahrhunderts in Möhringen gegeben haben. Im 17. Jahrhundert ging sie in herzogliches Eigentum über



Versteckt hinter Bäumen: Die historische Bockwindmühle an der alten Poststraße

Bild: Engel

und einige Jahrzehnte danach, so weiß man, wurde den Dorfbewohnern der Mahlzwang auferlegt.

Holländer eher vorherrschend

Es fällt auf, dass die Mühle keineswegs auf einem zugigen Hügel ihren Platz fand, wie allgemein üblich. Möhringen liegt nämlich nur auf etwa 24 Meter Meereshöhe. Zum benachbarten, ebenfalls an der alten Pasewalker Straße liegenden Sparrenfelde, steigt das Höhengniveau mit immerhin 54 Metern auf fast das Doppelte an. Über die waldfreien Felder im Westen von Möhringen wird, trotz der relativ niedrigen Lage, wohl dennoch genügend Wind

unterwegs gewesen sein, um das Mahlwerk verlässlich anzutreiben.

In der weiten Landschaft rund um der pommerischen Hauptstadt Stettin waren Bockwindmühlen indes eher selten vertreten. Meistens wurden die äußerlich wuchtigeren und leistungsfähigeren Holländermühlen errichtet. Das drückt sich auch in der Zahl noch vorhandener Mahlstätten diesseits der Grenze aus, bei denen eindeutig die „Holländer“ dominieren. Sehenswerte vorpommerische Bockwindmühlen stehen noch in Pudagla auf der Insel Usedom, in Greifswald-Eldena und in Storkow, etwa 30 Kilometer südöstlich von Pasewalk.

Möhringen, 1939 nach Stettin eingemeindet, gehört heute zur Gemeinde Daber [Dobra] und damit zum Kreis Pölitz [Police]. 1939 waren dort 2000 Personen zu Hause, die vorwiegend von Landwirtschaft, Handwerk und Gewerbe lebten. In den vergangenen Jahren mauserte sich das Dorf zu einem typischen Speckgürtelort mit Eigenheimsiedlungen und modernen Betrieben. Es zählt gegenwärtig etwa 6000 Einwohner. Ein bekannter Betrieb ist der international tätige Hörgeräteentwickler und -hersteller Demant an der ul. Lubieszynska, an der alten Pasewalker, also. Das ist ein starker Kontrast zum Gewerbedenkmal Bockwindmühle.

200. TODESTAG

Vielseitiger Stargarder Pädagoge

Gotthilf Samuel Hecker lehrte an namhaften Bildungseinrichtungen und verfasste Heimatliteratur

Der Lehrer und Theologe Gotthilf Samuel Hecker entstammte einer über mehrere Generationen nachgewiesenen Lehrerfamilie des Ruhrgebietes, kam aber in Pommern zur Welt. Als Neffe des bis heute bekannten preußischen Reformpädagogen Johann Julius Hecker hatte er seine eigenen Hauptwirkungsstätten als Schulmann und Geistlicher in seinem Geburtsort Stargard sowie in Berlin. Er gehörte über Jahrzehnte zu den pädagogischen Hauptrepräsentanten der einst renommierten Stargarder „Vangerowschen Realschule“, deren Leitung er lange ausübte. Am 9. Mai 1825, also vor 200 Jahren, starb er in Stargard.

Hecker kam dort am 17. Februar 1753 zur Welt. Der Junge wuchs hier als das sechste von 13 Kindern seiner Eltern auf. Andreas Petrus Hecker, der Vater, stammte eigentlich aus Werden an der Ruhr. Er war der Bruder des Schulpioniers Johann Julius Hecker.

Beide waren auf der Essener Stadtschule, einem lutherischen Gymnasium, durch den Universalgelehrten Johann Heinrich Zopf vorgeprägt und für den Halleschen Pietismus unter Gotthilf August Francke interessiert worden. Und beide waren anschließend in Halle Schüler Franckes. Andreas Petrus Hecker gelangte nach seiner Ausbildung in Halle

durch Heirat nach Stargard, wo er als Theologe und Lehrer wirkte.

Vater Hecker wirkte hier im Sinne Franckes und übernahm viele der pädagogischen Neuerungen seines Bruders, der ab 1735 auf Geheiß des preußischen Königs Friedrich Wilhelm I. das Militärwaisenhaus in Potsdam nach Franckeschen Lehrsätzen leitete.

Das Vorbild Franckes und des namhaften Onkels war im Stargarder Haus allgegenwärtig. Vater Hecker gründete 1759 in Stargard mit den Mitteln einer Stiftung, die Karl Friedrich Vangerow, ein Krieger- und Domänenrat, hinterlassen hatte, die „Vangerowsche Realschule“. Sie existierte in Stargard bis 1812 und wurde mit dem 1631 von Peter Gröning begründeten

„Gröningschen Kollegium“ und der „Stargarder Ratsschule“ vereinigt. Das neue Bildungsinstitut erhielt den Namen „Gröningsches Gymnasium“.

Legendäres Gymnasium

Sohn Gotthilf Samuel absolvierte zunächst in der Obhut seines Vaters die „Vangerowsche Realschule“ und anschließend das „Gröningsche Kollegium“. Es folgte das Theologiestudium in Halle unter namhaften Pietisten wie Gottlieb Anastasius Freylinghausen. Nach seiner Heimkehr nach Stargard bekam Gotthilf Samuel Hecker 1774 an der „Vangerowschen Realschule“ eine Anstellung als Lehrer. Auch er lehrte nun im Sinne Franckes und übernahm Methoden des Onkels, der allerdings 1768 verstorben war.

Hecker wurde 1780 nach Berlin berufen, lehrte dort am Pädagogium und übernahm nach 1784 in Stargard die Leitung der Realschule. Rektor Hecker lehrte außerdem am „Gröningschen Kollegium“ und fungierte nebenbei als Pfarrer an der Stargarder Haftanstalt. Dazu verfasste der rührige Schulmann Heimatliteratur über den Schulstifter Vangerow und die Entwicklung der von ihm gestifteten Realschule. Im Alter von 72 Jahren starb Hecker am 9. Mai 1825 in seiner pommerischen Heimatstadt. *Martin Stolzenau*



Die berühmte Bildungsstätte in Stargard: Das Gröningsche Kolleg

● MELDUNGEN

Brücken, „Stromer“ und „Vor 80 Jahren“

Stettin – 17. Mai war die „Europäische Nacht der Museen“ in Stettin. Man erfuhr im Schloss mehr zu Sidonia von Borcke (1548–1620), in der Philharmonie waren Fotos des Berliners Helmut Newton (1920–2004) zu sehen und im Technik-Museum lief der Film „Das Stoewer-Imperium“. *TS*

Wolgast – Nachdem bis Ende 2028 die alte Peene-Querung bei Wolgast durch eine Hochbrücke erneuert werden muss, ist nun auch ein Ersatz für die Südanbindung Usedom notwendig. Die Kosten für den Neubau der Zecheiner Brücke werden auf rund 125 Millionen Euro geschätzt. *TS*

Swinemünde – Seit dem 15. April verkehren Busse (von PKS) zwischen dem Flughafen Stettin-Gollnow und den Seebädern Misdroy und Swinemünde – hier sind die Haltestellen am Hafen, an der Strandpromenade sowie an der Bahnhofstunde der Usedomer Bäderbahn (UBB). *TS*

Greifswald – Der Bootsbauer „Hanse-Yachts“ will 200 von 800 Arbeitsstellen abbauen. 2024 hatten 500 Segel- und Motorschiffe die Werft des börsennotierten Unternehmens verlassen und sorgten so für das erfolgreichste Jahr des weltweit zweitgrößten Serienherstellers von Segelbooten. *TS*

Gartz – Im Bach-Jahr 2025 finden ab 24. Mai insgesamt 13 Konzerte im Rahmen des „Orgelfrühlings“ in der St. Stephanskirche statt. Obgleich die Stettiner Grüneberg-Orgel in den letzten Kriegstagen 1945 verbrannte, verfügt die Kirche heute über eine neue Orgel von Ulrich Fahlberg. *TS*

Bütow – Am 16. Mai fand der 6. „Marsch nach Bütow“ statt. Er erinnert an eine Initiative von Bernard Werra, Jan Styp-Rekowski und Anton Schröder im Jahr 1920. Hunderte Karschuben aus Bernsdorf und Damesdorf sprachen sich damals gegenüber der Internationalen Grenzkommision für Polen aus. *TS*

Putbus – Am 14. Mai luden die Kulturstiftung Rügen und der Rotary Club Rügen zu einer Lesung unter dem Titel „Die Bismarcks im Spannungsfeld von Krieg und Frieden – ein Plädoyer für eine Diplomatie des Friedens“ mit Achim Engelberg und Werner Westphal (Universität Stettin) ein. *TS*

Stralsund – Auf dem Strelasund ist ein grüner „Stromer“ unterwegs. Fast lautlos gleitet das neue, umweltfreundliche Ausflugsschiff der Darsser Reederei Poschke mit etwa sieben Knoten über das ruhige Wasser des Strelasunds. Schon der grüne Anstrich zeigt, worum es geht – das Schiff fährt komplett CO₂-neutral. Immer mehr Leute sagen einfach: „Wir wollen mit dem grünen Ding da fahren.“ Gebaut wurde das Schiff bereits 1998. Damals fuhr es noch als Fähre auf der Warnow in Rostock. *BS*

Vor 80 Jahren – Stettin. Die deutsche Stadtverwaltung nahm am 13. Mai die Verteilung von Lebensmitteln auf. Am 14. Mai öffnete das erste Kinderheim. Deutsche sollten sich bei der russischen Kommandantur in der Friedebornstraße 15 registrieren, Kommunisten wurden verhaftet. Plünderungen und Vergewaltigungen waren an der Tagesordnung. *TS*

„Vertreibung der Ostdeutschen aus der Geschichte“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Dass Sie meinem
Lieblingsschriftsteller
so viel Raum gegeben
haben, ehrt sie.
Diesen Beitrag über
Christoph Hein werde
ich gut verwahren“

Valentin Westerhoff, Berlin
zum Thema: Chronist eines
Untergangs (Nr. 18)



Ausgabe Nr. 19

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der
Verfasser wieder, die sich nicht mit der
Redaktion decken muss. Von den
an uns gerichteten Briefen können wir
nicht alle, und viele nur in Auszügen,
veröffentlichen. Alle abgedruckten
Leserbriefe werden auch ins Internet
gestellt.

**WAS SOLL DIE KRITIK AN MERZ?
ZU: EIN FEHLSTART ALS WARNUNG
AN DIE ETABLIERTEN PARTEIEN
(NR. 19)**

Der beschriebene Fehlstart ist mir etwas
unverständlich: Jede Regierung sollte in
den ersten 100 Tagen Gelegenheit haben,
zunächst frei zu agieren. Das war für die
Regierung Merz keineswegs der Fall.
Schon der Beginn seiner Kanzlerschaft
war dafür ein Beispiel.

Wenn einer seine Meinung neueren
Entwicklungen anpasst, ist das kein „Um-
fallen“. Das aber wurde Merz immer wie-
der zum Verhängnis. Insbesondere Wahl-
verlierer haben sich mit der Kritik hervor-
getan. Offenbar sieht das Ausland Merz
weitgehend zielführender. Bei uns gilt er
nur als Prophet im eigenen Land.

Es war auch die Klage zu hören, das
Verhältnis der Minister entspreche nicht
dem Gewicht unserer Landesregierungen.
Wenn man jede Quote, also Frauen, Bil-
dungsstand, Osten, Bundesland und viel-
leicht auch Migration und Berufsvertei-
lung berücksichtigen würde, wäre eine
fachbezogene Erfahrung neuer Minister
kaum zu erwarten. Das aber war gerade in
der neuen Regierung ein weitgehendes
Novum.

Was soll also diese Kritik?

Dr. Dr. Hans-Joachim Kucharski, Mülheim

**IDEOLOGISCHE SACKGASSE
ZU: AUF DEN LEHRER KOMMT
ES AN (NR. 19)**

Die angesprochene Bildungsdebatte wird
in Deutschland schon (gefühl) ewig ge-
führt. Mittlerweile hat das ideologische
Auswüchse erreicht, die mit dem norma-
len Menschenverstand kaum noch zu be-
greifen sind und wohl nur noch den Zweck
haben, die Menschen zu verblöden.

Im Sozialismus wurde es mit dem
Einrichten des Marxismus/Leninismus
versucht – inzwischen sind es Gemenge-
lagen zwischen grün-woken Phantasterei-
en und linken Gesellschaftsmodellen.
Dass damit das eigentliche Ziel, der bil-

dings- und erziehungsnötige junge
Mensch, verbogen (gar verblödet) wird,
das interessiert leider die Initiatoren die-
ses Versündigens an der jungen Genera-
tion nicht.

Da ich fast vierzig Jahre lang an sehr
unterschiedlichen Bildungseinrichtungen
dieses Landes als Lehrkraft tätig war, weiß
ich, dass Unterricht mehr ist, als nur als
„Lernbegleiter“ tätig zu sein – wie das
auch im PAZ-Artikel deutlich wurde.

Aber leider stimmt eben auch das im
Artikel genannte Zitat – so schlimme Fol-
gen es auch haben wird: „Bekanntlich
geht man hierzulande jede ideologische
Sackgasse bis zum Ende.“

Manfred Kristen, Freital

**LINKS-GRÜNE KANZELSPRÜCHE
ZU: DIE NEUEN LEIDEN DER
KONSERVATIVEN (NR. 18) UND:
AUF KONFRONTATIONSKURS
(NR. 18)**

Herzlichen Dank an die Redaktion für bei-
de Artikel. Der Hinweis der Bundestags-
präsidentin auf die links-grüne Ausrich-
tung der Kirchen hat mir bewusst ge-
macht, dass ich mit meiner Kirchensteuer
diese „NGOs“ unterstütze. Das werde ich
umgehend ändern.

Die Äußerung des evangelischen Bi-
schofs Friedrich Kramer, „die Totschläger
der 90er Jahre ... sitzen in den Büros der
AfD“, ist unglaublich und müsste eigent-
lich – nach den Erfahrungen aus der
jüngsten Ampel-Gesetzgebung – den
Staatsanwalt beschäftigen. Oder?

Gereon Backmann, Neuburg

**NOTE: SEHR GUT?
ZU: DAS GEPLANTE KLEIN-KLEIN
DER KOALITION WIRD NICHT
REICHEN (NR. 18)**

Bei allem, was die neue Bundesregierung
verlautbaren ließ, ist eines klar: Einen
Politikwechsel wird es mit ihr definitiv
nicht geben. Deutschland ist bereits ab-
gestürzt. Nur könnte der Aufprall noch

etwas gedämpft werden. Aber nicht mit
dieser Bundesregierung.

International ist man bereits zu der
Erkenntnis gelangt, dass mit dem Thema
Klimawandel nicht mehr so große Ge-
schäfte zu machen sind. Die neue Regie-
rung scheint dies noch nicht mitbekom-
men zu haben und hält stoisch an ihren
Klimazielen fest. So will sie allen Öl- und
Gasheizungen innerhalb weniger Jahre
den Garaus machen und Verbrennerautos
nicht mehr produzieren lassen.

Iona Dubalski-Westhof, Radevormwald

**AMPUTIERTE IDENTITÄT
ZU: DIMENSIONEN EINES HISTORI-
SCHEN VERLUSTS (NR. 18)**

In dem PAZ-Beitrag erfasst Klaus Weigelt
die Ungeheuerlichkeit, den Zivilisations-
bruch, das zweite Menschheitsverbrechen
des 20. Jahrhunderts: die Annexion Ost-
deutschlands, die Vertreibung der Ost-
deutschen aus ihrer Heimat und die Er-
mordung von mindestens 3,5 Millionen
Menschen; man nennt dieses Ereignis
auch einen Genozid.

Der Autor geht nicht im Einzelnen auf
diese grauenvolle und unsägliche Wirk-
lichkeit ein, weil unsere Sprache heute das
Leid und die Verzweiflung der Frauen, der
Mädchen, der Kinder und der Alten nicht
mehr vermitteln kann. Die junge Genera-
tion weigert sich, das historische Gesche-
hen kennenzulernen, zu erfassen und
nachzuempfinden. Dieser geistige Zu-
stand, dieser Verlust an menschlichem
Mitleid und die Unfähigkeit am „Mitlei-
den“ am Schicksal des Nächsten hängt
wahrscheinlich mit dem Verlust histori-
scher Bildung zusammen, der den Zeitge-
nossen im Hinblick auf das Schicksal sei-
ner Landsleute und seines Volkes ab-
stumpft und versteinert. Unser Land ver-
liert nicht nur seine Vergangenheit, son-
dern auch seine Zukunft, er mutiert zu
einer wesenlosen, ideologischen, künstli-
chen Existenz, einem menschlichen
Scheinwesen.

Der Text von gewinnt mit dem Hin-
weis auf die gegensätzlichen politischen

und rechtlichen Positionen: „Einheit der
deutschen Nation/Grenzen von 1937“ be-
ziehungsweise „Einheit des deutschen
Volkes“, das heißt die Position der Alliierten
von 1945, der Westmächte und vor
allem der SU, eine grundsätzliche Bedeu-
tung für das deutsche Volk im Hinblick
auf seine Geschichte seit seinen Anfängen
im 8. Jahrhundert und auf seine Zukunft
in Europa und in der Welt.

Der 2017 verstorbene Historiker Hans-
Peter Schwarz hat in diesem Zusammen-
hang von „Geschichtsvergessenheit“ ge-
sprochen, das heißt, dass die so viel ge-
priesene deutsche Demokratie im Hin-
blick auf die von den vormaligen Kriegs-
gegnern des deutschen Volkes seit 1945
durchgesetzte „Identitäts- und Kulturam-
putation“ des deutschen Volkes „weder
wirklich zur Kenntnis genommen noch
politisch hinreichend diskutiert und ver-
arbeitet hat“.

Seit 1948/49 beziehungsweise 1969 ist
das Schicksal Ostdeutschlands in den
Schulen und Universitäten bewusst auf
dem Hintergrund politischer Entschei-
dungen der Verantwortlichen im Bund
und in den Ländern dem Vergessen über-
antwortet worden.

Das Volk kennt sein Ostdeutschland
nicht mehr. So spricht man vom „neuen
Ostdeutschland“ im historischen Mittel-
deutschland, und in dem deutsch-polni-
schen Geschichtsbuch „Europa – Unsere
Geschichte“ in vier Bänden wird versucht,
eine neue deutsche Geschichte seit dem
Mittelalter ohne die ostdeutsche Ge-
schichte im heutigen Deutschland durch-
zusetzen. Im Grunde ist es eine zweite
Vertreibung der Ostdeutschen, jetzt aus
ihrer Geschichte.

PAZ-Autor Weigelt hat recht, wenn er
feststellt: „Die deutsche Identität findet
erkennbar und auf Dauer nur noch „am-
putiert“ statt. Ob das für die Zukunft
reicht, ist mehr als fraglich. Dem deut-
schen Volk fehlt heute der Buchhändler
Johann Philipp Palm aus Nürnberg mit
seiner Schrift: „Deutschland in seiner tie-
fen Erniedrigung“ aus dem Jahr 1806. Er
wurde von den Franzosen erschossen.

Klaus Fleischmann, Kaarst

ANZEIGE

NGOs: Das größte Geheimdienstprojekt aller Zeiten!

■ Die Motive der NGOs klingen philanthropisch und edel. Viele motivierte Davids
engagieren sich gegen übermächtige und böse Goliaths, um die Welt zu verbessern.
Doch die Wirklichkeit sieht oft ganz anders aus.

William Engdahl enthüllt die wahre Geschich-
te der scheindemokratischen NGOs. Es ist die
Chronik einer der destruktivsten und effektivsten
Operationen, die je von einem Geheimdienst ins
Leben gerufen wurde.

**Das zerstörerische Werk dieser NGOs:
Sie versprechen Frieden, Menschenrechte und
Demokratie – was sie bringen, ist Krieg,
Gewalt und Terror!**

William Engdahl zeigt, wer wirklich hinter den
NGOs steckt, wer sie finanziert und steuert. Er
deckt auf, welche Rolle sie in der Geostrategie
der USA spielen und mit welcher perfiden Me-

thoden sie arbeiten. Er macht vor allem deut-
lich, in welchem Maße sie die neuere Geschich-
te beeinflusst haben. Denn ob Ukraine-Konflikt,
Arabischer Frühling, Syrien-Krieg oder Flücht-
lingskrise: **Die NGOs waren – und sind – an
allen wichtigen geopolitischen Entwicklungen
maßgeblich beteiligt!**

»Vieles von dem, was wir heute tun,
wurde vor 25 Jahren verdeckt
von der CIA erledigt.«

Allen Weinstein, Mitverfasser der Gründungsakte
der NGO National Endowment for Democracy



F. William Engdahl: Geheimakte NGOs • gebunden • 268 Seiten • zahlreiche Abbildungen • Best.-Nr. 964 400

www.kopp-verlag.de

SCHORFHEIDE

Ein unzeitgemäßer Findling

Ein mächtiger Steinblock erinnerte an Hermann Görings Anwesen Carinhall in Brandenburg – Doch irgendwann war er verschwunden

VON WOLFGANG REITH

Zwischen 1933 und 1945 lag auf einer Landzunge zwischen dem Großen Döllnsee und dem Wuckersee in der Schorfheide das wohl wichtigste Repräsentationszentrum der NS-Machthaber, nämlich das Landhaus „Carinhall“ des zweiten Mannes des Dritten Reiches, Hermann Göring, der das Anwesen nach seiner 1931 verstorbenen, aus Schweden stammenden Ehefrau Carin von Kantzow benannte.

Doch wo früher Staatsgäste aus aller Welt ein- und ausgingen, erinnert heute nahezu nichts mehr an den einstigen Glanz, denn als sich am 28. April 1945 ein Vorauskommando der Roten Armee von Osten her dem Anwesen näherte, wurde es gesprengt. Von 1946 bis zum Beginn der 1950er Jahre beseitigte man den größten Teil der Trümmerreste. Die DDR-Regierung ließ später die Ruinen vollständig abtragen und beseitigen und das Gelände neu aufforsten, da fortan nichts mehr von dem Ort zu sehen sein sollte. Erst 1959 waren die Spuren weitgehend beseitigt.

Heute erinnern neben kümmerlichen Überresten im Wald nur noch zwei 1942 erbaute und mit den Insignien Görings (zwei gekreuzte Marschallstäbe) verzierte Torwärterhäuschen, die am Beginn einer neu angelegten Zufahrt in Ost-West-Richtung standen, sowie die ein Jahr später errichteten dazugehörigen Wohnbauten für die Wachen, in denen jetzt Forstbedienstete untergebracht sind, an die Vergangenheit dieses für zwölf Jahre so geschichtsträchtigen Ortes. Auf dem ehemaligen Vorplatz des Hauptgebäudes wurde im November 1993 ein Findling mit der Aufschrift „Karinhall“ aufgestellt, den man zu Beginn des Jahres 2005 gegen einen solchen mit der korrekten Schreibweise „Carinhall“ austauschte.

Im April 2007 ließ die Forstbehörde ihn jedoch entfernen, ebenso wurde die Inschrift „Carinhall“ auf den steinernen Wegweisern getilgt. Der Findling aber fand 2008 im Park des Jagdschlusses Groß Schönebeck, das einst von Kaiser Wilhelm II. genutzt wurde, einen neuen Standort. Seit 2009 bildet er dort einen Bestandteil der Ausstellung „Jagd und Macht“ des Schorfheide-Museums, das im Schloss und in der einstigen Remise (heute Museumsscheune) untergebracht



Mächtiger Findling in der Schorfheide: 2005 ersetzte man die falsche Schreibweise – aus „Karin-“ wurde „Carinhall“ Bild: Reith

ist und über die Bedeutung der Schorfheide als Jagdgebiet preußischer Könige und deutscher Kaiser sowie der braunen (Göring) und schließlich der roten (Honecker) Machthaber informiert. Hier existiert auch ein maßstabgetreues Modell von Carinhall, anhand dessen man nachempfinden kann, wie das Anwesen des letzten preußischen Ministerpräsidenten und einzigen Reichsmarschalls des NS-Staats aussah – dort, wo heute fast alles wieder so urwüchsig wirkt wie vor 1933.

Irrtümliche Finanzierung

Bei einer Fahrt an den historischen Ort im Jahre 2007 war der Findling allerdings nicht auffindbar. Ein tiefes Loch ließ erkennen, dass ihn jemand ausgegraben hatte. Entweder waren hier Souvenirjäger am Werk gewesen oder aber Leute, die jegliche Erinnerung an die Stätte von einst auslöschen wollten. Tatsächlich hatten sich nach den politischen Umbrüchen von 1990 immer wieder „Schatzgräber“ aufgemacht, die im Wald nach Überresten und Hinterlassenschaften des einstigen

Anwesens suchten und auch gelegentlich fündig wurden.

Andererseits war unübersehbar, dass versucht worden war, auf einem Wegweiser im Wald den Hinweis „Carinhall 1,2 km“ zu entfernen, was aber nicht ganz gelang, denn er war immer noch schwach erkennbar. Gleichwohl spricht der Volksmund bis heute von der Zufahrt zu der einstigen Anlage als „Karinhaller Straße“, wie lange Zeit sogar die fälschlicherweise mit „K“ geschriebenen Schilder verkündeten, die man nach 2003 durch die Bezeichnung „Wucker“ ersetzte.

Von der „Wirtschafts- und Tourismusentwicklungsgesellschaft“ in Eberswalde kam die Antwort, der Findling sei auf Anordnung des Arbeits- und Sozialministeriums des Landes Brandenburg entfernt worden. Ebenso habe man die steinernen Wegweiser mit der Aufschrift „Carinhall“ übermalt und durch die Angabe „OT Wucker“ ersetzt. Der Ortsteil Wucker, zu dem auch die von Görings Landsitz stehengebliebenen Torwärterhäuschen gehören, hatte bis zur Eingemeindung nach

Templin im Jahre 2003 Carinhall geheiß. Die Maßnahmen seien zuvor „mit Mitteln der Arbeitsförderung geschaffen worden, die nicht antragskonform eingesetzt wurden“.

Tatsächlich war 2002 vom „Regionalverband Schorfheide/Uckermark der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald“ ein aus Landesmitteln gefördertes Projekt „Steine weisen den Weg“ gegründet worden, mit dem „eine von der Bundesagentur für Arbeit in Eberswalde (Barnim) bewilligte Struktur Anpassungsmaßnahme“ vorgenommen werden sollte. Die Mittel, die man dafür bereitstellte, beliefen sich auf 18.640 Euro. Als Beispiel war seinerzeit die Instandsetzung eines Gedenksteins von Kaiser Wilhelm II. genannt worden. Die Förderung der auf das Anwesen Görings verweisenden Wegmarkierungen, so bedauerte die damalige Sozialministerin Dagmar Ziegler, sei jedoch „nicht im Landesinteresse“, und die Finanzierung sei „irrtümlich erfolgt“.

Ausgelöst worden war die Debatte durch eine parlamentarische Anfrage der

PDS (heute Die Linke), die dagegen protestiert hatte, dass überhaupt auf „Carinhall“ hingewiesen wurde, und die am liebsten gesehen hätte, wenn auch noch die letzten verbliebenen Spuren aus jener Zeit entfernt worden wären. Als im Jahr darauf der Findling im Park des Jagdschlusses Groß Schönebeck aufgestellt wurde, brachte man daneben eine Tafel an, die den schlichten Text enthielt: „Dieser Stein stand von 2000 bis 2007 als Hinweis an der ehemaligen Anlage Carinhall.“

Schon ein Jahr später jedoch wurde diese Tafel durch eine neue ersetzt, die den „politisch korrekten“ Wortlaut trug: „Stein des Anstoßes“ – Dieser Stein stand von 2000 bis 2006 als geografischer Hinweis am ehemaligen Standort Carinhall. Er wird Bestandteil der Ausstellung „Jagd und Macht“ sein, die sich ab Mai 2009 unter anderem kritisch mit der NS-Zeit und der Rolle Carinhalls auseinandersetzt. Gemeinde Schorfheide – Der Bürgermeister.“

Irgendwann im Lauf des Jahres 2015 stellte jemand in Privatinitiative einen neuen Stein mit der Aufschrift „Carinhall“ am alten Platz auf, doch war davon nach weniger als einem Jahr kaum mehr etwas zu erkennen. Einerseits hatte sich auf dem Findling ein Belag von Flechten und Moos gebildet, zudem waren aber auch die Buchstaben wohl in kürzester Zeit einer solchen Verwitterung ausgesetzt gewesen, dass sie nicht mehr im Geringsten hervorsahen – es sei denn, sie waren bereits vorher „aus politisch motivierten Gründen“ entfernt, also verwischt oder zerkratzt worden.

Im März 2017 errichtete man an besagtem Ort eine Informationstafel, für die sich engagierte Bürger bei der brandenburgischen Landesregierung eingesetzt hatten und die anschaulich in Text, Graphiken und Bildern die Geschichte des Anwesens erzählt.

Dem Besucher, der im Sommer 2019 in der Region war, fiel im Jagdschloss Groß Schönebeck sofort auf, dass der Findling im Park fehlte. Man erfuhr dann, dass er sich seit Dezember 2018 als Ergänzung der Informationstafel wieder an seinem früheren Ort befinde. Nähere Erläuterungen gab es nicht, und auch die Medien haben bisher dazu geschwiegen. Vermutlich sollen nicht erneut „schlafende Hunde geweckt“ werden.

KULTURSOMMER

So klingt der Schwarzwald

Festivalreigen im südwestlichen Teil der Republik – Musik von Klassik bis HipHop soll die Feriengäste unterhalten

Das „Schwarzwald Musikfestival“ präsentiert vom 23. Mai bis 9. Juni ein facettenreiches Programm mit Konzerten von Klassik über Jazz bis Pop und Rock – und bringt unter der künstlerischen Leitung von Mark Mast den ganzen Schwarzwald zum Klingen. Bei den drei Eröffnungskonzerten in Freudenstadt, Rottweil und Bad Wildbad unter dem Motto „Carmina meets Spark“ trifft Carl Orffs Meisterwerk „Carmina Burana“ auf die moderne Virtuosität der Band Spark.

Weitere Tipps: Mongolische und bulgarische Einflüsse prägen die Musik von „Violons Barbares“ am 29. Mai in Oberndorf; einen energiegeladenen Mix aus verspielten New Orleans Grooves, Disco-Hits sowie internationalen Evergreens bringt die Marching Band „Brass2Go“ am 1. Juni nach Baiersbrunn; mit ihrem Programm „Fields of Gold“ verbindet das re-

nommierte Vokalensemble „Singer Pur“ am 3. Juni in Ettlingen die Songs des legendären Sting mit der Vielfalt der Vokalmusik; Jazz- und Gospelklassiker erklingen im Zusammenspiel von Sängerin Chanda Rule und Pianist Benjamin Schatz am 4. Juni in Freudenstadt (www.schwarzwald-musikfestival.de).

„Lebendig, klar und wunderbar“ – unter diesem Motto findet vom 4. bis 6. Juli in Emmendingen das „Chorfest Baden“ statt, zu dem mehr als 2000 Sänger und rund 10.000 Besucher erwartet werden. Es singen Chöre aus Deutschland, Frankreich und der Schweiz. Höhepunkt beim Chorfest der Evangelischen Landeskirche in Baden wird die Uraufführung eines Oratoriums zum Leben und Wirken des aus der Nähe von Colmar im Elsass stammenden „Urwalddoktors“ Albert Schweizer sein, das Kirchenmusikdirektor Trau-

gott Fünfgeld anlässlich des 150. Geburtstages des Theologen und Arztes komponiert hat. Singen wird ein internationaler Projektchor mit Laiensängern aus Baden, dem Elsass und der Schweiz.

Albert Schweizer zum 150.

Der Friedensnobelpreisträger hatte ohnehin eine besondere Beziehung zum Schwarzwald – denn Königfeld am Oststrand der Ferienregion wurde Schweitzers zweite Heimat. In dieser heilklimatischen Schwarzwald-Gemeinde baute er 1923 für Ehefrau Helene und Tochter Rhena ein Haus nach seinen Vorstellungen, in dem er sich von seiner strapaziösen Tätigkeit während der zahlreichen Aufenthalte im tropischen Lambaréné im damaligen Französisch-Äquatorialafrika erholte.

Das weitere Programm umfasst unter anderem einen Auftritt des SWR-Vokal-

ensembles, eine große Chornacht, einen Festgottesdienst mit Landesbischöfin Heike Springhart, unterschiedliche Workshops, Angebote für Kinder und zahlreiche Auftritte von Chören und Bläsern (www.chorfest-baden.de und www.albertschweitzer-haus.de).

Der fünfte „Kultursommer“ im Nord-schwarzwald lädt vom 17. Juli bis 17. August zu einer facettenreichen Reise durch Kunst und Kultur ein. Ein breit gefächertes Programm mit mehr als 100 Veranstaltungen erwartet Besucher in den Kreisen Freudenstadt, Calw, dem Enzkreis sowie in der Stadt Pforzheim. Zu den musikalischen Höhepunkten mit Klassik-Schwerpunkt zählen das Belcanto Opera Festival Rossini in Wildbad, die Maulbronner Klosterkonzerte und die Alpirsbacher Kreuzgangkonzerte, allesamt in sehenswerter Kulisse. HipHop- und Indie-

Sounds prägen das „Happiness-Festival“ in Straubenhardt, für strahlende Momente sorgt neben dem Calwer Klostersommer sicherlich auch das Lichterfest in Bad Liebenzell.

Der „Gerbersauer Lesesommer“ in Calw lässt Erinnerungen an den Literaturnobelpreisträger Hermann Hesse wach werden, die Burgruine Löffelstolz in Mühlacker und das Schloss Neuenbürg werden zur Freilichtkulisse. Offene Ateliers sowie das Kurgartenprogramm in Freudenstadt oder das Internationale Straßentheater-Festival in Pforzheim bereichern das Angebot. Eine besondere und neu erweiterte Attraktion bildet die Kultur-Tour auf dem Enztalradweg, bei der die kulturelle Vielfalt der Region auf zwei Rädern erlebbar wird (www.kultursommer.nordschwarzwald.de).

Schwarzwald Tourismus/H. Schnehagen

● FÜR SIE GELESEN

Etwas bleibt für immer

Alle drei Jahre wird der Ingeborg-Drewitz-Literaturpreis für Gefangene vergeben. 17 Autoren haben die Gelegenheit, in Erzählungen und Gedichten das Leben der Gefangenen im deutschen Strafvollzug zu schildern, beziehungsweise über ihr Leben zu reflektieren. Das Thema der Siegetexte des Wettbewerbs 2024 lautet „Schuld. Tinnitus der Seele“. Die prämierten Texte erzählen von Angst, Verzweiflung und Verantwortung der Insassen. Einige blicken auf eine erfolgreiche Schullaufbahn zurück, sie hatten einen Beruf, gründeten Familien, doch dann geschah etwas Unvorhergesehenes, ein Moment, das ihr Leben und das ihrer Opfer für immer verändern sollte.

Die Täter leiden, bereuen, haben ihre Einstellungen hinter Gittern zum Teil komplett geändert – doch all das befreit sie nicht von ihrer Schuld, die sie auf sich geladen haben. Es sind traurige Geschichten. Allein das Schreiben stellt eine Befreiung für die Gefangenen dar. **MRK**



Maximilian Pollux (Schirmherr): „Schuld. Tinnitus der Seele“, Rhein-Mosel-Verlag, Bullay/Mosel 2025, kartoniert, 160 Seiten, 12 Euro



BILD: SHUTTERSTOCK

REISEFÜHRER DER WOCHE

Savoir vivre

Ob Natur an Küsten und Flüssen, Kultur in zahlreichen Städten oder Kulinarisches in Paris, an der Loire oder andernorts – Frankreich hält für jeden etwas bereit

Wie Gott in Frankreich kann sich leicht fühlen, wer sich auf Entdeckungsreise in dem Land mit den vielfältigen Landschaften und interessanten historischen Orten begibt. Ein hilfreicher Begleiter dabei ist der neue Band aus der Reihe „lonely planets: Entdecke Frankreich“. In aufgelockerter Form erhält der Leser für seine Urlaubsvorbereitung unzählige Tipps nicht nur für die wichtigsten Sehenswürdigkeiten, sondern auch nach Jahreszei-

ten unterteilt Hinweise zu traditionellen Feiertagen und Bräuchen. Thematische Unterteilungen, die durch farbige Reiter am Seitenschnitt markiert sind, sowie zahlreiche Fotos und Kartenausschnitte helfen bei der leichten Orientierung.

Im Buchdeckel befindet sich eine herausnehmbare Landkarte mit Ortsverzeichnis und einer Karte mit dem Wichtigsten einer jeden Region auf der Rückseite. **MRK**



lonely planet: „Entdecke Frankreich. Ab ins Abenteuer“, MairDumont Verlag, Ostfildern 2025, broschiert, 258 Seiten, 19,95 Euro

AGRARINDUSTRIE

Gewinnmaximierung statt Rücksichtnahme

Die auf Agrarpolitik spezialisierten Journalisten Bartholomäus Grill und Dirk Böttcher warnen auf unterschiedliche Weise vor den Folgen eines unsachgemäßen Umgangs mit unseren Lebensgrundlagen

VON DIRK KLOSE

Welch ein selbstmörderischer Raubbau wird an Grund und Boden betrieben, denkt man nach diesen ebenso anregenden wie alarmierenden Büchern. Der Autor von „Bauernsterben. Wie die globale Agrarindustrie unsere Lebensgrundlagen zerstört“, Bartholomäus Grill, hat als Redakteur der Wochenzeitung „Zeit“ für Agrarfragen die halbe Welt bereist. In bitteren Worten geißelt er die heute in aller Welt forcierte Agrarpolitik, die zu höchst störanfälligen Monokulturen führe, bei einer einzig auf eine Gewinnmaximierung fixierten Ernährungsindustrie.

Grill war lange Korrespondent in Afrika und bringt von dort ebenso bedrückende Beispiele, wie durch Dürren und Wassermangel die Ernährungsgrundlagen immer prekärer werden, als auch Beispiele aus Lateinamerika, wo durch rigorose Abholzung der tropischen Regenwälder zugunsten von Anbauflächen etwa für Soja dramatische Klimaveränderungen zu erwarten sind. Wo immer mehr Landflächen für den Anbau von Viehfutter und für industrielle Rohstoffe umgewandelt werden, wird die Ernährung für die Menschen zwangsläufig unsicher.

Grills dramatisches Fazit lautet: „Um die verheerenden Kollateralschäden schnellstmöglich einzudämmen, brauchen wir bei Strafe des Untergangs eine radikale ökonomische, ökologische und soziale Transformation des weltweiten Landwirtschafts- und Ernährungssystems“.

Wunderwelt in nur 30 Zentimeter dicker Humusschicht

Die Humusschicht, auf der und von der wir leben, ist oft kaum mehr als 30 Zentimeter dick, aber in sich eine Wunderwelt ohnegleichen. Ihr widmet der Agrarjournalist Dirk Böttcher sein Buch „Das verkaufte Land. Bauern, Böden und Kapital“, das man mit wachsendem Staunen liest.

Nach deutlicher Kritik an Bodenspekulanten und Agroindustrie geht er auf den Boden ein als „eines der letzten Mysterien dieses Planeten“: In einer Handvoll Erde leben mehr Lebewesen als die Erde je Menschen trug. Mit sichtlichem Vergnügen zählt er einige dieser winzigen Organismen auf: Nematoden, Pseudoskorpione, Pilze, Saftkugler, Schnurfüßer, Springschwänze, Steinkriecher oder Rädertierchen – vermutlich nur ein Bruchteil dessen, was es gibt. Humus unten ermöglicht Leben oben („was oben wächst, wird unten entschieden“).

Heute, so der Autor, bestehe vielerorts die Gefahr, durch unsachgemäße Düngung, durch den Boden erstickende Abfalllagerung, aber auch durch Erosion oder Abschwemmungen ins Meer, die Böden abzutöten oder ganz zu verlieren. Nötig sei ein neues Bodenbewusstsein, „die Erkenntnis, dass wir es mit einem lebenden Organismus zu tun haben.“ Ob die Menschheit je dahin kommt?

Vermutlich werden noch viel drastischere Klima- und Umweltkatastrophen nötig sein, um erst ein Umdenken zu erreichen.



Bartholomäus Grill: „Bauernsterben. Wie die globale Agrarindustrie unsere Lebensgrundlagen zerstört“, Siedler Verlag, München 2023, gebunden, 236 Seiten, 24 Euro



Dirk Böttcher: „Das verkaufte Land. Bauern, Böden und Kapital“, brand eins books, Hamburg 2024, gebunden, 128 Seiten, 20 Euro

AFRIKA

Ein „Afrofluencer“ klärt Deutsche auf

Steve Hiobi beleuchtet die Länder des zweitgrößten Kontinent der Erde und räumt mit Vorurteilen gegenüber Afrikanern auf

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Unser Wissen über Afrika, den zweitgrößten Kontinent der Erde mit 54 souveränen Staaten und 1,5 Milliarden Einwohnern, ist gering und durch Vorurteile geprägt. Der 1986 geborene deutsch-kamerunische Influencer Steve Hiobi erklärt, Letztere seien einem tief verwurzelten Eurozentrismus geschuldet, der einst als Werkzeug kolonialistischer Propaganda diente und bis heute nachwirkt.

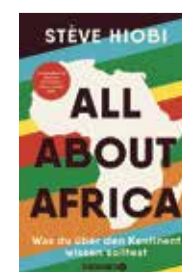
Mit seinen Aktivitäten auf Instagram und TikTok hat Hiobi als „Afrofluencer“ dazu beigetragen, in Deutschland ein wachsendes Interesse an der Vielfalt Afrikas zu wecken. In seinem kurzweiligen und aufschlussreichen Erstlingswerk „All about Africa. Was du über den Kontinent wissen solltest“ teilt er mit dem Grimme-Online-Award ausgezeichnete Hiobi sein Wissen über Afrikas Wirtschaft, Geschichte, unterschiedliche Kulturen, Religionen und ethnische Gruppen mit seinen Lesern, indem er in lockerem Erzählstil über Themen zu jedem Land informiert.

Hiobi liegt viel daran, über Verallgemeinerungen aufzuklären, und er möchte negativen Konnotationen etwas entgegenzusetzen, die sich durch die Berichterstattung über die aktuellen, weit in die Vergangenheit zurückreichenden politischen Konflikte verfestigt haben. Desgleichen klärt er über den Ursprung des Ras-

simus auf. Dieser sei vor Jahrhunderten durch Sklaverei und Kolonialismus entstanden, wodurch unzähligen Afrikanern und ihren Nachfahren viel Leid durch Europäer und Araber zugefügt wurde.

Es gibt genügend zu erzählen über Afrika. Um nur einige Beispiele zu nennen: Timbuktu, das wohlhabende intellektuelle Zentrum des Mittelalters, Geschichte und Bedeutung des Franc CFA, Kampf um die Bodenschätze, die schicksalhafte Kongokonferenz 1884/85, die Königreiche West- und Zentralafrikas, die schwarzen Wurzeln der Countrymusik, Bürgerkrieg und Völkermord in Ruanda nach der kolonialen Unabhängigkeit, die afrikanische Union, der African National Congress (ANC) und die viele Geschichten über Persönlichkeiten sowie kulinarische und moderne kulturelle Besonderheiten.

Hiobi meint: „Deutschland hat seine koloniale Geschichte noch lange nicht aufgearbeitet.“ Mit zahlreichen Anmerkungen wird auf weiterführende Literatur zu diesem faszinierenden Spektrum an Fakten über Afrika hingewiesen.



Steve Hiobi: „All about Africa. Was du über den Kontinent wissen solltest“, Droemer Verlag, München 2024, Taschenbuch, 256 Seiten, 18 Euro

Deutscher Kanutag in Ostpreußen

1928 hinterließ der Osten des Reiches neben seiner Schönheit auch mit einer beeindruckenden Gastfreundschaft einen derart bleibenden Eindruck, dass den Paddlern aus allen Teilen Deutschlands am Ende der Abschied schwerfiel

VON JÜRGEN EHMANN

Wer hätte das gedacht, dass ausgerechnet der Kanu-Wassersport einmal im Osten Deutschlands auf große Begeisterung treffen würde? Denn Anfang des 20. Jahrhunderts standen vor allem Boxen, Ringen und das elegante Fechten sportlich im Vordergrund Ostpreußens.

Doch setzte sich gerade an den seichten Ostseeufern sowie den an Flüssen und Seen gelegenen Ortschaften neben dem Segeln zunehmend auch das Paddeln im Kanu durch, während der Rudersport weitestgehend eine elitäre Attitüde aufwies und primär in akademischen Kreisen ebenso beheimatet wie beliebt war. Aber eine Paddeltour im Kanu? Das konnten sich indes viele Leute leisten. das Vergnügen war problemlos zu praktizieren und machte darüber hinaus so richtig Spaß. Also hieß es immer öfter, alle Ostpreußen an die Paddel und volle Muskelkraft voraus.

So erfolgte am 7. Dezember 1913 in Hamburg auf Veranlassung des Hamburger Canoe-Clubs „Alsterbrüder“ von 1910 die Gründung des „Deutschen Kanu-Verbandes“. Hatten doch zuvor Hamburger Kaufleute die ersten Exemplare solche bisher unbekannt, außergewöhnlichen neuen Boote von Reisen aus Nordamerika mitgebracht. Auf der besagten Versammlung wurde eine Kommission zur Ausarbeitung der Satzung gewählt. Am 15. März 1914 fand dann ebenso in Hamburg im „Hotel zum Kronprinzen“ am Hauptbahnhof eine Versammlung statt. Der Vorstand bestand aus dem 1. Vorsitzenden Alfred Korn, einem Einzelpaddler aus Hamburg, dem 2. Vorsitzenden Calandrelli vom Berliner Kanuklub, dem 1. Schriftführer Hans Burghagen von den Alsterbrüdern 1910, dem 2. Schriftführer Hugo Borrmann aus Berlin, dem Schatzmeister Zenetti, auch ein Einzelpaddler, und dem Sportwart Brehm vom Uhlenhorster Hockeyklub aus Hamburg. Die 1. Internationale Kanu-Wettfahrt fand am 28. Juni 1914 dann auch auf der Außenalster der Hansestadt an der Elbe statt.

Verbandstreffen mit Spaßfaktor

Schon bis 1928 zählte der Kanu-Verband über 20.000 Mitglieder. Durch Vorschreiben des Schwimmkönnens seiner Mitglieder, Abhalten von Fahrkursen und Aufstellung gewisser Bekleidungsrichtlinien versuchte die Gemeinschaft zudem die Unfälle beim Paddeln einzudämmen. Daneben gab der Verband Fahrleitungen, anschauliche Wasserkarten und Stromführer heraus.

Vom 15. bis 21. Juli 1928 hielt der Deutsche Kanu-Verband den Deutschen Kanutag 1928 erstmals in Ostpreußen ab. Mit



Paddel erst in die Hand nehmen und dann geht's los: Die Frauen und Männer des Kanu-Clubs wollen beim Kanu-Tag in Ostpreußen eine interne Regatta paddeln
Bilder (4): Bildarchiv Ostpreußen

der Durchführung wurde der Kreis Masuren im D.K.V. beauftragt. Neben einer rein geschäftlichen Tagung in Elbing waren Zeltlager und Wanderfahrten durch ganz

Ostlandfahrt konnten sogar zwischen zwei Anfahrsmöglichkeiten entscheiden. Die erste Route führte vom Fernbahnhof Charlottenburg in bereitgestellten Son-

der Besichtigung der Danziger Altstadt und einem Besuch der Stadt Elbing führten die Kanuten von Elbing mit dem Motorboot „Oberland“ Richtung Osterode.



Mitglieder Kanu-Vereinigung Pillauken machen sich zu einer Ausfahrt bereit. Bevor es raus auf das Gewässer geht, müssen erst Kanu, Paddel und die gesamte Ausrüstung zur Sicherheit überprüft werden

Ostpreußen und besonders Masuren vorgehen. Der Spaß sollte keinesfalls zu kurz kommen. Die Teilnehmer dieser

derwagen über Marienburg mit Besichtigung der gewaltigen und beeindruckenden Schlossanlage nach Elbing. Die zweite führte hingegen von Swinemünde über Danzig nach Elbing.

Am 16. Juli fand eine kurze Festtagung des Deutschen Kanu-Verbandes mit Begrüßung durch den Vorsitzenden des Masurenkreises im Deutschen Kanu-Verband und Organisator des Kanutages, Franz Patzig, im Beisein aller Teilnehmer und der Behörden statt. Die am nächsten Tag durchgeführte gemeinsame Fahrt aller Teilnehmer und Wanderfahrer führte in Motorbooten durch den Oberländischen Kanal bis Osterode bzw. bis zum Zeltlagerplatz in Pillauken.

An der Veranstaltung nahmen auch über 40 rheinische Paddler mit ihren Faltbooten teil. Mit der Bahn ging es über Berlin nach Swinemünde und von dort mit dem modernen Motorschiff des Ostseedienstes vom Norddeutschen Lloyd „Hansestadt Danzig“ nach Zoppot. Nach

Ein Teilnehmer berichtet voller Freude und Enthusiasmus: „Seen, Flüsse, Kanäle wechseln ab und bald wird unser Motorboot mit uns auf den Wagen gesetzt und den Berg heraufgezogen. Wir passieren fünf solcher schiefer Ebenen oder Rollberge. Der Oberländer Kanal verbindet das Haff mit den 100 Meter höher liegenden Seen des Oberlandes. Gegen Abend holen uns Osteroder Kameraden und Einwohner in Motorbooten ab.“

Ostpreußisch perfekt organisiert

In Kiellinie fahren wir an der Stadt vorbei zur Pillaukenbucht des Drewenzsees. Die Zeltstadt war schon gegründet. Hamburger Jugend und Faltbootfahrer der Reichswehr empfingen uns freudig. Wohltuend wirkte die Ruhe im schnell aufgebauten ostpreußischen Zeltluftkurort. Die Osteroder Kameraden hatten alles gut organisiert, Zeitungen, Obst, Milch und Lebensmittel wurden bis ans Zelt gebracht. Es waren Stunden der Erholung fernab vom

lauten, quirligen Gewühl in der Stadt inmitten herrlicher, einsamer Natur ...!“

Wandertouren und Regatten

Und der begeisterte Paddler berichtet weiter: „Morgens wurden sportliche Begebenheiten und das Lagerleben gefilmt, nach dem Essen führen circa 150 Boote nach Osterode, wo eine geschlossene Aufahrt stattfand. Der Bürgermeister begrüßte uns aufs Beste und der Verbandsvorsitzende dankte für die ostpreußische Gastfreundschaft, die wir überall auf unserer Ostlandfahrt angetroffen haben. Im Anschluss fand eine Regatta statt, abends nach der Siegesfeier erfolgte die Rückfahrt und am Lagerfeuer saßen wir bei Gesang und Musikdarbietungen noch lange zusammen.“

Am nächsten Tag wurde eine Wanderfahrt zum Schillingsee gemacht. Am Abend gabs Abschiedsessen, Tanz und einen recht gemütlichen rheinischen Abend. Freitag in der Früh brachte uns das Motorboot Punkt 6 Uhr zum Bahnhof Osterode. Unter den Klängen „Muß i denn“ fuhr unser Zug aus dem uns so lieb gewordenen Städtchen in Richtung Hohenstein hinaus, wo wir das Tannenberg Nationaldenkmal mit seinen acht wuchtigen Türmen besichtigten. Nachmittags legten wir auf dem Waplitzer Heldenfriedhof einen Eichenkranz mit D.K.V.-Wimpel nieder. Spuren des Krieges sind an Häusern, Bäumen und Brückengeländern noch deutlich zu sehen. Am Bahnhof Waplitz ist großer Abschied, denn nun wird in Gruppen das wasserreiche Ordensland durchwandert. Mit lieben Kameraden fahren wir die einsamen, urwüchsigen, unvergleichlich schönen Seen und Flüsse des Oberlandes, des Ermlandes und des wohl schönsten Teiles Ostpreußens, Masuren. Nach schönen Wandertagen mussten wir das uns so lieb gewordene Ostpreußen wieder verlassen. Noch lange wird es in unseren Herzen weiterklingen: „Nach Ostland wollen wir fahren!“

Neues Ostlager wurde gegründet

„Die einzigartigen Schönheiten der oberländischen Gewässer, die sich den Teilnehmern in zahlreichen anschließenden Wanderfahrten erschlossen, haben den Verband bewogen, in diesem „Paradies der Faltbootfahrer“ ein Lager zu gründen, wie er eines auf Rügen bereits besitzt und ein anderes an der Edertalsperre zur Zeit schafft“, schrieb das „Rheinische Volksblatt“ vom 4. April 1929.

„Das neue ‚Ostlager‘ wird aus einer Anzahl von Blockhäusern bestehen, die es Wassersportlern, auch Familien mit Kindern ermöglichen, sich längere Zeit dort aufzuhalten. Die Stadt Osterode hat dafür einen Platz inmitten grüner Wiesen und nahe dem Hochwalde zur Verfügung gestellt.“ Die feierliche Einweihung erfolgte im August 1929.



Die jungen Clubs schrieben sich undeutsch mit „C“ wie auch ihre „Canoe“ noch in Englisch geschrieben wurden, weil Boote und Sport ganz frisch aus den USA kamen



Die Memel-Kanuten fahren zum feierlichen Anpaddeln in die entsprechend übliche Aufstellung

● AUFGESCHNAPPT

Räumlich liegen die beiden Ereignisse weit auseinander, aber inhaltlich schält sich dennoch ein Muster heraus: In einer Kita in Niederösterreich wurde es Kindern untersagt, wie sonst jedes Jahr Geschenke zum Muttertag zu basteln. Begründung: die Rücksicht auf andere Kulturen. Gleichzeitig fordern die Berliner Grünen, dass künftig auch große zentrale Orte wie der Kurfürstendamm oder der Potsdamer Platz zum islamischen Fastenmonat Ramadan festlich geschmückt werden sollen. Begründung: Gleichbehandlung. Das Muster: Heimische Traditionen geraten unter Druck und werden als Zumutung für Zugewanderte verschrien, selbst wenn diese Traditionen, wie im Falle des Muttertages, noch nicht einmal einen christlich-religiösen Ursprung haben und auch nicht sonderlich alt sind. Fremde Kulturäußerungen wie der Ramadan hingegen werden als „Bereicherung“ begrüßt, und niemand fragt nach Rücksicht auf die angestammte Bevölkerung. Es erscheint wie eine kulturelle Selbstzerstörung in kleinen Portionen. H.H.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Maximilian Tichy fasst bei „Tichys Einblick“ (16. Mai) die Bewertungsmethode des Verfassungsschutzes kurz zusammen:

„Der Verfassungsschutz maß sich an, zu entscheiden, was legale und was illegale Kritik am Staat, am politischen System oder an den Medien ist. Kritik ist und bleibt erlaubt – sie darf nur nicht zu scharf sein. Welche Kritik zu scharf ist, entscheidet später ein Bürokrat im Bundesamt für Verfassungsschutz.“

In der „Welt“ (18. Mai) trauert Harald Martenstein der großen Freiheitstradition der Sozialdemokraten nach:

„Wann ist die SPD zum letzten Mal für die Rechte Andersdenkender eingetreten? Sie ist autoritär geworden. Sie will mit Rechten gar nicht erst diskutieren. Sie will verbieten. Sie ist schwächer als jemals zuvor, vielleicht ist sie todkrank, aber sie macht unverdrossen einen auf dicke Hose.“

Angesichts der linksradikalen Strategie der Berliner Linkspartei für die dortige Landtagswahl 2026 schreibt Gunnar Schupelius in der „B.Z.“ (13. Mai):

„Die Strategie der Linkspartei ist brutal einfach: Man bedroht die Reichen und spielt den Anwalt der Armen. Ihnen verspricht man das sozialistische Paradies, das seit 100 Jahren gescheitert ist und in Ländern wie Venezuela, Kuba oder Nordkorea immer noch scheitert. Der Sozialismus führt immer direkt ins Elend und zu unvorstellbarer staatlicher Gewalt, er führt in den Gulag, er ist die Hölle auf Erden.“

CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann beklagt, dass es ein Fehler gewesen sei, das Migrationsthema in den Wahlkampf zu tragen, weil dies nur bei der AfD „eingezahlt“ habe. Dazu meint Ulrich Reitz im „Focus“ (19. Mai):

„Migration“, so sagt es der wichtigste CDU-Mann von Parteichef Friedrich Merz, „zählt als Thema nicht in der Mitte ein“ ... Allerdings kann man vielleicht sagen, dass es den meisten Bürgern herzlich gleichgültig ist, beim wem das Migrationsthema „einzahlt“. Wenn die Parteien in der Mitte es nicht lösen, dann zahlt es eben nicht in der Mitte ein.“

In der „Berliner Zeitung“ (19. Mai) ergründet Ole Skambraks die Ursachen der schwindenden Meinungsfreiheit:

„Die Politik ist dünnhäutig geworden. Sie spürt die Erosion der bestehenden Verhältnisse. Daher wird nun mehr Zensur ausprobiert ... Ziel laut (dem Direktor der Foundation For Freedom Online, Mike) Benz: die Wahrung des Status quo, nicht der Schutz des demokratischen Prozesses, der den Wählerwillen respektiert.“

● WORT DER WOCHE

„Die Bürger wollen nicht länger erklärt bekommen, warum es immer mehr Gewalttaten durch Messer gibt. Die Menschen wollen, dass das endlich aufhört.“

Frank Schneider in der „Bild“-Zeitung vom 20. Mai zur jüngsten Welle an Messerattacken

DER WOCHENRÜCKBLICK

Zauber, Fehlschläge und ein Saftladen

Wo das Geheimnis ewiger Jugend zu finden ist, und warum die CDU ihren Wahlkampf bereut

VON HANS HECKEL

Seit Urzeiten suchen Menschen nach dem Quell ewiger Jugend, nach dem legendären Jungbrunnen. Betrüger und Quacksalber machten sich die Sehnsucht zunutze, ließen die Gutgläubigen für faulen Zauber zahlen oder verhökerten ihnen wertlose Tinkturen. Brachte alles nichts, wie sich denken lässt – außer Enttäuschungen, hohen Rechnungen oder, wenn man richtig reingeflogen war, sogar noch eine Magenverstimmung mit Dünnpfiß.

Irgendwann ließen wir alle Hoffnung sausen, doch dann kam sie: Annalena Baerbock muss den Brunnen gefunden haben, denn die Ex-Außenministerin scheint tatsächlich nicht zu altern. Rabiat wie eine selbstsüchtige Göre griff sie sich nach ihrem Ende im Außenamt den Posten der Präsidentin der UN-Generalversammlung, für den eigentlich eine weltweit anerkannte und erfahrene deutsche Spitzendiplomatin schon gesetzt war.

Voller Vorfreude auf das neue Amt hat die auch schon 44-Jährige für uns nun ein Video von sich aufnehmen lassen, das von pennälerhafter Unreife strotzt. Darin präsentiert sie sich ziemlich ungelentk im großen UN-Plenarsaal in New York und erzählt uns in hölzernem Schulenglisch, wie glücklich sie sei. Dass die Überumpelung der Spitzendiplomatin national wie international ziemlich übel aufgenommen wurde, scheint sie überhaupt nicht zu berühren.

Wie macht die Frau das nur? Wie hat sie dreieinhalb Jahre als Außenministerin durchgestanden, ohne auch nur einen Anflug von diplomatischem Gespür zu erwerben? Spötter würden sagen, weil sie nie begriffen hat, was sie da eigentlich macht, und daher auch keine Ader dafür entwickeln konnte. Wir dagegen nennen es ewige Jugend. Denn nur durch solchen Zauber konnten Baerbock die Zumutungen des Älter- und Reiferwerdens gänzlich erspart bleiben. Sie hat nicht mal mitbekommen, dass sie nichts mitbekommen hat, denn sie ist für immer Kind geblieben.

Was recht komisch ist. Aber unfreiwillig, denn welche 15-Jährige wird nicht viel lieber als junge Erwachsene wahrgenommen statt als das, was sie ist? Wobei unfreiwillige Komik immer noch besser ist als ein gewollter Witz, der in die Hose geht. Über dem FDP-Parteitag prangte über groß die Losung: „When life gives you lemons, make lemonade!“ (Wenn das Leben dir Zitronen schenkt,

mach Limonade draus.) Gedacht war das als Botschaft, dass die Liberalen aus dem bitteren Zeugnis, welches ihnen die Wähler an der Urne ausgestellt haben, nun das denkbar Beste machen wollen. Allerdings springt uns beim Wort „Limonade“ unweigerlich eine Assoziation ins Gesicht, welche die FDP-Werbetexter gewiss nicht im Kalkül hatten: Saftladen. Zumindest in der deutschen Sprache kein freundliches Etikett. Dass der Parteitag dann noch einiges dafür tat, um diese trübe Zuschreibung zu bestätigen (siehe Seite 1), tat ein Übriges.

Es kommt halt nicht immer das heraus, was man sich vorgenommen hatte. Manches verpufft einfach, anderes geht sogar nach hinten los. Bei der groß angelegten Attacke des Verfassungsschutzes gegen die AfD ist beides gleichzeitig passiert, wie wir mittlerweile sehen und messen können: Verpufft ist der Angriff bei den Wählern – die Umfrageresultate der aufs Korn genommen Partei haben sich kaum verändert.

Nach hinten los ging die nachfolgende Debatte: Eine unüberschaubare Zahl an Kommentatoren fragt sich öffentlich, ob der sachlich bemerkenswert dünne Geheimdienstbericht, der die Blauen als „gesichert rechtsextrem“ überführen soll, nicht mehr den Dienst in schräges Licht rückt als die angegriffene Partei. Manche gehen noch weiter und fürchten, dass staatliche Aufführungen solcher Qualität nicht viel eher geeignet seien, den Staat zu „delegitimieren“, als es die größte Oppositionspartei je könnte, wenn sie es denn wollte. Was für ein Desaster.

Nicht mal die NGOs kamen in Gang

Über die Peinlichkeit scheinen sich auch Mitarbeiter des Verfassungsschutzes dermaßen zu grämen, dass irgendwer dort den mehr als tausendseitigen Bauchklatsher in die Öffentlichkeit lanciert hat. Der sollte ja geheim bleiben – nun kann das Zeug jeder lesen. Ein heikles Manöver, denn wer, wenn nicht ein Geheimdienst, wäre am ehesten in der Lage, die offene Stelle zu finden, was den „Whistleblower“ übel zu stehen käme. Der Leidensdruck bei dem oder den Angehörigen des Inlandsgeheimdienstes muss demnach so enorm gewesen sein, dass da schlicht der eine oder andere Kragen geplatzt ist.

Nicht mal beim staatlich finanzierten und bestens durchorganisierten NGO-Komplex hat der AfD-Bericht Wellen geschlagen. Die eilig einberufenen Demos für ein „AfD-Ver-

Wenn ihre sämtlichen Strategien seit zwölf Jahren gescheitert sind, dann machen sie eben weiter mit den gleichen Strategien, die seit zwölf Jahren scheitern, was sonst?



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

bot jetzt!“ konnten nur wenige Tausend Menschen anlocken. Denken Sie mal, wie viele noch wegen der auch nicht gerade faktensicheren „Correctiv“-Operette zum „Potsdamer Treffen“ auf die Straße quollen, Anfang 2024! Da war das jetzt wirklich ein trauriges kleines Häufchen, was nicht einmal die gewohnt dienstefrige Medienbegleitung zu rechtschminken konnte.

Was jetzt? Ist doch klar: Wenn sämtliche Strategien für den Umgang mit der AfD seit deren Gründung vor zwölf Jahren gescheitert sind, dann machen wie eben weiter mit exakt den gleichen Strategien für den Umgang mit der AfD, die seit zwölf Jahren scheitern. So jedenfalls lautet die Antwort der ausgefuchsten Strategien in den Hauptquartieren der etablierten Parteien.

Ergo lässt die Union verlauten, dass man auch diesmal keinen AfD-Abgeordneten zum Vorsitzenden eines Bundestagsausschusses wählen wolle. Sechs solcher Positionen stünden der Alternative laut parlamentarischen Gepflogenheiten zu. Aber nicht mal Vizeposten soll sie kriegen.

Und schon wieder dürfte die Zahl derjenigen Deutschen zunehmen, die sich fragen, was die Etablierten mit dem Schutz „unserer Demokratie“, für den sie das angeblich alles tun, eigentlich meinen. Der US-Konservative Mike Benz vermutet, es gehe nicht um die Demokratie, sondern schlicht um den eigenen Machterhalt (siehe „Stimmen zur Zeit“).

Dann sollte man sich dabei aber auch Mühe geben. Der sonst so kluge Carsten Linnemann ist da gerade kräftig ausgerutscht. Der CDU-Generalsekretär bedauert, dass man das Zuwanderungsthema im Wahlkampf so hochgepuscht habe, weil davon sowieso nur die AfD profitiert habe.

Zur Erinnerung: CDU-Chef Merz schob das Migrationsding erst nach vorne, nachdem die Deutschen alle paar Wochen von der grausigen Gewalttat eines Migranten hochgeschreckt worden waren und Antworten verlangten. Hätte die Union da einfach zugehört und so tun, als sei sie gar nicht im Raum?

Bei Linnemanns Klage denkt man an das kleine Kind, das seine Augen verhüllt, weil es glaubt, dann unsichtbar zu sein. Hat das eigentlich funktioniert? Ich weiß es nicht mehr, ist schon solange her. Aber wenn Sie auch vergessen haben, ob das geht, fragen Sie Carsten Linnemann. Bei dem muss der Trick damals ja gewirkt haben.